

Wiener Landtag

16. Sitzung vom 1. Dezember 1998

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|---------|--|
| 1. Entschuldigte Abgeordnete | (S. 3) | Rundfunk-Ankündigungsabgabegesetz |
| 2. Bekanntgabe, daß Frau Bundesrätin Dr Susanne Riess-Passer ihr Bundes- rats-Mandat zurückgelegt hat; auf die- ses Mandat ist das Ersatzmitglied Dr André d'Aron nachgerückt | (S. 3) | (Wr. RFAG) erlassen wird (Beilage Nr. 30) Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Brigitte Ederer (S. 26 u. 32) Redner: Die Abgen Mag Gabriele Hecht (S. 26), Mag Christoph Chorherr (S. 28), Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (S. 29), DDr Eduard Schock (S. 30) und Harry Kopietz (S. 31) Abstimmung (S. 33) |
| 3. Schreiben der Volksanwältin HR Mag Evelyn Messner, betreffend die jähr- liche Erstellung des Tätigkeitsberichts der Volksanwaltschaft an den Wiener Landtag | (S. 3) | 8. Pr.Z. 1331-MDBLTG, P. 1: Entwurf ei- nes Gesetzes über eine Änderung der Grenze zwischen dem 10. und 12. Be- zirk (Beilage Nr. 31) Berichterstatter: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 33 u. 36) Redner: Die Abgen Dr Herbert Madejski (S. 34), Mag Franz KARL (S. 35) und Hubert Rogelböck (S. 35) Abstimmung (S. 36) |
| 4. Fragestunde: 1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 5); 3. Anfrage (S. 8); 4. Anfrage (S. 10); 5. Anfrage (S. 13) | | 9. Pr.Z. 368-MDBLTG, P. 3: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betref- fend Lage, Beschaffenheit, Einrichtung und Betrieb von Veranstaltungsstätten (Wiener Veranstaltungsstättengesetz) geändert wird (Veranstaltungsstätten- gesetznovelle 1998) (Beilage Nr. 7) Berichterstatter: Amtsf StR Dr Peter Marboe (S. 36) |
| 5. Pr.Z. 32/AL/98: Aktuelle Stunde zum Thema "Die aktuelle Situation der TEN (Trans Europäischen Netze) unter be- sonderer Berücksichtigung des intermo- dalen Knotens Wien und den akuten Effekten auf die Verkehrs- und Tele- kommunikationsstruktur am Standort Wien" Redner: Die Abgen Dr Rüdiger Stix (S. 14), Hanno Pöschl (S. 16), Mag Christoph Chorherr (S. 17), Gerhard Pfeiffer (S. 18), Dr Helmut GÜNTHER (S. 19), Dipl Ing Rudolf Schicker (S. 19), Mag Michaela Hack (S. 20), Günter Kenesei (S. 21), Patrizia MARKUS (S. 22), Robert Egghart (S. 23) und Friedrich Strobl (S. 24) | | Redner: Die Abgen Marco Smoliner (S. 36), Jutta Sander (S. 38) und Dr Andreas Salcher (S. 38) Abstimmung (S. 39) |
| 6. Mitteilung des Einlaufs | (S. 25) | |
| 7. Pr.Z. 1295-MDBLTG, P. 2: Entwurf eines Gesetzes, mit dem ein Wiener | | |

(Beginn um 9.00 Uhr.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 16. Sitzung des Landtags ist eröffnet.

Ich darf alle Abgeordneten sehr herzlich willkommen heißen und Ihnen einen schönen guten Morgen wünschen.

Entschuldigt sind heute die Abgen Heinz Hufnagl, Alessandra Kunz, Gerda Themel und Mag Heidemarie Unterreiner.

Frau Bundesrätin Dr Susanne Riess-Passer hat mit gestrigem Tag, mit Ablauf des gestrigen Tags, auf ihr Bundesratsmandat verzichtet. Es ist für dieses Mandat an die gleiche Stelle das schon im Vorschlag gereihte Ersatzmitglied Dr André d'Aron nachgerückt. Die entsprechende Nachwahl für das Ersatzmitglied wird in der nächsten Landtagssitzung erfolgen.

Mir liegt ein Schreiben der Volksanwältin HR Mag Evelyn Messner vor, in dem sie mitteilt, daß der Tätigkeitsbericht der Volksanwaltschaft an den Wiener Landtag in Hinkunft jährlich erstellt wird. Es ist dies eine Initiative der letzten Sitzung gewesen.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg Michael Kreißl gestellt und ist an die amtsführende Stadtärztin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet: *Können Sie sich im Sinne einer sparsamen Verwaltung der Steuergelder eine Reduktion der im § 35 Personalvertretungsgesetz geregelten Dienstfreistellungen vorstellen, zumal die Zahl der dienstfreigestellten Personalvertreter in Wien um ein Vielfaches höher denn bei den Bundesbediensteten ist, wenn nein, warum nicht?*

Frau Stadtärztin, ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich komme zur Frage des Herrn Abgeordneten. Sie fragen mich, ob ich mir eine Reduktion der Anzahl der dienstfreigestellten Personalvertreter bei der Stadt Wien vorstellen kann.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, Herr Abgeordneter, daß diese Anzahl der Freistellungen nicht vom Himmel fällt oder auf irgend jemandes Willkür zurückzuführen ist, sondern daß die Rechte und Pflichten der Personalvertreter und Personalvertreterinnen im Wiener Personalvertretungsgesetz, konkret betreffend diese Angelegenheit im § 35, sehr präzise geregelt sind. Hier ist auch festgelegt, daß auf Antrag des Zentralausschusses einzelne Personalvertreter und Personalvertreterinnen auf eine gewisse Zeit vom Dienst freigestellt werden können. Die Anzahl der unbefristet freigestellten Personalvertreter und Personalvertreterinnen darf 2 Promille der anlässlich der letzten Personalvertretungswahl Wahlberechtigten nicht übersteigen.

Konkret heißt das für Wien: Bei der letzten Personalvertretungswahl 1998 waren 80 640 Bedienstete wahlberechtigt, das heißt, die Höchstzahl für Freistellungen beträgt 161.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf auf-

merksam machen, daß bei den Freistellungen auf die im § 2 festgelegten Aufgaben der Personalvertretung Bedacht zu nehmen ist. Wie Sie ja selbst ganz besonders gut wissen, ist die Personalvertretung berufen, die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Interessen der Bediensteten zu wahren und zu fördern, und daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch entsprechende Zeit zur Verfügung zu stellen, also entsprechende Freistellungen vorzunehmen.

Ich möchte aber auch noch darauf aufmerksam machen, daß gerade in den letzten Jahren die Personalvertretungstätigkeit durch die Entwicklungen, erfreulichen Entwicklungen, auf dem Gebiet des Dienst-, Besoldungs-, Pensions- und Unfallfürsorgerechts sowie des Bedienstetenschutzes, immer differenzierter geworden ist. Es sind neue Aufgaben dazugekommen. Ich darf nur unter anderem auf das Gleichbehandlungsgesetz verweisen, aber auch auf die gerade von meinem Ressort in letzter Zeit geschaffene Möglichkeit zur Teilzeitarbeit und auch zum Freijahr aufmerksam machen. Das heißt, die Personalvertreter und Personalvertreterinnen sind auch immer mit neuen Aufgaben konfrontiert und um diese seriös wahrnehmen zu können, ist natürlich auch die entsprechende Zeit notwendig.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Kreißl. - Bitte.

Abg Michael Kreißl (FPÖ): Sehr geehrte Frau Stadtärztin!

Ich hätte mir eigentlich jetzt nicht eine Leseübung aus dem Personalvertretungsrecht erwartet, sondern die Anfragebeantwortung, die noch immer nicht erfolgt ist.

Ich möchte darauf zurückkommen, daß das Personalvertretungsrecht im Bereich der Gemeinde Wien ja dem des Bundes sehr ähnlich ist, bis auf den Umstand, daß die Personalvertreter im Bund für das gesamte Bundesgebiet tätig sind. Im Bereich des Bundesdiensts entfällt auf zirka 1 000 Bedienstete ein freigestellter Personalvertreter inklusive des zur Verfügung gestellten Büropersonals. Spatenreiter in den Berufsgruppen ist dabei die Bundesgendarmerie, welche 28 Dienstfreistellungen für 15 000 Bedienstete hat, bei 1 200 Dienststellen im gesamten Bundesbereich - so viele Dienststellen gibt es, glaube ich, in ganz Wien nicht. (Abg Johann Hatzl: Ist das jetzt eine Frage oder eine Rede?)

Wenn man dieses Maß beim Bund bei ungefähr gleichartigem Aufgabenbereich nehmen würde, dann wäre das zirka 1 Promille. Also wir könnten uns zirka 80 dienstfreigestellte Personalvertreter im Bereich der Gemeinde Wien ersparen. Vorsichtig, am unteren Rand geschätzt, würde dies eine Ersparnis im Budget von 50 Millionen S jährlich ergeben. (Abg Harry Kopietz: Das ist keine Frage, das ist eine Lesung!)

Jetzt meine Frage: Ad 1) ersuche ich Sie noch einmal, mir die gestellte Frage zu beantworten, ad 2) meine Zusatzfrage: Wie kann man einerseits, entge-

gen den Gepflogenheiten, die es beim Bund gibt, eine so hohe Zahl von Dienstfreistellungen auf Kosten des Steuerzahlers verantworten, andererseits beispielsweise, ebenfalls auf Kosten der Bevölkerung, Tarife und Gebühren erhöhen, wie wir dies beispielsweise jetzt bei den Verkehrsbetrieben gemacht haben, wo, nebenbei bemerkt, im Bereich der Verkehrsbetriebe auf 250 Bedienstete eine Dienstfreistellung entfällt?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Ich bin über die Fragestellung ein wenig verwundert, nicht nur, weil sie sehr ausführlich und lang war, sondern weil ich bisher dachte, Sie selber wären oder waren Personalvertreter. Und insofern wundert mich die Frage eines Personalvertreters, der, wenn er seine Aufgabe ernst genommen hat, doch wissen müßte, welch schwierige Aufgaben den Kollegen und Kolleginnen der Personalvertretung zustehen, und daß sie, wenn sie sie ernst nehmen, auch die Zeit dafür brauchen.

Zum zweiten wundert es mich, daß Sie sagen, der Bund und Wien hätten gleiche Aufgaben. Wenn ich mir anschau, was es im Bund an Tätigkeiten gibt, und wenn ich mir anschau, was die Stadt Wien an Aufgaben zu erbringen hat, mit einem beträchtlichen und wichtigen Teil an Hoheitsverwaltung, aber auch einem sehr, sehr großen Teil an Dienstleistung, von der Straßenbahn bis zur Müllabfuhr, von den Spitätern bis zu den im weitesten Sinn Tätigkeiten direkt in der Hoheitsverwaltung, so ist das doch eine um einiges breiter gestreute Palette, was wir auch in vielen anderen Zusammenhängen immer wieder diskutiert haben. Und insofern glaube ich, daß dieser Vergleich hinkt.

Ich glaube, daß es viel vernünftiger wäre, die Stadt Wien als Dienstleistungsunternehmen - also da verstehen wir uns - mit privaten Betrieben zu vergleichen, und da zeigt sich, daß ein Vergleich mit dem Arbeitsverfassungsgesetz sehr große Analogien zutage treten läßt mit den Personalvertretungsregelungen, die wir in der Stadt haben.

Das heißt, ich glaube nicht, daß es verantwortungslos ist, so eine hohe Zahl an Personalvertretern zu haben, sondern ich glaube, daß es verantwortungslos wäre, der Interessenvertretung unserer Bediensteten hier in der Stadt, diese Personalvertretung streitig zu machen, wie Sie das tun, denn für eine gute Kooperation zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer ist auch eine entsprechende Personalvertretung, die mit entsprechender Seriosität arbeiten kann, notwendig. Das heißt, ich sehe im Interesse aller Beteiligten, nicht nur der Kollegen und Kolleginnen Bediensteten, sondern auch im Interesse - und das sage sehr bewußt - als Personalstadträtin, des Arbeitgebers, daß hier eine gute Kooperation sein kann, eine qualitäts- und niveauvolle Interessenvertretung. Insofern sehe ich keine Veranlassung, das Gesetz zu ändern, denn das müßte man ja entsprechend machen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Smoliner gestellt. -

Bitte.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wir bekennen uns selbstverständlich auch als Liberale dazu, daß Dienstfreistellungen für Personalvertreter ein notwendiges Mittel sind, um personalvertretische Tätigkeit im Bereich der Gemeinde wie auch im Bereich von anderen Gebietskörperschaften zu ermöglichen und zu garantieren.

Ich habe eine Frage, was die Zusammensetzung der dienstfreigestellten PersonalvertreterInnen betrifft. Es ist ja im § 35 genau geregelt, wer um eine solche Dienstfreistellung ansucht und wer dabei zu hören ist.

Meine Frage betrifft die Verteilung über die Fraktionen. Es ist so, wenn man sich die Zahlen anschaut, daß zum Beispiel die sozialdemokratischen Personalvertreter in Relation zu den Wahlergebnissen viermal so oft dienstfreigestellt sind, viermal mehr dienstfreigestellte PersonalvertreterInnen haben, als zum Beispiel die unabhängigen Personalvertreter in der Gemeinde Wien. Können Sie uns das erklären?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Das kann ich Ihnen insofern nicht erklären, weil ich, ehrlich gesagt, das Gefühl habe, daß Sie jetzt ein leichtes mathematisches Problem haben. Denn wenn ich mir die hervorragenden Wahlergebnisse der sozialdemokratischen Gewerkschafter bei den letzten Personalvertretungswahlen anschau, dann müßten nach Ihrer Rechnung 320 Prozent herauskommen. Ich bin zwar insgesamt in Mathematik nicht sehr gut und um die Zeit schon gar nicht, aber das kommt mir ein bißchen komisch vor, weil 320 Prozent sind etwas, was - sagen wir einmal - rein technisch nicht so stark möglich ist.

Ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen: Die Frage der Zusammensetzung ist klar. Es ist festgelegt, daß der Zentralausschuß den Antrag stellt, welche Personalvertreter und PersonalvertreterInnen freizustellen sind, daß sie das natürlich in Absprache mit den jeweiligen Hauptausschüssen machen, daß diese Freistellung dann auch zu gewähren ist, und was richtig ist, daß es innerhalb des Hauses eine Verteilung gibt, die nicht unbedingt immer der Zahl der Bediensteten entspricht. Das hat aber in meinen Augen - und das ist auch sehr offensichtlich - damit zu tun, daß es Dienststellen gibt, die sehr dezentral sind. Allein wenn ich meinen eigenen Bereich anschau: Die Dienststelle "Allgemeine Verwaltung" setzt sich zusammen aus der MA 58, MA 61, MA 62, MA 63, MA 64, MA 65 und MA 67. Also hier sieht man schon, wie breit gestreut das ist.

Oder - um ebenfalls in unserem Ressort zu bleiben -: Die Standesämter sind zum Beispiel eine Dienststelle und da ist es natürlich notwendig, dafür zu sorgen, daß möglichst viele Kollegen und Kolleginnen bei so dezentralen Dienststellen - die vor allem bei den Wiener Stadtwerken und bei der Straßenbahn natürlich zum Tragen kommen - die Gelegenheit haben, auch den Basiskontakt zu haben.

Das heißt, ich denke, daß diese Verteilung schon ihren Sinn macht und begründet ist, und die Vorgangsweise, wie sie zustande kommt, habe ich Ihnen vorher noch einmal zusammengefaßt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt. - Bitte.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): *Sowohl bei der BundespräsidentInnenwahl als auch bei der PersonalvertreterInnenwahl waren keine geeigneten Hilfsmittel für behinderte Menschen zur Verfügung. Bei der Bundespräsidentenwahl war es so, daß pro Wahllokal nur eine einzige Scheibe für blinde Menschen vorhanden war, wonach man, wenn einer gewählt hat, dann schon gesehen hat, wie der gewählt hat, weil der die Scheibe ja auch nach außen angefärbt hat. Ich habe diesbezüglich auch einen Antrag gestellt, der bis heute nicht beantwortet wurde.*

Insofern stelle ich die Frage, ob und wann und wie Sie sich dafür einsetzen werden, daß bei der nächsten Wahl - und im nächsten Jahr gibt es ja zahlreiche Wahlen - die geeigneten Hilfsmittel für blinde Menschen tatsächlich vorhanden sind?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Armtsf StR Mag Renate Brauner: Ich bin völlig auf Ihrer Seite, daß es notwendig ist, geeignete Hilfsmittel für Behinderte zur Verfügung zu stellen, natürlich nicht nur für Blinde, sondern wir bemühen uns ja auch, mit rollstuhlgerechten Wahllokalen und anderen Dingen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen den Zugang zu ihrem demokratischen Recht zu erleichtern beziehungsweise zu ermöglichen. Meines Wissens nach sind, wenn es Probleme gegeben hat, dies ja Einzelfälle. Aber ich nehme diesen Hinweis gerne zum Anlaß, um das noch einmal zu überprüfen, weil es niemanden gäbe, den das mehr stören würde, wenn es wirklich für Behinderte nicht möglich wäre oder nur eingeschränkt möglich wäre, hier - unter Wahrung des Wahlgeheimnisses - ihr demokratisches Recht wahrzunehmen.

Wie gesagt, mir ist dies in dieser radikalen Form, wie Sie es jetzt formuliert haben, nicht bekannt. Aber ich will das gerne zum Anlaß nehmen, weil das so ein wichtiges Thema ist, es noch einmal anzuschauen. Ich werde mich auch persönlich darum kümmern, sollte es Unzulänglichkeiten gegeben haben, was mir, wie gesagt, bisher nicht bekannt war, sie zu beseitigen, und wir werden uns grundsätzlich auch bemühen, den Zugang für Menschen mit besonderen Bedürfnissen zur Wahl zu erleichtern.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Auf die vierte Zusatzfrage wird verzichtet.

Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Kreißl.

Abg Michael Kreißl (FPÖ): Frau Stadträtin!

Letzten Sommer, also speziell im Sommer 1997 war es, machte ein Fall Schlagzeilen, wo in Simmering bei der Gemeinde Wien ein nicht einmal vom Dienst freigestellter sozialistischer Personalvertreter seine Dienstzeit ausschließlich dazu verwendet hat, mit seinem privaten Reisebüro Urlaube an die Kollegen zu

verkaufen.

Meine Frage: Gibt es seither ähnliche gelagerte Fälle, wo Personalvertreter derartigen Mißbrauch betrieben haben, beziehungsweise wie kann man diesen abstellen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Armtsf StR Mag Renate Brauner: Ich möchte mich im Namen sozusagen des Ressorts Personal - im Namen der Personalvertreter und -vertreterinnen kann ich nicht sprechen - schon dagegen verwehren, hier so eine generelle Verunglimpfung - weil das ist es ja eigentlich - auszusprechen.

Mir sind keine diesbezüglichen Fälle bekannt und - wie gesagt - ich gehe auch nicht davon aus, daß die Personalvertreter - wie Sie es offensichtlich tun - und Personalvertreterinnen mißbräuchlich arbeiten, sondern im Gegenteil, ich gehe davon aus, daß sie generell sehr gut arbeiten, die Interessen der Kollegenschaft wahrnehmen, daß das wirklich keine leichte Aufgabe ist, denn wir wissen, daß wir in sehr bewegten Zeiten leben, wir wissen, daß es Interessengegensätze gibt, die zu überwinden unser aller Aufgabe ist, was nicht immer ganz einfach ist. Und ich weiß und gehe auch weiter davon aus, daß die Personalvertreter und Personalvertreterinnen dieses sehr bemüht machen, was nicht heißt, daß nicht ab und zu auch Fehler passieren können. Aber das ist auch in der Politik so. Auch da gehe ich davon aus, daß man grundsätzlich bemüht ist und trotzdem natürlich, wo Menschen sind, können Fehler passieren.

Aber generell bin ich der absoluten Überzeugung und weiß ich auch aus meiner täglichen Praxis, daß die Personalvertreter und Personalvertreterinnen sehr gut, sehr bemüht, sehr solidarisch mit ihren Kollegen und Kolleginnen arbeiten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg Dipl Ing Rudolf Schicker gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft gerichtet: *Der Landtag hat in seiner Juni-Sitzung den Bericht des gemeinsamen Landtageausschusses Wien, Niederösterreich, Burgenland zur Kenntnis genommen. Welche Schritte zur Umsetzung der Forderungspunkte in diesem Bericht haben Sie bisher ergriffen, welche sind in absehbarer Zeit geplant?*

Ich bitte um Beantwortung, Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter!

Sie stellen die Frage, was seit der Zurkenntnisnahme des Berichts des Ausschusses der Landtage, dem Sie vorsitzen, von meiner Seite zur Umsetzung dieser Empfehlungen passiert ist.

Da möchte ich zunächst einmal sagen: Sie wissen ja selbst sehr gut, daß die beiden anderen Landtage diese Beschlüsse, Empfehlungen noch nicht zur Kenntnis genommen haben. Nachdem ich ein absoluter Anhänger der Gewaltenteilung bin, sage ich auch: Das ist eine autonome Frage der Landtage. Ich würde Sie aber ersuchen, als Vorsitzender des Ausschusses,

auf Ihre Kollegen, sowohl in Niederösterreich als auch im Burgenland, einzuwirken, daß auch die dortigen Landtage diese Empfehlungen und Beschlüsse zur Kenntnis nehmen.

Aber selbstverständlich sind wir völlig unabhängig von der Frage, welche Schritte die einzelnen Landtage unternommen haben, interessiert daran, das, was in diesen Beschlüssen festgehalten ist, auch tatsächlich umzusetzen.

Und wir haben als Stadt Wien zwei Dinge getan: Erstens einmal - und das ist auch ein Signal -, daß wir gemeinsam mit den beiden Bundesländern, wenn auch langsam, aber doch uns in die richtige Richtung bewegen, daß alle drei Bundesländer eine Studie in Auftrag gegeben haben, auszumachen, wie die einzelnen deutschen Erfahrungen sind - und in Deutschland, wie Sie selbst wissen, gibt es ja eine Fülle von Erfahrungen mit Umlandverbänden et cetera -, welche Schritte, basierend auf den deutschen Erfahrungen, vernünftig sind und notwendig sind, um zu einer gemeinsamen Planung zu kommen. Diese Studie liegt in der Rohfassung vor. Sie wird in ein paar Wochen auch in der endgültig redigierte Fassung vorliegen. Ich werde dann, weil die dritte Frage, die hier von seiten des Liberalen Forums gestellt wird, zu einem ähnlichen Thema ist, noch einmal darauf zurückkommen.

Über diese Studie hinaus, hat auf Beamtenebene eine Reihe von Gesprächen zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß es in den nächsten zwei Monaten eine Sitzung der politischen Planungsreferenten der drei Bundesländer geben wird, mit dem Ziel, zu vorher fixierten Themen ein Regionalmanagement oder eine Regionalmanagementstruktur einzuführen und einzurichten. Also auch das sind ein Hinweis und ein Beweis dafür, daß Bewegung in die Sache der gemeinsamen Planung kommt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Schicker gestellt. - Bitte.

Abg Dipl Ing Rudolf Schicker (SPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Ich bin ebenfalls ein Anhänger der Gewaltenteilung und wir haben uns auch alle hier auf die Verfassung vereidigt. Daher halte ich es auch damit, daß die Legislative nicht die Exekutive ist und umgekehrt. Daher denke ich schon, daß, wenn der Wiener Landtag etwas beschließt, die Wiener Landesregierung aufgefordert ist, die Dinge umzusetzen, auch für den Fall, daß der Burgenländische und der Niederösterreichische Landtag die Beschlüsse noch nicht gefaßt haben. Das als eine Feststellung; Sie haben auch mit einer Feststellung begonnen.

Zur konkreten Frage aber: In diesem Bericht an den Landtag war auch enthalten, daß man die Kooperation der Gemeinden und Bezirke an der Wiener Stadtgrenze unterstützen und fördern soll. Mir ist bekannt, daß BV Wurm aus dem 23. Bezirk eine Initiative mit den Wienerwaldgemeinden gestartet hat, die an seinen Bezirk angrenzen. Bei dieser Besprechung waren auch Beam-

te aus Ihrem Ressort dabei und aus Niederösterreich. Das Ergebnis war dort, daß man versuchen wird, im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost, zu einer entsprechenden Kooperation zu finden, wo die Gemeinden im Hinblick auf die Verkehrsorganisation auch etwas davon haben. Jetzt muß man leider hören, daß das im Rahmen der PGO nicht geht.

Meine Frage daher: Wird die Wiener Stadtverwaltung, unabhängig von einem Beschuß der PGO, sich dieses Themas annehmen und diese kleine Studie, die notwendig ist, gemeinsam mit der niederösterreichischen Verkehrsplanungsabteilung finanzieren?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Kollege Schicker!

Ich habe schon an dieser Stelle Gelegenheit gehabt, die Initiative der Bezirksvorsteher der Bezirke, die quasi im Süden an Niederösterreich angrenzen, ausdrücklich zu würdigen und zu loben. Ich habe gerade vorhin erwähnt, daß wir auf Beamtenebene schon ziemliche Übereinstimmung zwischen den drei Bundesländern erreicht haben, daß dieses projektorientierte Regionalmanagement, das in den nächsten zwei Monaten auch politisch beschlossen werden soll, Vertretungen der Bezirke und der Gemeinden inkludieren soll. Das war ja bis jetzt immer ein großer Diskussionspunkt, gerade mit unserem Nachbarland Niederösterreich: Wie weit sollen, können und müssen die Gemeinden in diese Planung eingebunden werden?

Der Vorschlag, den ich in den nächsten zwei Wochen meinen politischen Kollegen im Burgenland und in Niederösterreich übermitteln werde, beinhaltet exakt die Einbeziehung der Gemeinden und das Thema, das Sie jetzt in diesem konkreten Fall angesprochen haben. Ich bin auch zuversichtlich, daß wir nach einiger Diskussion zu diesem Ergebnis kommen werden, daß die Gemeinden in diesem Regionalforum und in dieser regionalen Managementkonstruktion vertreten sein sollen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird vom Herrn Abg Pöschl gestellt. - Bitte.

Abg Hanno Pöschl (Liberales Forum): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Fachleute, Journalisten und Politiker sind sich in einer Frage einig - das kommt selten vor, aber in dieser Frage sind sie es -, daß nämlich die regionale Zusammenarbeit in der Ostregion von entscheidender Bedeutung für die Lösung unserer Probleme ist. Fachleute und Journalisten sowie einige Politiker sind auch der Meinung, daß die bisherige Zusammenarbeit nicht funktioniert hat und daß auch die PGO kein geeignetes Instrument für diese Zusammenarbeit ist.

Sie haben in Ihrer Antrittsrede und in vielen anderen Bereichen auch des öfteren gesagt, daß Sie hier hart eingreifen werden und für eine neue Zusammenarbeit sorgen werden. Deshalb meine konkrete Frage: Was ist in den letzten zwei Jahren konkret geschehen, um die regionale Zusammenarbeit zu verbessern?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Also zunächst einmal, Herr Abg Pöschl, kann ich bestätigen, daß ich auch zu den Politikern zähle, die der Auffassung sind, daß die Zusammenarbeit in puncto Planung in dieser Region Wien und Umland Wien von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der gesamten Region sein wird. Ich habe das nicht nur, seitdem ich Planungstadtrat bin, immer wieder betont, sondern ich habe das lange, bevor ich das Planungsressort übernommen habe, betont.

Da muß man aber feststellen, daß die Umsetzung eines solchen Ziels nicht völlig im autonomen Bereich des Landes Wien liegt. Wir sind auf die Zustimmung, auf die gleiche Einsicht angewiesen, wenn Sie so wollen, von Seiten der anderen betroffenen Bundesländer. Und da ist ein Fortschritt in den letzten zwei Jahren oder drei Jahren erzielt worden, erreicht worden, wenn es darum geht, gemeinsame Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten. Ich sage, da ist es gelungen. Was auch bis vor drei Jahren nicht der Fall gewesen ist, das ist gelungen.

Was bis jetzt nicht im ausreichenden Ausmaß gelungen ist, ist die Abstimmung von Themen, wo wir gegenseitig Interessen, unter Umständen sogar unterschiedliche Interessen haben, vordergründig unterschiedliche Interessen haben. Da sind zwar jetzt Ansätze, und die Regionalkonferenzen sind so ein Ansatz, auch der Ansatz, zu bestimmten Themen zu einem gemeinsamen regionalpolitischen Maßnahmekatalog zu kommen, den ich gerade in meiner vorherigen Antwort beschrieben habe. Das sind Ansätze.

Ich bin aber nicht bereit zu sagen, daß wir in dieser Kooperation schon meilenweit gekommen sind, sondern es ist ein mühsamer Weg. Aber solange wir auf diesem Weg weiterkommen, bin ich nicht völlig unzufrieden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Die Diskussion über das Regionalmanagement erinnert mich ein bißchen an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Regionalmanagement, das klingt nach weiß Gott wieviel Entscheidungsmacht und fast wäre ich versucht zu fragen: Wo ist das Kind, das fragt? - Aber es ist ja nackt, es kann ja nichts.

Da wird über Regionalmanagement hin und rau und runter herumgeredet. Realistische Projekte werden überhaupt nicht angegangen.

Darum meine konkrete Frage: Nicht ob Görg fragt, ob es nackt ist, sondern meine Frage bezieht sich auf das Stronach-Projekt, weil dort könnte man konkret etwas tun. Es liegt jetzt bei der Kugel der Flächenwidmungsplan auf. Was macht der zuständige Wiener Landeshauptmann-Stellvertreter, um in diesem Bereich bei der Flächenwidmung etwas zu tun, anstatt nur über regionale nebulöse Managements zu diskutieren?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Abg Chorherr!

Die Frage der Rolle der Stadt Wien in Sachen Flächenwidmung wird ja zu einem Gutteil von meinem Kollegen Svhalek wahrgenommen.

Wir selbst haben jetzt in diesem Beirat, der von Ebreichsdorf initiiert wird, um die Fragen der Stronach-Kugel von allen Seiten her zu beleuchten, die Möglichkeit, unser Mitglied der Planungsgemeinschaft Ost, den Herrn Dipl Ing Schulz, dort hineinzunominnen, sodaß Sie auch hier sehen: Hier ist ein weiterer Mosaikstein, ein weiterer Schritt in die Richtung vorgenommen worden, doch Fortschritte zu erzielen. Die Planungsgemeinschaft Ost wird also in dem Projekt in Form dieses Beirats vertreten sein.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Kovacic gestellt. - Bitte.

Abg Susanne Kovacic (FPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Sie sprachen gerade von einer Sitzung der politischen Planungsreferenten in den nächsten zwei Monaten. Können Sie schon einige oder alle der festgelegten Themen, die Sie auch erwähnt haben, nennen, die da behandelt werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Das kann ich. Ich muß nur meine Unterlagen hier konsultieren.

Unsere Vorschläge für die Themen sind: Der Masterplan 2015 für den Flughafen Wien, der Bereich öffentlicher Verkehr Magna-Ebreichsdorf, die öffentliche Verkehrserschließung Raum Shopping City Süd, die B 301, das regionale Entwicklungskonzept, die Grünraumvernetzung, ein Buskonzept "Südwestlicher Wienerwald" und das Radewegekonzept Wien-Bruck-Neusiedler See.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dipl Ing Schicker gestellt. - Bitte.

Abg Dipl Ing Rudolf Schicker (SPÖ): Ich denke, es hat sich auf den Flächenwidmungsplan Ebreichsdorf bezogen, denn in diesem Fall übernimmt der Herr Landesrat Svhalek die Stellungnahme zur Frage Wassererecht. Die Flächenwidmung in Wien, so hoffe ich doch, wird im Planungsressort verbleiben.

Zur konkreten Frage: Eine vorhergehende Zusatzfrage hat sich schon auf konkrete Projekte bezogen. Ich denke, daß dieses eine Projekt der Zusammenarbeit der Bezirkvorstehung Liesing mit den Nachbargemeinden ein ganz entscheidendes ist. Darin sind ein paar kleine Projekte enthalten, die auch in Ihrem Ressort liegen, wie zum Beispiel eine Brücke über die Eisenbahn, damit der Radverkehr aus Perchtoldsdorf zum Bahnhof Liesing kommen kann. Angeblich hängt das in Ihrer Geschäftsgruppe. Wir könnten dort ein ganz konkretes Projekt realisieren und hätten damit einen großen Fortschritt im Detail erreicht.

Daher meine Frage: Werden wir damit rechnen können, daß im Jahr 1999 die Realisierung dieser Brücke Platz greift? - Perchtoldsdorf hat die Finanzierung seines Teils schon zugesagt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Abg Schicker!

Wenn es angeblich in meiner Geschäftsgruppe hängt - ich muß gestehen, das ist mir nicht geläufig, daß es in meiner Geschäftsgruppe hängt -, dann werde ich dem nachgehen. Ich werde also jetzt die Frage nicht direkt beantworten können, sage Ihnen aber, daß Sie innerhalb einer Woche von mir außerhalb dieses Rahmens eine Antwort bekommen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Damit ist die 2. Anfrage beantwortet.

Die 3. Anfrage wurde von Frau Abg Mag Michaela Hack gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft gerichtet: *Die Zusammenarbeit zwischen Wien, Niederösterreich und Burgenland ist derzeit wenig zufriedenstellend. Konkurrenzierende Betriebsansiedlung, unkontrollierte Siedlungserrichtung und unkoordinierte Infrastrukturerentwicklung sind die Folge. Halten Sie den Vorschlag des Liberalen Forums, daß ein direkt gewähltes Regionalparlament dieser Länder, welches überregionale Aufgaben hat, für einen sinnvollen Lösungsansatz?*

Ich bitte um Beantwortung.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Frau Abg Hack!

Sie stellen die Frage, was ich von dem Vorschlag des Liberalen Forums halte, ein eigens gewähltes Regionalparlament quasi zu implementieren, um die Probleme der Ostregion in den Griff zu bekommen.

Es ist zwar nicht exakt ein typisches Beispiel für die Frage der Vollziehung, was ich von einem politischen Vorschlag des Liberalen Forums halte, aber ich kann schon deswegen nicht gegen Ihren Vorschlag sein, weil ich ihn schon zu einem Zeitpunkt gemacht habe, wo es das Liberale Forum noch gar nicht gegeben hat. Ich habe nämlich vor sechs Jahren schon in der Öffentlichkeit den Vorschlag gemacht auf eigens gewählte Regionalparlamente.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird ebenfalls von Frau Abg Mag Hack gestellt. - Bitte.

Abg Mag Michaela Hack (Liberales Forum): Herr stellvertretender Landeshauptmann!

Es freut mich, daß Sie das schon vor sechs Jahren erkannt haben. Was mich weniger freut, ist, daß seit sechs Jahren nichts passiert ist, weil dann hätten wir diese Frage nicht stellen müssen und müßten uns heute auch nicht darüber unterhalten.

Mir fehlen daher die, sage ich einmal, politischen Initiativen Ihrer Partei, die in diese Richtung gehen. Wir haben zu diesem Thema auch schon in diversen Arbeitsausschüssen diskutiert und dort hatte ich nie das Gefühl, daß die ÖVP in irgendeiner Form diese Regionalparlamente anstrebt oder auch vertritt. Also vielleicht ist das Ihre persönliche Meinung gewesen, aber es hat sich noch nicht bis zum Rest der ÖVP herumgesprochen.

Nun zu meiner Frage: Sie halten also ein Regionalparlament für sinnvoll, weil es hier entsprechend politische Umsetzungsmöglichkeiten und auch Sankti-

onsmöglichkeiten durch den Wähler gibt, wenn die Pläne, die eine gemeinsame Region beschließt, nicht tatsächlich realisiert werden.

Vorbereitend für so ein Regionalparlament wäre aber ein Regionalverband, der auch die Gemeinden und die Bezirksvorsteher miteinbezieht, und zwar nicht nur den im 23. Bezirk und im Süden Wiens, sondern auch die Gemeinden und die Bezirksvorsteher in der restlichen Umgebung Wiens. Ich würde sogar auch die Gemeinden Burgenlands miteinbeziehen, weil es gerade im Verkehrsbereich wichtig ist, die gesamte Europaregion Wien, Niederösterreich und Burgenland zu planen.

Daher meine Frage. Sie haben vorher auch erwähnt, Sie haben eine Studie in Vorbereitung. Diese Studie, die Sie in Vorbereitung haben, wurde vor drei Jahren von der Arbeiterkammer fertiggestellt. Die hat sich genau mit dieser Problematik der regionalen Zusammenarbeit in Deutschland beschäftigt.

Jetzt frage ich mich: Dort gibt es bereits die ersten Konzepte, so zum Beispiel auch ... Geht es? - Na ja, er war so beschäftigt, deswegen wollte ich ihn kurz lesen lassen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Bitte eine kurze Frage. Das sind schon viel zu lange Erläuterungen.

Abg Mag Michaela Hack (fortsetzend): Gut.

LhptmSt DDr Bernhard Görg (unterbrechend): Ich kann eine Notiz lesen und gleichzeitig zuhören, Frau Kollegin Hack.

Abg Mag Michaela Hack (fortsetzend): Sehr gut. Wunderbar.

Daher meine Frage: Halten Sie es für sinnvoll, einen vorbereitenden Regionalverband zu gründen, in dem auch Gemeinden und Bezirksvorsteher miteinbezogen sind?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Frau Kollegin Hack!

Zunächst einmal noch zurückkommend auf das Thema Regionalparlament. Die Institution des Regionalparlaments war ja auch ein Thema bei der Bundesstaatsreform. Die Bundesstaatsreform ist ja unter anderem auch von Ihrer Partei - allerdings auf Bundesebene, weil es auf Landesebene nicht diskutiert worden ist - abgelehnt worden. Also es hilft nicht sehr, wenn Sie zwar hier in diesem Raum die Forderung aufstellen, man möge mehr tun in Richtung Regionalparlament, wenn Sie gleichzeitig innerhalb Ihrer Partei Ihre Hausaufgaben nicht machen und innerhalb Ihrer Partei dafür sorgen, daß diese Einrichtung auch auf Bundesebene quasi unterstützt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber ich will nicht so tun, Frau Kollegin Hack, als hätten wir, wenn sich das Liberale Forum auf Bundesebene für ein Regionalparlament stark gemacht hätte, schon Regionalparlamente. Ich glaube nicht daran, daß wir in den nächsten 20 bis 25 Jahren echte Regionalparlamente, so wie Sie sie beschrieben haben und wie ich es gemeint habe, mit gewählten Vertre-

tern haben werden, weil es dazu doch eine Totalrevision und eine Totalreform der Bundesverfassung brauchen würde und die sehe ich kurzfristig unter keinen Umständen.

Ich habe mich daher jetzt für einen anderen Weg entschieden und auch wenn ich vor sechs Jahren oder vor fünf Jahren das Regionalparlament immer wieder gefordert habe, werden Sie von mir jetzt keine Forderungen erleben, wir brauchen ein Regionalparlament, weil das nur Widerstand bei sehr vielen Betroffenen auslöst, sondern wir haben uns jetzt für einen anderen Weg entschieden, letztlich aber, um zu einem gemeinsamen Ziel zu kommen.

Der erste Weg, den wir genauer untersucht haben, war der Weg der Umlandverbände. Ich bin vor Jahren in ganz Deutschland herumgefahren, um mir die einzelnen Modelle der Umlandverbände anzuhören. Ich muß sagen, es haben sich die Erfolge der Umlandverbände vor Ort immer toller angehört, als sie sich dann mit einer Distanz vom Ort des Geschehens herausgestellt haben, und eine Reihe von Umlandverbänden, die wir jetzt, nach drei Jahren, wiederum nachgefragt haben, wie es mit den Erfahrungen ausschaut, ist dabei, zu bestätigen, daß das Konzept des Umlandverbands überdacht werden muß, weil es doch nicht das gebracht hat, was es eigentlich hätte bringen sollen.

Daher haben - diese Abschweifung gestatte ich mir - Berlin und Brandenburg den Versuch gemacht, gar nicht über den Weg von Umlandverbänden das Problem der gemeinsamen Planung zu lösen, sondern durch eine Verschmelzung der beiden Bundesländer, sind dann aber bei einer Volksabstimmung in Brandenburg an dieser ganz tollen politischen Zielsetzung gescheitert.

Ich persönlich glaube daher, daß dieses schrittweise Vorgehen, zu dem wir uns jetzt in Wien entschlossen haben, wobei aber das Bedeutende ist, nachhaltiges schrittweises Vorgehen mit Einrichtung von Regionalkonferenzen auf der einen Seite, aber jetzt auch im Exekutivbereich mit Einrichtung eines Regionalmanagements zu Themen, wie ich sie gerade in der Anfragebeantwortung der Frau Abg Kovacic skizziert habe, der richtige Weg ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Stix gestellt. - Bitte.

Abg Dr Rüdiger Stix (AoK): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Es gibt eine konkrete Möglichkeit, wo man auch in der Zwischenzeit, wo Sie Ihre Ziele hoffentlich erfolgreich weiter fortsetzen, etwas tun kann.

Es haben aufgrund der Erfahrungen in der Zweiten Republik nunmehr auch alle schwarzdominierten Bundesländer, Ihre Landeshauptmannkollegen in den ÖVP-dominierten Bundesländern, die Regierungen bereinigt, um Privilegien, die vielleicht in der Nachkriegszeit einmal einen Sinn gehabt haben mögen, abzubauen, um klare politische Verantwortungen zu schaffen. Es gibt also jetzt de facto meines Wissens nach in kei-

nem Bundesland, zumindest nicht mehr nach den nächsten Wahlen, die Situation, daß Regierungsmitglieder ohne Verantwortung, ohne einen Geschäftsbereich, aber bei voller Bezahlung und bei voller Ausstattung drinnen sitzen.

Es wäre doch eine Möglichkeit, auf dem Weg zu einem Regionalparlament, zu einer regionalen Zusammenarbeit zwischen Wien, Niederösterreich und Burgenland, einstweilen in Wien zu straffen, und ich frage Sie: Sind Sie bereit, unsere Aktivitäten gegen veraltete Politikerprivilegien zu unterstützen und in Wien dafür zu sorgen, daß die nichtamtsführenden Regierungsmitglieder endlich aus der Regierung ausscheiden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Kollege Stix!

Das ist zwar im Zusammenhang mit Regionalparlamenten eine ein bißchen weit hergeholt Frage und auch nicht eine Frage der Vollziehung meines Sectors, ich gebe Ihnen aber trotz allem gerne eine freimütige Antwort.

Zunächst einmal lege ich Wert auf die Feststellung, daß ich auch zu dem Zeitpunkt, wo ich selbst nichtamtsführender Stadtrat gewesen bin, und das war ich vier Jahre lang in diesem Haus, immer die Meinung vertreten habe, daß die Einrichtung des nichtamtsführenden Stadtrats eine Einrichtung ist, die meine persönliche Unterstützung nicht hat. Ich habe nie einen Sinn in der Einrichtung von nichtamtsführenden Stadträten gesehen. Es wird nicht überraschen, wenn ich Ihnen jetzt sage: Es hat sich meine Meinung, seitdem ich amtsführender Stadtrat bin, in der Frage der nichtamtsführenden Stadträte überhaupt nicht verändert, ganz im Gegenteil. Ich finde diese Einrichtung für abschaffbar und unnötig. (Beifall bei den AoK und des Abg Marco Smoliner.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr GÜNTHER gestellt. - Bitte.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Sie haben in Ihrer ersten Antwort gesagt: Ja, ich habe vor sechs Jahren die Regionalparlamente schon vorgeschlagen. Sie haben dann in der zweiten Antwort zurückgezogen und haben gesagt: Aber derzeit ist es nicht aktuell und es dauert 25 bis 30 Jahre, bis es zu einer Änderung kommen kann.

Meine Frage ist auch keine direkte der Vollziehung, aber sie geht in die gleiche Richtung. Ihr Parteikollege Hirschmann aus der Steiermark hat weiter gedacht und hat gesagt: Die Landtage haben immer weniger Aufgaben aufgrund der EU und es wäre eine Überlegung, Österreich in drei Bereiche einzuteilen und die Landtage aufzulösen. Wie stehen Sie zu der Meinung Ihres Parteikollegen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Kollege Dr GÜNTHER!

Ich habe deswegen genau den Zeitraum 25 bis

30 Jahre hergenommen, weil ich gesagt habe, dann werden wir eine neue Struktur in diesem Land haben und damit auch in der Region, die uns betrifft.

Auch da mache ich kein Hehl daraus, daß ich nicht die Meinung vieler Regionalpolitiker teile, daß das Konzept des Europas der Regionen sich exakt am österreichischen Beispiel orientiert und daß die Ländereinteilung der neun österreichischen Bundesländer eine schon vorweggenommene Antwort, und zwar die richtige Antwort auf dieses Zukunftskonzept des Europas der Regionen ist, weil die Erfahrung lehrt, daß diese Regionen, wenn sie in Europa eine Chance haben wollen, wesentlich größer sein müssen, als das teilweise die österreichischen Bundesländer sind, weil es eine kritische Masse braucht, um quasi den Regionsgedanken tatsächlich zu verwirklichen.

Aber auch da sage ich klipp und klar: Über die Neustrukturierung Österreichs - und das würde eine Totalrevision der Verfassung sein - werden wir ernsthaft in 20 bis 25 Jahren reden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dipl Ing Schicker gestellt. - Bitte.

Abg Dipl Ing Rudolf Schicker (SPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie Ihre Haltung zu den nichtamtsführenden Stadträten nicht geändert haben, offensichtlich aber doch die Haltung, was Ihr Fach jetzt betrifft, denn da haben Sie ja die Regionalparlamente nicht mehr so im Vordergrund. Ich denke, daß das zur Verfassung Gesagte auch nicht ganz stimmt. Wir hätten durchaus die Möglichkeit, mit 15a-Vereinbarungen zu Lösungen zu finden.

Aber bleiben wir bei der Trennung Legislative - Exekutive. Daher meine Frage: Denken Sie, daß man auf Verwaltungsebene - Brandenburg und Berlin haben ja den Ausweg dann auf Verwaltungsebene in der Planung gefunden - diesen Ausweg in Wien, Niederösterreich, Burgenland auch gehen wird können und welchen Zeitraum setzen Sie dafür an? Ich hoffe nicht die 30 Jahre, wie für die Verfassungsänderung gesagt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Abg Schicker!

Weil Sie das Beispiel Berlin - Brandenburg anführen. Berlin - Brandenburg könnte für uns ein sehr gutes Vorbild sein, es ist aber kein ideales Beispiel, weil es in der Sache Zusammenarbeit Berlin - Brandenburg auf politischer Ebene eine völlige Übereinstimmung gegeben hat. Und diese Übereinstimmung ist soweit gegangen, daß sich die politische Ebene in beiden Bundesländern dazu bekannt hat, die beiden Bundesländer miteinander zu verschmelzen. Eine solche politische Übereinstimmung ist zwischen Wien, Niederösterreich und Burgenland derzeit, wie Sie selbst wissen, nicht vorhanden.

Ich sage daher auch, Berlin - Brandenburg kann für uns Vorbild sein, was die Zusammenarbeit anlangt. Das kann aber nicht heißen, daß ich sehr zuversichtlich bin, daß wir innerhalb kürzester Zeit das gleiche

Zusammenarbeitsmodell auf Verwaltungsebene zusammenbringen, wie es Berlin und Brandenburg zusammengebracht hat. Das muß aber für uns eine klare politische Zielsetzung sein.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hack gestellt. - Bitte.

Abg Mag Michaela Hack (Liberales Forum): Sehr geehrter Herr stellvertretender Landeshauptmann!

Sie haben vorher das Regionalmanagement angekündigt. Ich würde Sie bitten, daß Sie vielleicht in diesem Haus ein bißchen konkretisieren, wie das Regionalmanagement ausschauen soll. Personell: Handelt es sich um eine Person oder um mehrere? Strukturell: Wer ist dort miteingebunden und wer nicht?

Wir haben ja einen ganz konkreten Vorschlag zu einem Regionalbüro mit einem Regionalmanager gemacht. Decken sich hier unsere Vorschläge oder sehen Sie hier eine andere Richtung? Und vor allem auch bezüglich des Zeithorizonts: Wird es dieses Regionalmanagement noch in Ihrer Funktionsperiode geben?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Darf ich noch einmal ganz kurz festhalten: Es gibt auf oberster Beamtenebene zwischen den drei Bundesländern jetzt eine Übereinstimmung darüber, daß es ein solches Regionalmanagement zu ganz ausgewählten Bereichen, die ich in meiner Beantwortung der ersten Anfrage schon skizziert habe, geben soll.

Der nächste Schritt ist - und ich hoffe, daß uns der in den nächsten beiden Monaten, bis Februar, gelingt - , auf politischer Ebene die gleiche Übereinstimmung zu erzielen, die es derzeit auf Beamtenebene über die Weiterentwicklung dieses Regionalmanagementkonzepts zwischen den drei Bundesländern geben soll.

Ich sage aber ausdrücklich: Ich habe noch kein politisches Feedback dafür. Ich habe nur das Feedback auf Beamtenebene. Und eine endgültige Beantwortung der Frage, wie dieses Konzept aussehen soll, wie die personelle Ausstattung aussehen soll - weil auch das ist nicht von der Stadt und vom Land Wien allein determiniert, hier muß es selbstverständlich auch eine Beteiligung der anderen Bundesländer geben -, kann ich erst machen, nachdem diese Sitzung der politischen Planungsreferenten zu Anfang des nächsten Jahres stattgefunden hat.

Frau Landtagspräsidentin, ich kündige jetzt schon an, daß ich dann vielleicht hier im Landtag eine Mitteilung mache, was aus diesem regionalpolitischen Konzept, aus dem Regionalmanagementkonzept nach Rücksprache mit den Planungsreferenten wird und wie wir uns die Weiterentwicklung vorstellen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Damit ist die 3. Anfrage beantwortet.

Die 4. Anfrage wurde von Herrn Abg Mag Christoph Chorherr gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: Ende 1996 wurde von den GRÜNEN ein Initiativantrag betreffend die Reform der Wiener Gemeindewahlordnung eingebracht. Im zu-

ständigen Ausschuß wurde der Antrag mit dem Hinweis auf laufende Gespräche der Koalitionsparteien inhaltlich nicht behandelt. In den Fragestunden des Landtags vom 19.12.96 und 12.12.97 haben Sie sich dafür ausgesprochen, daß man 1997 in den Verhandlungen jedenfalls soweit kommen sollte, daß die Abschlußperspektive deutlich zu erkennen ist. Welche konkreten inhaltlichen Ergebnisse der koalitionären Gespräche liegen bis dato vor?

Ich bitte um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Klubobmann!

In vorweihnachtlicher Eintracht zum dritten Mal die Fragestellung. Ich kann daher zum dritten Mal in der selben Eintracht nur antworten: Mir liegen deswegen keine Berichte vor, weil die Klubobleute dem Landeshauptmann nicht berichtspflichtig sind über ihre Verhandlungen, die sie etwa über ein neues Wahlrecht führen, und es nicht die Aufgabe des Landeshauptmanns ist, eine Wahlrechtsreform vorzubereiten, sondern dies Aufgabe ist des Hohen Landtags in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber selbst.

Ich hoffe damit, erschöpfend wie in den letzten beiden Jahren, dies auch hier abgehandelt zu haben.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Erschöpft ist offensichtlich die Koalition, daß man wirklich zum dritten Mal vor Weihnachten etwas anfragen muß, wo Versprechungen im Raum stehen. Ich war insofern motiviert, weil Sie ja die Wiener Koalition als Vorbild für den Bund gepriesen haben. Da stottert der koalitionäre Motor und zwar sehr.

Nur zur Auffrischung: Bereits im Dezember 1996 haben Sie persönlich, Herr Landeshauptmann - es wird Ihnen erinnerlich sein -, gemeint, daß ein Vorschlag im Jahr 1997 vorliegen wird. Aber damit nicht genug: Ein ehrenwerter Antrag des Herrn Prof KARL auch im Jahr 1996, konkret am 29. November, der von ÖVP und SPÖ angenommen wurde, hat Ihre Kollegin, Frau Brauner, aufgefordert, für das Jahr 1997 so etwas vorzulegen. Also insofern, ohne Ihre Macht als Landeshauptmann hier überschätzen zu wollen: Wie sehr trödelt hier die Koalition oder wer trägt die Verantwortung dafür, daß jetzt drei Jahre später gar nichts passiert ist, außer daß die GRÜNEN einen Antrag gestellt haben, der von Ihrer Kollegin, Frau Brauner, so beantwortet wurde, daß sich erst die Koalition einigen muß?

Herr Landeshauptmann, meine Frage: Müssen wir vor Weihnachten 1999 eine ebensolche Frage an Sie stellen und stottert hier die Koalition untätig weiter?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Klubobmann!

In der Vorbereitung auf diese ungewohnte Anfrage war ich mir der Genesis des Werdens seit dem Jahr 1996 durchaus bewußt. Ich bin auch überzeugt davon, daß die Aufforderung, die von der Mehrheit des

Landtags an den Landtag selbst gerichtet ist, eine entsprechende Wahlrechtsnovelle vorzubereiten, auch sehr ernst genommen wird.

Aber ich habe den Eindruck, und begründeterweise den Eindruck, und ich habe dies auch in der Öffentlichkeit mehrmals begründet, daß offensichtlich die Koalition mit Sachfragen, wo die Interessen der Wiener Bürgerinnen und Bürger entsprechend berücksichtigt sind, die Lebensvoraussetzungen für die Wiener Bürgerinnen und Bürger, so beschäftigt gewesen ist, daß diesen Verhandlungen möglicherweise nicht jenes Tempo eingeräumt werden konnte, das mir durchaus auch selbst als wünschenswert erschienen ist. Ich bin von der Hoffnung ausgegangen - ich nehme an, von der gleichen berechtigten -, daß 1997 ein entsprechender Vorschlag vorgelegt werden kann. Offensichtlich ist man mit diesen Gesprächen noch nicht soweit gekommen.

Ich kann daher heute nur meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß vor Weihnachten 1999 nicht mehr dieselbe Frage gestellt werden muß. Aber, wie gesagt, es ist nicht Aufgabe des Landeshauptmanns, eine Wahlrechtsreform vorzubereiten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag KARL gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Franz KARL (ÖVP): Herr Landeshauptmann!

Wahlrechtsfragen sind ja bekanntermaßen sehr schwierige Fragen und daher dauern sie eine gewisse Zeit.

Ich möchte aber auf einen anderen Aspekt des Wahlrechts hinweisen, der meines Erachtens eigentlich völlig unbestritten sein müßte und daher relativ rasch über die Bühne gehen könnte, und ich frage Sie, ob Sie das auch so sehen. Ich sehe drei Punkte im Wahlrecht, die wir sehr rasch novellieren könnten, nämlich daß für Körperbehinderte barrierefrei erreichbare Wahllokale auch verpflichtend gesetzlich verankert werden, zumindest eines pro Bezirk, was ja in der Tat schon geschieht, aber was auch rechtlich verankert werden sollte, daß Blinden und schwer sehbehinderten Wählern seitens der Wahlbehörde geeignete Hilfsmittel zur Ermöglichung der selbständigen Wahl ausübung verpflichtend zur Verfügung gestellt werden, das ist noch nicht immer der Fall, und drittens, daß der § 70 Abs. 4 der Gemeindewahlordnung, der lautet: "In Anstalten unter ärztlicher Leitung kann diese" - nämlich die ärztliche Leitung - "in Einzelfällen den in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Personen die Ausübung des Wahlrechts aus gewichtigen medizinischen Gründen untersagen", ersetztlos gestrichen wird.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Grosso modo kann ich mir das sehr gut vorstellen. Ich denke, daß das einer der Punkte ist oder die Punkte sind, die man auch relativ rasch abhandeln sollte.

Ein wesentlicher Punkt bei diesen Diskussionen ist sicherlich die in allen demokratischen Ländern, auch innerhalb der Europäischen Union, geführte Diskussion Proportionalwahlrecht versus mehrheitsförderndes Wahlrecht, eine demokratisch legitime Diskussion, die abgeführt wird. Das ist wahrscheinlich der kontroversiellste Punkt, den es gibt.

Aber es gibt darüber hinaus sehr wichtige Fragen, die zu erörtern sind. Die Frage der Stärkung etwa des Persönlichkeitswahlrechts, ein traditionelles Anliegen der ÖVP, wenn ich mir in Vorbereitung der letzten beiden Diskussionen dazu, die man offensichtlich nur in der Fragestunde vor Weihnachten führt, vor Augen halte, wo es durchaus auch berechtigte Anliegen gibt in die Richtung hin: Persönlichkeitswahl der Vorsteher. Das ist auch beim Bürgermeister und Landeshauptmann vorgeschlagen und überlegt worden. In anderen Bundesländern gibt es diese Diskussion dazu auch.

Also ich denke, daß es eine ganze Reihe von ernsten und wesentlichen Diskussionen gibt, wichtigen Diskussionen gibt, die man im Zusammenhang mit Wahlrechtsveränderungen zu führen hat, abseits öffentlicher Polemik, und das macht es wahrscheinlich aus, warum es auch entsprechend dauert. Aber wenn wir auf Etappen diese Veränderungen herbeiführen und die von Ihnen vorgeschlagenen drei Punkte, die im besonderen Ausmaß auf Behindertenschutz, Behindertenhilfe abzielen, wenn ich das einmal so sagen kann, dann bin ich sehr dafür.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr GÜNTHER gestellt. - Bitte.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Herr Landeshauptmann!

Nachdem der Kollege KARL mit der Nichtbehandlung seines Antrags ja hochzufrieden ist, wie ich gerade gemerkt habe, habe ich eine Frage. (Abg Mag Franz KARL: Das habe ich nicht gesagt!) Das war ganz deutlich zu merken, denn so ein Schlenz auf der Seite vorbei an den wichtigen Problemen kann nur dem Kollegen KARL gelingen.

Aber zu meiner Frage: Anlässlich der letzten Wahlrechtsreform hat der damals zuständige Klubobmann Hatzl einen Vorschlag gebracht, der sehr mehrheitsfördernd gewesen wäre. Sie haben dann immer wieder und jetzt noch einmal Überlegungen eingebracht, die auch eher mehrheitsfördernd sind.

Daher meine Frage: Ist es Ihr besonderes Anliegen, den Einzug Ihres derzeitigen Koalitionspartners ÖVP oder Ihres präsumtiven Koalitionspartners, der GRÜNEN, in den Landtag überhaupt zu verhindern?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Nein. (Abg Dr Helmut GÜNTHER: Gut!!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Pöschl gestellt. - Ich bitte.

Abg Hanno Pöschl (Liberales Forum): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich möchte einen Teilaспект des Wahlrechts aufgreifen, der durch Wortmeldungen in der letzten Zeit wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt ist. Mit Interesse und auch mit Freude habe ich gelesen, daß Ihre Parteikollegen, zumindest die Reformkräfte in Ihrer Partei, sich sehr klar positioniert haben, in der Frage der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, unter anderem auch der Herr Bundeskanzler, wie man vernimmt.

Deswegen meine konkrete Frage: Werden Sie sich mit Ihrem Gewicht als Landeshauptmann auch in Wien dafür einsetzen, daß es eine sinnvolle und von uns gewünschte Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre geben wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Auch das ist eine Frage, die Bestandteil der Verhandlungen über eine Wahlrechtsreform ist und nicht vom Landeshauptmann präjudiziert werden soll. Fragen an den Parteibmann sind hier nicht zulässig.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Herr Landeshauptmann!

Trotzdem noch einmal zu diesem Antrag, der ganz klar eine Kollegin von Ihnen in der Landesregierung beauftragt hat, eine Vorlage zu erstellen. Was heißt das, wenn der Landtag beschließt, eine Vorlage zu erstellen, und ein zuständiges Mitglied der Landesregierung tut das nicht? Welche Konsequenzen erwachsen dann für Sie, Herr Landeshauptmann, aber auch für die zuständige Stadträtin?

Ich darf diesen Passus aus einem mehrheitlich gefaßten Landtagsbeschuß vorlesen, der an ein Mitglied der Landesregierung ergangen ist: "Die zuständige Stadträtin wird gebeten, im Laufe des Jahres 1997 Vorschläge hinsichtlich der Festlegung im Arbeitsübereinkommen zu den genannten Themen vorzulegen. In weiterer Folge soll auf Basis dieser Vorschläge eine breite Diskussion erfolgen." - Weder das eine, noch das andere ist passiert.

Was tut - das ist meine Frage - ein Landeshauptmann, wenn ein Mitglied der Landesregierung einen klaren Auftrag des Landtags eindeutig mißachtet?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Nach meinen Informationen ist dieser Antrag im Ausschuß entsprechend behandelt worden. (GR Mag Christoph Chorherr: Das war ein Beschuß hier!) Dort ist ein Bericht der zuständigen Stadträtin vorgelegt worden und dieser Bericht ist mehrheitlich zur Kenntnis genommen worden. Auch die Stadträtin wird nicht in der Lage sein, einen mehrheitsfähigen Vorschlag hier im Landtag zu machen, wenn es keine Mehrheit dafür gibt. Die kann man letztendlich nicht herbeizaubern.

Ich kann nur noch einmal darum bitten, nicht den

Landeshauptmann verantwortlich dafür zu machen, wenn kein mehrheitsfähiger Beschuß für eine Wahlrechtsreform vorliegt, sondern alles zu versuchen, eine entsprechende Mehrheit dafür herzustellen. Das scheint mir die vernünftige und richtige Vorgangsweise einer Legislative gegenüber ihrer Aufgabe, Gesetze zu machen, zu sein.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 5. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Matthias Tschirf gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet: *Aufgrund diverser Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs ist eine Änderung des Wiener UVS-Gesetzes erforderlich. Wann ist mit einer Novellierung zu rechnen? (Abg Godwin Schuster: Es ist schon 10.00 Uhr!)*

Es ist noch eine Minute vor Ablauf der Zeit. Ich habe meine Uhr zu Beginn der Fragestunde eingestellt und es sind noch immer 28 Sekunden übrig.

Ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Ich bin froh, daß ich nicht in 28 Sekunden fertig sein muß, weil das würde ein bißchen eng werden.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich kann Ihnen mitteilen, daß zur Setzung der von Ihnen angesprochenen Reformschritte vom Amt der Wiener Landesregierung zwei Gesetzesentwürfe ausgearbeitet wurden, und zwar eine Novelle zum UVS-Organisationsgesetz von der MD-VfR sowie eine Novelle zum UVS-Dienstrechtsge setz von der MA 1. Diese Novellen wurden zur Begutachtung ausgesendet. Es sind eine Reihe von Stellungnahmen eingegangen und man ist gerade dabei, einen endgültigen Vorschlag zu erarbeiten. Wie rasch dieser endgültige Vorschlag fertig sein wird, wird nicht zuletzt von Ihnen, sehr verehrter Herr Kollege, also der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner abhängen.

Es war von allem Anfang an Ziel dieser Reform, auch die besoldungsrechtliche Stellung der UVS-Mitglieder zu reformieren. Wie schon mehrfach darauf hingewiesen wurde, ist beabsichtigt, zu einem beförderungsfreien Gehaltssystem für die UVS-Mitglieder überzugehen. Dieses wird keine Ermessensbeförderung mehr sein können, sondern ein fixes Schema mit automatischer Vorrückung, vergleichbar den Richtern. Darin ist ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Unabhängigkeit des UVS zu sehen, wie die gesamte Novelle von diesem Grundgedanken der Stärkung der Unabhängigkeit geprägt ist.

Diese Gehaltsreform, die unbedingt in die UVS-Reform einbezogen werden muß, kann allerdings erst dann verwirklicht werden, wenn die als Strukturreform bekannte Änderung des Besoldungssystems der allgemeinen Verwaltung beschlossen wird, weil nur dann sind die gebotenen Laufbahnvergleiche zwischen den UVS-Mitgliedern und den Bediensteten der allgemeinen Verwaltung anstellbar. Sobald dies erledigt ist, steht einer unverzüglichen UVS-Reform nichts mehr im Wege.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf. - Ich bitte.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Frau Stadträtin!

Das Arbeitsübereinkommen der Koalitionsregierung sieht vor, daß die Unabhängigkeit des UVS gestärkt werden soll. Der in Begutachtung ausgesandte Entwurf trägt dem Rechnung und orientiert sich im wesentlichen an Bestimmungen des Richterdienstgesetzes.

Gehen Sie davon aus, daß es in ähnlicher Form oder in dieser Form auch in die Landesregierung von Ihnen eingebracht wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Herr Abgeordneter!

Davon gehe ich aus, denn dieser Grundgedanke, nämlich die Stärkung der Unabhängigkeit, ist der Grund gewesen, warum es überhaupt zu diesem Reformvorschlag gekommen ist. Neben vielen Details, die in diesen Bestimmungen geregelt sind, zieht sich diese Stärkung der Unabhängigkeit wie ein roter Faden durch die gesamte Novelle und ist auch Sinn dieser Novelle. Vor allem drückt es sich dadurch aus, daß Mitglieder in Zukunft unbefristet bestellt werden sollen und nicht - wie bisher - befristet. Das hat natürlich auch Konsequenzen auf die besoldungsrechtliche Stellung und diverses andere, aber dieses ist der Grundgedanke.

Es wäre widersinnig, eine Novelle vorzulegen, die diesem Grundgedanken, der überhaupt die Ursache der gesamten Novelle war, nicht entspricht. Das heißt, selbstverständlich wird diesem Grundgedanken Rechnung getragen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr GÜNTHER gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (FPÖ): Frau Stadträtin!

Die Verfassungsgerichtshoferkenntnisse waren alle aus dem Vorjahr. Aus diesem Grund hat die Opposition im Vorjahr einen Antrag zur Novellierung des UVS-Gesetzes eingebracht. Sie haben im Ausschuß diesen Antrag mit der Begründung, Sie machen ohne dies selber eine Novelle zum UVS-Gesetz, abgelehnt.

Jetzt meine Frage: Welche Bereiche aus diesem damaligen Antrag, der in Zusammenarbeit mit dem UVS entstanden ist, sind in die jetzige Novelle eingeflossen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Herr Abgeordneter!

Grundsätzlich denke ich, daß die damalige Debatte vor allem durch die Frage der Unabhängigkeit der Mitglieder dominiert war. Ich habe schon mit der vorherigen Frage beantwortet, daß dieser Grundgedanke selbstverständlich in der Novelle enthalten ist und auch bleiben muß, weil das der Sinn der ganzen Angelegenheit ist. Wie dann die einzelnen Details noch ausschauen werden, kann ich Ihnen - das habe ich in

der vorherigen Frage schon gesagt - nicht beantworten, weil noch Verhandlungen darüber im Gange sind.

Der wichtige Grundgedanke, um den es - wie ich aus der Diskussion weiß - auch bei dem Oppositionsvorschlag gegangen ist, nämlich die Unabhängigkeit des UVS zu stärken, ist in diesem Vorschlag - wie schon damals angekündigt - verwirklicht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Herr Abg Smoliner. - Ich bitte.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ganz kurz: Werden Sie sich in der Landesregierung für die Wiederbestellung des derzeitigen Präsidenten des UVS einsetzen oder nicht?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Herr Abgeordneter!

Zur Frage der Wiederbestellung des Präsidenten gibt es eine sehr klare Vorgangsweise. Es hat eine Ausschreibung mit sehr klaren Ausschreibungskriterien gegeben. Es haben sich mehrere dazu beworben, Männer und wenige Frauen. (*Abg Marco Smoliner: Zu wenige Frauen!*) Zu wenige Frauen, das ist eine persönliche Anmerkung, weil ich es grundsätzlich für wichtig halte, unabhängig davon, wie ein Verfahren ausgeht, daß auch Frauen signalisieren, daß sie an Karriere interessiert sind. Aber - wie gesagt - dies bitte ich jetzt als persönliche Bemerkung zu sehen.

Das heißt, es gibt eine Reihe von Vorschlägen und es wird jetzt daran sein, darüber zu diskutieren und einen Vorschlag vorzulegen, wie die weitere Besetzung ausschauen soll.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von den GRÜNEN gestellt. Oder verzichten Sie, Herr Mag Chorherr? (*Abg Mag Christoph Chorherr: Ich verzichte!*) - Keine Zusatzfrage.

Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf. - Ich bitte.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Frau Stadträtin!

Heißt das, wir gehen davon aus, daß wir einen im wesentlichen am Richterdienstgesetz orientierten Entwurf in die Landesregierung bekommen werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Wir gehen davon aus, daß wir einen Entwurf bekommen, der dem Grundgedanken der Unabhängigkeit entspricht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke vielmals. - Damit ist die Fragestunde beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Vom Herrn Abg Dr Rüdiger Stix wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Die aktuelle Situation der TEN (Trans Europäischen Netze) unter besonderer Berücksichtigung des intermodalen Knotens Wien und den akuten Effekten auf die Verkehrs- und Telekommunikationsstruktur am Standort Wien" verlangt.

Das Verlangen wurde gemäß der Geschäftsord-

nung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte den Erstunterzeichner, Herrn Abg Dr Stix, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, daß seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Dr Rüdiger Stix (AoK): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Rechtsliberal heißt, Realitäten zu bewältigen und nicht Realitäten zu verdrängen. Wir von der FDU, von der Freien Demokratischen Union, wollen keinen Wettkampf hysterischer Negativkampagnen, sondern wir wollen Sie mit Argumenten überzeugen.

Ein Argument darf ich vorweg bringen: Ich wurde mehrfach gefragt und die Tageszeitung "Die Presse" hat angemerkt, mit dem Thema werden wir nicht gewinnen. Mag sein, trotzdem ist das Thema eines der ganz wesentlichen und essentiellen Themen für uns alle. Ich bin überzeugt davon, in drei Jahren werden TEN, Trans Europäische Netze, ein Thema sein, das alle Wienerinnen und Wiener bewegt.

Sie wissen, genauso war der KRAZAF früher ein Unwort, aber inzwischen weiß jeder, daß KRAZAF heißt: Wie geht es mir, wenn ich ins Spital komme? Wie geht es mir, wenn ich ein Pflegefall werde? Wie geht es meiner Gesundheit? Und was kostet es?

TEN, Trans Europäische Netze, heißt: Wie schaut unsere Wiener Zukunft in fünf oder in zehn Jahren aus?

Wir haben derzeit den Vorsitz in der EU-Ratspräsidenschaft. Genau in zwei Wochen ist der Gipfel in Wien. Es mag durchaus sein - dieses Argument wird gelegentlich gebracht -, daß Österreich während des Gipfels einen geringeren Handlungsspielraum hat, nationale Interessen, nationale Anliegen durchzusetzen. Es ist aber eine unverzichtbare Chance und hochaktuell für uns, in Wien in zwei Wochen beim Gipfel Themen von nationalem Interesse zu präsentieren und dann in der Troika nachzuholen, wenn die Deutschen die Ratspräsidenschaft übernehmen, und wir in der Troika in der Lage sind, das, was wir thematisiert haben, vor allem die wesentlichen Anforderungen der Trans Europäischen Netze, für Wien auch einzufahren, zu realisieren, zu ernten - wenn Sie so wollen.

Es gibt noch einen zweiten Grund: Auch die ehrliche FPÖ, die FPÖ von Broesigke, die FPÖ von Hirnschall, die FPÖ von Pawkowicz, hat eine ganz klare Haltung zu Europa gehabt und auch die Herren Broesigke, Hirnschall und Pawkowicz haben eine ganz klare Haltung zu Europa gehabt. Wir von der FDU haben selbstverständlich die selbe Haltung.

Das ist für uns nicht eine Frage einer historischen Selbstverständlichkeit oder einer kulturellen Selbstverständlichkeit, sondern es ist eine Frage, daß man nicht in eine selbstbeschädigende Dummheit hineinschlittern will. Und es wäre eine selbstbeschädigende Dummheit, wenn wir gerade in der aktuellen Debatte der EU-Vertiefung und der EU-Erweiterung, nicht zuletzt auch in der Debatte um die EU-Osterweiterung, Vor-

und Nachteile anschauen und die realen Interessen Wiens herausarbeiten würden.

Die realen Interessen Wiens sind natürlich an den Wohlstandsregionen zu messen, die unsere unmittelbaren Konkurrenten sind. Bedenken Sie, daß Wien mit dem süddeutschen Raum konkurriert. Bedenken Sie, daß Wien mit dem norditalienischen Raum konkurriert. In der EU wird gesprochen von der Banane, nicht Chiquita gegen ehemalige Kolonialbananen der Franzosen oder der Engländer aus dem AKP- oder Lomé-Abkommen, sondern es handelt sich um die Wohlstandsregion, die sich von den Niederlanden, Rotterdam, das Rheinland entlangzieht bis in den norditalienischen Bereich, wo hohe Produktivität - offensichtlich mit hoher Qualität - in Konzentration vorkommt.

Wenn wir uns in Wien nicht selbst belügen, dann müssen wir feststellen, daß wir gemessen an diesen Produktivitätsstandorten beispielsweise im norditalienischen oder im süddeutschen Raum mehrere Probleme haben. Das entscheidende Problem ist einerseits der Wegwiderstand, das zweite Problem sind die Schlüsseltechnologien.

Das Problem ist ein Problem, das man nicht aus eigener Kraft und für Wien singulär lösen kann, ein Problem, das lediglich mit übergeordneten Wegnetzen zu lösen ist und ein Problem, das lediglich zu lösen ist, wenn wir den Anschluß an die Schlüsseltechnologien in voller Breite erreichen.

Gott sei Dank brauchen wir die Lösung für Wien nicht zu erfinden. Sie gibt es. Es sind die Trans Europäischen Netze und es ist das System der Trans Europäischen Netze, von den Hochleistungsbahnnetzen über die Hochleistungautobahnnetze bis zu den Telekommunikationsnetzen. Ungeachtet der Dringlichkeit der Verkehrsdebatte betrachte ich es dabei durchaus als schmeichelhaft, daß knapp, nachdem wir von der FDU das Thema der Aktuellen Stunde bekanntgegeben haben, andere Fraktionen auch Verkehrsthemen in den letzten 48 Stunden bekanntgegeben haben. Es ändert sich nichts daran. Es ist ein dringliches Thema. Es ist ein wichtiges Thema.

Ich darf mich heute für die Aktuelle Stunde auf die Schlüsseltechnologien und auf die übergeordneten Zusammenhänge konzentrieren. Der Wegwiderstand ist - das bitte ich Sie zu überlegen, das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, das hat nichts mit Polemik zu tun - etwa vom Ruhrgebiet, das man ziemlich genau mit 100 als Maßgröße annehmen kann, im süddeutschen Raum etwa zu 95, im norditalienischen Raum ebenfalls zu 100 zu bewerten, also 1 zu 1 nach Produktivitätssparitäten. Wenn Sie diese Produktivitätssparitäten und die Wegzeitkosten als Wegwiderstand rechnen, dann liegen wir in Wien um 40 Prozent schlechter.

Noch einmal, das sind zugegebenermaßen statistische Gewichtungen, die aber unbestritten sind, auch von den österreichischen Vertretern.

Wir in Wien haben das Problem, daß wir im Verhältnis zum europäischen Spaltenstandard, der eine breite Spitze ist, etwa um 40 Prozent schlechter situ-

iert sind. Das hat mit der Lage zu tun. Griechenland hat noch viel größere Probleme. Griechenland beispielsweise hat das Problem 1 zu 3,2 oder 100 zu 320 wegen der schwierigen Erreichbarkeit. Das ist gar keine Frage.

Diese schwierige Erreichbarkeit, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, sich präsent zu machen, auch anhand der Erfahrungen im innerösterreichischen Bereich.

Wenn Sie anschauen, der reichste Bezirk beim Pro-Kopf-Steueraufkommen in Österreich wird meistens ein Tiroler Fremdenverkehrsbezirk sein. Es schwankt von Jahr zu Jahr, einmal ist es Reutte, einmal ist es Kitzbühel. Warum ist der Fremdenverkehr in Reutte so viel stärker, so viel besser, so viel produktiver, als der Fremdenverkehr in Kärnten, das auch ein gut ausgebautes Fremdenverkehrsland ist?

Relativ simpel: Obwohl Kärnten sogar das schöne-re Wetter hat als Reutte, weil Reutte oder jeder Nordtiroler Fremdenverkehrsbezirk nördlich der Hauptalpen die Kaufkraft des süddeutschen Raums abschöpfen kann.

Wir in Wien haben das Problem - ich bitte Sie, das bei der heutigen Debatte tatsächlich in den Vordergrund zu stellen und sich auch bewußt zu machen, was es bedeutet, wenn wir dieses Problem nicht lösen -, wir sind in einer schiefen Ebene, die etwa 1 zu 1,4, 100 zu 140, liegt.

Das heißt, wir von der FDU, von der Freien Demokratischen Union, sagen über alle Parteigrenzen hinweg, über alle Ressentiments hinweg, wir sind als Wienerinnen und Wiener verpflichtet, diese schiefe Ebene so rasch wie möglich halbwegs wieder ins Lot zu bringen.

Diese schiefe Ebene, am besten bei Produktivitäts-kriterien, bei Kaufkraftstandard, bei Pro-Kopf-Wohlstand und bei Weg-Zeit-Diagrammen, ist nur ins Lot zu bringen, wenn wir leistungsfähige Hochgeschwindigkeitsnetze einerseits und andererseits die technologischen Voraussetzungen haben, moderne Dienstleistung voll auszuspielen.

Wir haben in Wien - durchaus zugestanden - genügend moderne Dienstleistungen. Wir haben Kapazität. Es könnte besser sein, aber wir haben eine Kapazität, um durchaus im europäischen Bereich mitzuspielen. Aber machen wir uns bewußt - jetzt bin ich bei den Schlüsseltechnologien -, daß ziemlich genau das, was im gesamten europäischen Bereich - das gilt auch für den EWR-Bereich, nicht nur für den EU-Bereich, die Statistiken sind fast ident -, beispielsweise im landwirtschaftlichen Bereich verloren wird, im informationstechnologischen Bereich gewonnen wird. Also das, was im landwirtschaftlichen Bereich die Kurve hinuntergeht - gemessen zum Beispiel an der erwerbstätigten Bevölkerung -, geht im informationstechnologischen Bereich hinauf.

Es gibt noch andere Schlüsseltechnologien. Wien ist sicher im Umweltschutztechnologiebereich ganz gut. Der ist nur leider Gottes nicht so tragend wie

beispielsweise die Gentechnologie. Aber konzentrieren wir uns heute auf die Trans Europäischen Netze, die leider Gottes Gentechnologie nicht umfassen, nämlich auch auf Kommunikationstechnologie.

Da ist die zweite Frage in den Hochleistungsverkehrsnetzen, die wir brauchen, um die schiefe Ebene von 1 zu 1,4 zu unseren Ungunsten wieder hochzuheben, auch ein Glasfaserhochleistungsnetz.

Wir von der FDU - damit komme ich zum Schluß - fordern daher die Wienerinnen und Wiener in den verschiedenen Sekretariaten, aber vor allem in der Regierung, auf, nicht nur die Schlußrunde der EU, den Wiener EU-Gipfel zu nützen, sondern in der Troika trotz des kommenden Wahljahrs die Wiener Interessen dahingehend zu verwirklichen, daß durch den Vollanschluß und den Vollausbau der Trans Europäischen Netze die schiefe Ebene von 1 zu 1,4 wenigstens auf 1 zu 1, vielleicht auch einmal von 1 zu 1 auf 1,4 zu 1 zu unseren Gunsten angehoben werden kann! - Danke. (Beifall bei den Abgen Kurt Hermann Beer, Ing Dr Thomas Geringer und Ing Manfred Klopff.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, daß sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg Pöschl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Hanno Pöschl (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht nur kurz eine Bemerkung zu den Antragstellern: Es gibt in dieser Gruppierung anscheinend eine große Meinungsvielfalt, was an sich interessant ist. Gestern hat uns Kollege Geringer erklärt, wenn den Oppositionsparteien - anscheinend empfinden sie sich nicht mehr als Opposition - nichts anderes einfällt, dann sprechen sie über das Thema "Verkehr". Ich gehe einmal davon aus, daß auch der Kollege Geringer seine Unterschrift unter diese Aktuelle Stunde gesetzt hat. Zu Ihrer Information, die Trans Europäischen Netze sind auch ein Verkehrsthema, und Herr Kollege Stix hat uns erklärt, wie wichtig dieses Verkehrsthema ist. Diese Pluralität der Meinungen ist durchaus interessant, ja charmant. (Abg Dr Rüdiger Stix: Wir waren die ersten! Du warst erst vier Stunden später dran!)

Der Name der Trans Europäischen Netze wird meist mit einer großen Ehrfurcht ausgesprochen. Es wird sehr viel versprochen, auch viel Unrealisierbares. Manchmal erinnert die Diskussion über die Trans Europäischen Netze an den Besuch der alten Dame. Die Lösung all unserer Probleme wird durch diese Trans Europäischen Netze versprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist dem nicht so. Die Trans Europäischen Netze sind zwar wichtig (Abg Dr Rüdiger Stix: Jetzt entscheide dich aber!), aber sie werden nicht all unsere Probleme lösen. Warum aber sind sie trotzdem wichtig? - Man

muß ganz klar sagen, daß die Förderung neuer und besserer Infrastruktureinrichtungen positive Effekte mit sich bringt, nämlich verkehrspolitisch positive Effekte, wirtschafts- und finanzpolitische Effekte und umweltpolitische Effekte, wenn die Netze die richtige Dimension haben, nicht zu vergessen - das ist vielleicht nicht allen hier in diesem Haus ein Anliegen - auch integrationspolitische Effekte im Rahmen der Osterweiterung.

Der zweite Grund, warum die Trans Europäischen Netze wichtig sind, ist, man muß sich die Verkehrsentwicklung in der Europäischen Union genauer ansehen. Wenn man sich diese Entwicklung seit 1990 ansieht, dann wird man merken, daß der Güterverkehr um 50 Prozent zugenommen hat, daß der Personenverkehr seit 1970 um 85 Prozent zugenommen hat und daß der Anteil des Straßengüterverkehrs am Modal Split von 50 auf 70 Prozent gestiegen ist. Das, was wir immer fordern, nämlich die Schiene zu fördern, kommt zumindest in vielen Sonntagsreden vor, aber hier nahm der Anteil von 28 auf 15 Prozent ab.

Wenn man sich die übereinstimmende Meinung vieler Experten und Expertinnen über den internationalen Güter- und Personenverkehr anschaut, so sind sich alle einig, daß es deutliche Zuwächse geben wird. Eine Studie der europäischen Verkehrsministerkonferenz sagt bis zum Jahr 2010 eine Zunahme des Güterverkehrs um 51 Prozent voraus.

Warum ist das so? Das ist relativ leicht zu beantworten. In den letzten Jahrzehnten wurde in Europa in den Verkehrsträger Straße unglaublich investiert, wo hingegen im Bereich der Investitionen bei den Schienen kaum etwas geschehen ist. Diesbezüglich finde ich es interessant - wir haben auch Gelegenheit gehabt, bei der Budgetdebatte darüber zu diskutieren -, daß von Bundesminister Einem ein sogenannter Masterplan vorgestellt wurde, in dem genau das steht, was immer in den Sonntagsreden der Koalitionspolitiker vorkommt, nämlich eine klare Förderung der Schiene im Gegensatz zur Straße. Die Grundintention dieses Masterplans wird aber auf Bundesebene vom Wirtschaftsminister und von der ÖVP abgelehnt. Vielleicht können Sie uns erklären, warum Sie eine klare Bevorzugung der Schiene, nämlich auch die Güter von der Straße auf die Schiene zu bekommen, nicht wollen. Es würde mich auch interessieren, da die SPÖ-Wien sich anscheinend von ihrem Koalitionspartner in die Geiselhaft nehmen läßt und es nicht über das Herz bringt, eine Unterstützung für diesen Masterplan der Bundes-SPÖ aufzubringen. Es ist interessant, aber vielleicht kann man uns auch das erklären.

Was ist also von der Stadt Wien aus notwendig, um die Trans Europäischen Netze wirklich nach Wien zu bringen? - Notwendig ist eine klare Positionierung. Für diese klare Positionierung ist es notwendig, die innerösterreichischen Streitereien zu beseitigen. Bund gegen Land, Länder gegen Länder, Bund gegen ÖBB, ÖBB gegen Land. Das ist das, was derzeit in der Diskussion um die Erstellung von Verkehrskonzepten und

dem Wunsch der Realisierung der Trans Europäischen Netze in Österreich und in Wien übrigbleibt.

Dritte Voraussetzung, bei der wir uns selbst in die Pflicht nehmen müssen und nicht immer erklären sollen - ich komme schon zum Ende -, was die anderen machen müssen: Wir müssen europäische Vorzeigeprojekte, wie zum Beispiel den Lainzer Tunnel, den Ausbau des Hafen Albern oder den Ausbau und den Anschluß des Flughafens, wirklich realisieren. Wir müssen hart daran arbeiten, daß das auch funktioniert.

Ich möchte schließen mit dem Aufruf des Kollegen Schicker an den Planungsstadtrat, der gemeint hat: "Nur Ausstellungen zu eröffnen, ist zuwenig. Wichtig ist, das Projekt in der Region Wien zur Lösung der anstehenden Verkehrsprobleme auch rasch umzusetzen." - In diesem Sinne bitte ich Sie um die Unterstützung für den Vorschlag des Herrn Kollegen Schicker.

Im übrigen hat das Liberale Forum das bessere Management für Wien! - Danke. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Verkehr, die dritte: Statt langer Reden die wenigen wichtigen Dinge tun.

Ich fange aus meiner Sicht mit den relevantesten Entscheidungen der nächsten zwei bis drei Jahre, die Österreich treffen kann und die wirksam den Gütertransit reduzieren könnten, an: So rasch wie möglich her mit einer Mautregelung. So rasch wie möglich her mit einer geschmalzten Maut für Lkw. Endlich Kostenwahrheit auf der Straße. Dann würde es mit oder ohne große neue Trans Europäischen Netze zu einer Verlagerung auf die Schiene kommen.

Ich erinnere mich noch, der 1.1.1999 sollte der erste Stichtag sein, wo es diese Maut gibt. Dann hat eine technologie-potschachte Regierung gesagt, das ginge nicht. Schließlich haben alle Firmen nachgewiesen, es ist technisch möglich, eine Maut flächendekkend für Österreich einzuführen. Dann hat es geheißen, im Jahr 2000. Jetzt sind wir beim Jahr 2002.

Jeder Monat ohne Lkw-Maut heißt Zunahme des Transitverkehrs auf der Schiene. Wir könnten ohne eine einzige Mehrausgabe Transitverkehr deutlich begrenzen und Schienenverkehr maßgeblich fördern, indem wir in Österreich eine - was es in anderen Ländern schon gibt - entsprechende Verteuerung des Lkw-Verkehrs herbeiführen. Punkt eins.

Den Punkt zwei mache ich nur mit einem Satz, weil es bekannt ist, daß die wesentlichen Strecken im öffentlichen Verkehr ausgebaut werden können und müssen. Ich nenne nur die Bummelstrecke Wien - Prag oder die Bummelstrecke Wien - Bratislava. Hier gehört in der Tat in die Schiene maßgeblich investiert. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut könnten dazu dienen.

Jetzt komme ich aber zur Kehrseite dieser Ausbau-

ten. Ich möchte die Allander Autobahn als Beispiel nehmen. Der fast tägliche Stau auf der Südautobahn hat mit einer - ich nenne es so - Knoflacher-Konstante zu tun. Prof Knoflacher hat richtig festgestellt, viele Menschen entscheiden sich in ihrem Verkehrsverhalten nicht nach Kilometern, sondern nach Zeit. Es gibt eine Zeitkonstante. Diese Zeitkonstante heißt, ich bin bereit, täglich im Schnitt eine halbe bis dreiviertel Stunde in Anspruch zu nehmen. Je besser die Straße ins Umland ausgebaut wurde, desto praktischer war es auf einmal. Ob sie jetzt Straße oder Autobahn oder Trans Europäisches Netz heißt, ist für den, der darauf fährt, ziemlich egal.

Ich erinnere an ein Inserat, von vor zehn Jahren, wo stand: "Grund in Alland, Einfamilienhaus im Wald, in 20 Minuten im Zentrum Wiens". Durch die Allander Autobahn hat ein enormer Siedlungs- und Entwicklungsschub im Südwesten Wiens stattgefunden, der heute im Stau verhungert.

Was ist die Kehrseite dieser sogenannten Trans Europäischen Netze? - Es gibt keine Trans Europäischen Netze, wo darauf steht: "Achtung, Trans Europäische Netze! Alle, die nur transeuropäisch fahren, dürfen darauf fahren, Regionalverkehr hinunter vom Trans Europäischen Netz!" Die Befürchtung ist, daß das, was als transeuropäische Straßennetze verkauft wird, vor allem der weiteren Zersiedelung Wiens dient, und genau das, was wir mit der Allander Autobahn - ich sage das bewußt - im Siedlungsraum verbrochen haben, nämlich eine dramatische Zersiedlung im Wienerwald und den täglichen Stau auf der Südautobahn, mit weiteren Autobahnen fortgesetzt werden würde. Es sei denn, es würde ein Schild erfunden - das glaube ich aber nicht -: "Trans Europäische Netze only", und alle anderen dürfen sich darauf nicht bewegen. Ich glaube, daß das niemand ernsthaft vorhat.

Abschließend etwas, wo ich sage, her mit den Autobahnen, so viele Autobahnen wie möglich und das mit möglichst billigen Tarifen, hinunter mit der Maut auf diesen Autobahnen, die Tarife werden prohibitiv festgesetzt. Das sind die Datenautobahnen. Davon kann es nicht genug geben. Es ist verrückt, daß dort, wo wir die Maut brauchen, auf Straßenautobahnen, wir sie nicht haben, aber dort, wo wir sie nicht brauchen, nämlich im Bereich der Telekommunikationsgebühren, prohibitiv hohe Preise festgesetzt werden. Dort brauchen wir sehr viele Autobahnen. Das ist ein Zeichen für die Rückständigkeit der Wiener Politik!

Bei den beiden relevantesten Autobahnen, die wir in Wien haben, der Datenautobahn Citynet und der Datenautobahn der Telekabel sind die allgemeinen Zutrittsmöglichkeiten sehr gering. Ich würde mir wünschen, daß das, was auf den normalen Autobahnen der Fall ist - es kann jeder auffahren -, endlich auch auf dem Citynet passiert und es nicht nur Magistratsdienststellen vorbehalten ist.

Ich stelle mir, um das Bild noch einmal zu strapazieren - als letzten Satz Herr Präsident -, vor, wir würden mit öffentlichen Mitteln eine Autobahn bauen,

darauf schreiben "Nur für Magistratsdienststellen befahrbar!", und vehement jeden Privaten verfolgen, der sich auf dieser Autobahn bewegen würde. Das ist undenkbar! Das haben wir im Bereich des Citynets. Diese Autobahn gehört möglichst rasch für alle geöffnet und alle Mauten dort gehören rasch beseitigt. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Pfeiffer zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir erlaubt, Ihnen eine kleine Informationsbroschüre, die mir seitens des Bundesgremialvorstehers des Österreichischen Autohandels, Herrn KommR Hawelka, zugekommen ist, vor Ihnen auf den Tisch legen zu lassen, damit Sie den Bannstrahl der GRÜNEN, der gegen Automobile, ihre Benutzer und gegen das Kraftfahrzeug generell immer ausgesprochen wird, ein bißchen differenzierter sehen und erkennen lernen.

Wir sprechen heute nicht - so wie gestern - nur zu den Verkehrsdingen in Wien, sondern zu den Trans Europäischen Netzen. Hier gibt es immer wieder die Frage: Wozu dienen sie eigentlich, und was sind sie? - Ein Netz besteht - so auch das Trans Europäische Netz, ohne es zu glorifizieren - aus Strecken und aus Knoten, und zwar handelt es sich in dem Fall um ein Netz für Verkehr, Energie und Daten. Es ist also nicht ein reines Verkehrsthema, das wir heute besprechen, sondern ganz im Gegenteil. Das ist auch in der Überschrift offensichtlich erkennbar.

Es ist ganz wichtig und eine Voraussetzung für das Funktionieren dieses Verkehrs- und Energienetzes, daß ein dementsprechendes Datennetz dazu besteht und funktioniert. Wozu das Ganze ist, ist klar und deutlich in den Richtlinien der EU definiert, nämlich zur Stärkung des wissenschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, zur Kohäsion.

Auch der Wiener Landtag hat im Oktober 1997 in seiner Deklaration "Wien und Europa" gefordert, Wien soll ein leistungsfähiger intermodaler Verkehrsknoten werden. Intermodal, meine sehr geehrten Damen und Herren, heißt, nicht nur öffentlicher Verkehr, sondern auch Straßenverkehr. Wenn man das nicht klar und deutlich sagen kann, sondern wenn hier - wie gestern - 100 Prozent ausschließlich für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs gefordert werden, zum Beispiel vom 30-Milliarden-Paket, dann sieht man ganz deutlich, daß das Thema verfehlt wurde und nur ganz bestimmte und dezidierte Interessen vertreten werden, die insgesamt unserer Stadt schaden. Man muß klar und deutlich auf den Tisch legen, daß, wenn hier Ideologen auftreten, sie offensichtlich der pragmatischen Durchführung der Notwendigkeiten des intermodalen Verkehrsknotens einen großen Schaden zufügen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum ist das für Wien so wichtig? - Die Verkehrsknoten im TEN erhalten zusätzliche Entwicklungschancen. Sie sind für

die Ansiedlung von Forschung und Entwicklung und für die Bildung von Clustern in verschiedenen Technologiebereichen notwendig. Sie bieten neuen Dienstleistungen den notwendigen Hintergrund. Die gute Erreichbarkeit dieser Verkehrsknoten der TEN stärkt die regionale Wirtschaftskraft.

Welche Chancen hat Wien in so einem intermodalen Knoten? - Erstens liegt es immer noch an der Schnittstelle von Verkehrsnetzen, obwohl - das muß man sagen - einige dieser Schnittstellen uns schon teilweise abhanden gekommen sind. Das heißt also, eine Autobahnverbindung nach dem Norden führt nur mehr durch die Slowakei nach Bratislava. Das werden Sie erreichen, meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, daß wir gegen Norden hin abgeschnitten sind! Denn eine Autobahnverbindung nach Norden ist mit Ihren derzeitigen Methoden und Ihren derzeitigen politischen Vorgangsweisen einfach unvorstellbar geworden!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit wem stehen wir in Konkurrenz, damit wir auch wissen, was letztendlich auf uns zukommt? - Mit Bratislava, das tatsächlich heute schon ein Knoten geworden ist, durch die Korridorplanung der EU, durch die verfehlte Planung der Korridore bei der dritten gesamteuropäischen Verkehrskonferenz, wo unser Herr Bundesminister Einem es vorgezogen hat, im Kapitel "Umwelt" tätig zu sein, anstelle das Kapitel "Verkehr" bei der Festlegung der Korridore wahrzunehmen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist passiert! (*Beifall bei Abg Dr Rüdiger Stix.*) Das passiert, wenn man einen Umweltfanatiker an die Spitze eines Verkehrsressorts setzt! (*Beifall bei der ÖVP.* - *Abg Mag Hilmar Kabas: Na, Sie haben vielleicht eine Koalition!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Denken Sie an Budapest. Das ist ein Hafen- und Terminalstandort geworden und wird noch mehr werden. Budapest hat uns auf der Donau den Rang abgelaufen. Schauen Sie doch auf die Personenbeförderung mit diesen berühmten Gleitbooten! Eine Budapester Firma ist es, die das auf der gesamten Donau macht.

In Sopron wird die Betriebsansiedlung ganz gewaltig gefördert. In Sopron haben auch viele unserer Joint Ventures bereits Platz gegriffen, weil dort Platz und Raum zur Verfügung gestellt werden, weil dort Straßen zur Verfügung gestellt werden, wo die Firmen ihre Güter transportieren können, und wo auch - das muß man über Ungarn sagen - die Datennetze sehr gut ausgebaut werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin noch nicht einmal bei einem Viertel von dem, was ich Ihnen sagen wollte. Aber abschließend - leider Gottes läutet bereits die Uhr -: Wenn es uns nicht gelingt, zusätzlich zu den Verkehrsaus- und -weiterbauten parallel unsere Datennetze in einem entsprechenden Umfang auszubauen, dann sind wir auf jeden Fall die Zweiten und werden hinten sein! Dann wird Wien eine Pensionisten- und Touristenstadt sein und Sie können mit den Skatern über den Gürtel fahren! (*Beifall bei*

der ÖVP und des Abg Dr Rüdiger Stix.)

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr GÜNTHER zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Dr Helmut **GÜNTHER** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dem hochtrabenden Titel habe ich mir alles mögliche erwartet. Der Kollege Pfeiffer hat gerade versucht, "intermodal" zu erklären. Im ersten Moment habe ich geglaubt, der intermodale Knoten ist der lateinische Bruder des Gordischen Knotens. Nachdem ich dann nachgelesen habe, bin ich draufgekommen, es ist wirklich der Bruder des Gordischen Knotens, denn er läßt sich nicht zerschlagen. Sie haben es gestern hier im Haus erlebt und wir haben es heute wieder erlebt.

Aber schauen wir zurück auf den Boden der Realität. Der Bereich "TEN" ist eine Aufzählung des Versagens der Wiener Regierung, beginnend bei der Alleinregierung. Sie alle - oder Teile von Ihnen - können sich daran erinnern, wie Mayr nach Brüssel mitgefahrene ist, um im Auftrag des Wiener Landtags bei den Brüsseler Verhandlungen 1994 Wiener Interessen einzubringen. Was ist herausgekommen? - Null!

Der damals zuständige StR Swoboda hat knapp bevor er nach Brüssel gegangen ist, noch einen Brief an Kinnock geschickt. Darin hat er alles hineingeschrieben, was die letzten zwei Jahre bis 1996 passiert ist. Herausgekommen ist wieder null.

Jetzt gibt es einen Stadtrat, der sagt, er hat es überhaupt ganz schön, er trifft sich regelmäßig zu einem Jour fixe mit Kinnock. Was kommt heraus? - Wieder null.

Wien ist im Verkehrsbereich und bei den Trans Europäischen Netzen abgeschnitten. Hier gibt es keinen Bereich, wo wir eingebunden sind. Ein Bericht aus dem Jahr 1997 über die Trans Europäischen Netze aus Wiener Sicht stellt fest, Wien hätte vier Punkte, und zwar den Ausbau der Schienenverbindungen Budapest - Wien - München - Paris, des intermodalen Verkehrsknotens Wien, der hochrangigen Nordost-Südwest-Schienenverbindung und Verbesserungen der verkehrspolitischen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Umweltschutz. Dann gibt es eine Zusammenfassung. Dort steht: "Die Zielvorstellungen über die Realisierungshorizonte des TEN sind offensichtlich überzogen. Die Widerstände sind auf allen Ebenen größer als angenommen." - Was hat man erwartet? Daß die EU kommt und uns fragt, was wir nicht alles haben möchten von den TEN?

Die Standpunkte von Rat, Kommission und Parlament differieren bislang in wichtigen Punkten, was den Entscheidungsprozeß wesentlich verzögert. Die Finanzierung des TEN ist weiterhin ungelöst, das heißt, den nationalen Bemühungen überlassen. Die nationalen Bemühungen - Sie können sich alle erinnern - waren einmal. Da hat es geheißen: Wien hat ein 30-Milliarden-Paket und da hat man alles hineinge packt, was irgendwie in Nähe Bundesbahn gekommen

ist. Passiert ist trotzdem wieder nichts Positives für Wien.

Die Anstrengungen in Richtung privater Beteiligungen sind erfolglos geblieben. Ich habe überhaupt noch nie Anstrengungen im Bereich der privaten Beteiligung erlebt, weder vom Planungstadtrat noch vom Verkehrsstadtrat.

Die Netzentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Bereichen erscheint weder strategisch noch projektbezogen mit dem westeuropäischen TEN-Standard vergleichbar, was nicht zuletzt im Bereich der Schnittstelle Ost - West, an der auch die Region Wien liegt, deutlich wird.

Was passiert in Wien? - Nichts. Wir stehen in Wien in einem Bereich, wo Wien vom europäischen Schienennetz ausgegliedert ist.

Wir haben in Wien ein Büro eingerichtet. Das war das erste europäische Büro in Wien. Darauf waren wir sehr stolz. Swoboda hat uns erzählt, Wien hat eine europäische Institution in Wien, Wien ist es gelungen, eine europäische Institution einzurichten. Das sogenannte TINA-Büro gibt es jetzt seit ungefähr zwei Jahren. Es ist bestückt mit vier Mitarbeitern. Zwei davon sind ehemalige Magistratsbedienstete und zwei sind aus Europa, einer aus Osteuropa, aus Polen, und der zweite, glaube ich, ist Holländer. Sie haben jetzt schon Bereiche gezeigt, wo es eine strategische Planung für Bahnverbindungen gibt. Diese liegen alle außerhalb der Ostgrenze Österreichs. Wien ist auch in diesem Bereich nicht vorhanden. Es geht bis Moskau, sogar bis zum Ural und weit in den Süden. Es sind große Planungen vorhanden, aber sie sind in keiner Weise realisierbar und finanziert.

In den 14 Bereichen, die 1994 in Brüssel für vorrangige Projekte ausgehandelt wurden, ist Wien nicht dabei. Es wird auch nicht dazukommen. Und die ÖVP und der Kollege Pfeiffer tun auf einmal so, als ob man jetzt draufgekommen ist, daß sich der Verkehr in den letzten Jahren weiterentwickelt hat und sich mit einer Ostöffnung der Verkehr in Wien und um Wien noch weiterentwickeln wird.

Meine Damen und Herren! Ähnlich erfolgreich wie die Bundesregierung im Bereich der gemeinsamen Sicherheitspolitik ist, wo sich Österreich aufgrund der Weigerung des großen Koalitionspartners SPÖ in einem Niemandsland befindet, ergeht es Wien im Bereich der Trans Europäischen Netze. Wir befinden uns in einem Niemandsland. Das, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, ist Ihr Versagen! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dipl Ing Schicker zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Dipl Ing Rudolf **Schicker** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich zunächst ein paar sachliche Punkte sagen, bevor ich ein bißchen auf die Vorredner eingehe.

Ein Anschluß an eine hochrangige Infrastruktur ist Voraussetzung dafür, daß wir - als Wien - im Standortwettbewerb bestehen können. TEN in der gesamten modalen Breite und Dimension sind schon alleine durch die Planung wirksam. TEN sind im Grunde genommen eine Etikette für Verkehrswege, für Netze, die zur Verbesserung der Infrastruktur beitragen und neue Kontakte im Bereich der Telekommunikation ermöglichen. Hier paart sich moderne Planung und Technologie mit den Erkenntnissen aus jahrhundertealter Praxis. Verkehrsknoten sind Zentren des Handels, Zentren des Informationsaustausches, Standorte der Produktion.

Ich denke, daß wir in Wien seit der Öffnung der Ostgrenzen genau in der Position sind, wo wir auf diese Situation besonders Rücksicht nehmen können, erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg. Es besteht die Möglichkeit, uns in ein großes europäisches Netzwerk einzubinden. Wir müssen dabei nur darauf achten, daß wir in diesem Bereich nicht zusätzlich Transitverkehr anziehen, sondern versuchen, innerhalb dieser Stadt die Logistik zu haben, daß wir den Güterumschlag an den intermodalen Knoten organisieren können, daß wir in dieser Stadt die Wertschöpfung und den Mehrwert aus diesen Netzen halten können.

Dabei, Kollege Stix, kommt es nicht darauf an, daß wir die Hochgeschwindigkeitsentwicklung mitmachen. Es geht im Grunde genommen darum, daß wir ausreichend gut erreichbar sind, nicht darum, die höchste Geschwindigkeit zu erreichen und die modernste und allerneueste Technologie zu besitzen. Es geht um Schlüsseltechnologien, die wir im Verkehrsbereich und im Telekommunikationsbereich einsetzen, und es geht nicht nur darum, daß wir so schnell wie möglich irgendwo sind. Das wäre der falsche Weg, denn damit hätten wir als Knoten nur den Durchzugsverkehr.

Lassen Sie mich aber auch ein paar Worte zum Kollegen Pfeiffer verlieren. Ich verstehe schon, daß er für die Autolobby die Lanze bricht und uns Papiere dazu auf den Tisch legt. Aber das wäre ebenfalls der verfehlte Weg. Sie haben davon gesprochen, Kollege Pfeiffer, daß es hier nicht um die Ideologie gehen soll. Was Sie gemacht haben, war aber Ideologie pur, Ideologie für den Autoverkehr und für nichts anderes. Wenn Sie jetzt den Masterplan von Bundesminister Einem angreifen, sei dazugesagt, die Verhinderung, daß eine Autobahnplanung in den Norden, von Wien über die tschechische Grenze, geht, ist nicht auf das Verkehrsministerium zurückzuführen, sondern auf die niederösterreichische Landesregierung, die die Planungskompetenz in Fragen des Straßenverkehrs besitzt und nur mit Ortsumfahrungen den Weg gesucht hat, wobei sie bisher damit nicht so schlecht gefahren ist, muß man dazusagen.

Wenn man auch die Angriffe des Kollegen Pfeiffer gegen Einem im Zusammenhang mit den Korridoren sieht, so ist doch zu sagen, daß die Helsinki-Konferenz den Sinn hatte, die Korridore außerhalb der EU festzulegen. Es macht wohl wenig Sinn, wenn ein öster-

reichischer Bundesminister dort auftritt und einen Korridor innerhalb der EU verlangt, wenn es gar nicht darum geht.

Genau dem selben Fehler ist der Kollege GÜNTHER aufgesessen, der der Meinung ist, das TINA-Büro beschäftigt sich nur mit Osteuropa und mit den dortigen Verkehrswegen. Darauf kommt es nämlich an. Deswegen ist TINA gegründet worden. Es hat in seinem Gründungsauftrag nur vorgegeben, sich mit Mittel- und Osteuropa zu beschäftigen und nicht mit dem EU-Raum selbst.

Lassen Sie mich zum Kollegen GÜNTHER noch eines sagen: Er behauptet, Wien sei von den Trans Europäischen Netzen abgeschnitten. Wenn ich mir aber das Gejammer der FPÖ rund um den Lainzer Tunnel anhöre, frage ich mich, wie man behaupten kann, wir wären von den TEN abgeschnitten. Das ist nicht eine Frage der Regierungsparteien. Diese sind für den Lainzer Tunnel, ebenso zwei der Oppositionsparteien. Nur die FPÖ glaubt, gegen den Lainzer Tunnel sein zu können. Gerade dieses Projekt ist aber ein Schlüsselprojekt, damit wir im Schienenverkehr den Anschluß an die Trans Europäischen Netze westlich von Österreich finden können.

Abschließend: Zur Einbindung in die Trans Europäischen Netze ein Ja. Wir als Umweltmusterstadt Wien müssen aber genau prüfen, wo, wie, was und in welcher Form. Dabei hat umweltverträglicher Verkehr eindeutig Vorrang zu haben, egal ob es um den Schienenverkehr, um die Wasserstraßen oder um die Verknüpfung geht, damit die Wege auf den weniger umweltverträglichen Verkehrsarten kurz gehalten werden können. Wien muß vor allem anstreben, jene Knotenfunktionen zu erhalten, die umweltverträglich, beschäftigungsschaffend, technologisch und vom Mehrwert her interessant sind.

Das - und genau das - gilt es zu prüfen und in möglichst kurzer Frist umzusetzen! (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Hack zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Mag Michaela Hack (Liberales Forum): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie ich vorher den Kollegen Pfeiffer gehört habe, habe ich kurzfristig nicht mehr genau gewußt, wer eigentlich in Wien für die Planung zuständig ist. Ich dachte doch, daß es Herr Planungsstadtrat Görg ist und er sich immer ganz intensiv zum Thema "EDV, Internet und Datenhighway" zum Wort meldet und sozusagen für sich das Zukunftsressort reklamiert. Auch hier glaube ich, ist es Herr StR Görg gewesen. Die Beschwerden, die vom Kollegen Pfeiffer aufgetaucht sind, verstehe ich nicht ganz. Wenn, kann er sie maximal an seinen eigenen Stadtrat richten.

Ich meine jedenfalls, das, was Sie hier geboten haben, und auch Ihre Präferenzen für die Autofahrerlobby - Sie bezeichnen sich selber gerne, zumindest einige Ihrer Kollegen, als Autofahrerpartei -, halte ich gerade im Sinne einer Diskussion über die Trans Euro-

päischen Netze für nicht sehr sinnvoll.

Wenn man sich die Budgetmittel der Europäischen Union für Vorhaben im Rahmen der TEN-Netze anschaut, so entfallen 58 Prozent der Budgetmittel auf die Schiene, 15 Prozent davon auf Verkehrsmanagementeinrichtungen.

Meine Damen und Herren! Das ist für mich eine eindeutige Präferenz für einen Ausbau der Schiene. Das haben wir auch auf Bundesebene durch den Masterplan von Verkehrsminister Einem bestätigt gefunden. Ich glaube, daß wir in Wien die notwendigen Vorbereitungen treffen sollten, um einen Umstieg auf die Schiene zu erleichtern. Diese Vorbereitungen, meine Damen und Herren, können wir in Wien schon maßgeblich beeinflussen. Die kann meiner Meinung nach auch der Herr Planungsstadtrat maßgeblich beeinflussen.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Neugestaltung der Bahnhöfe in Wien. Der viel diskutierte Zentralbahnhof - sprich, Ausbau des Südbahnhofs und die Aufteilung in Personenverkehr und Frachtverkehr - ist, glaube ich, eine der wichtigsten Aufgaben, die in den nächsten Jahren im Bereich des Schienenverkehrs passieren muß. Dazu ist es notwendig, auch eine Verbindung zur Westbahn herzustellen. Der schon vorher angesprochene Lainzer Tunnel ist daher Voraussetzung, um über Trans Europäische Netze mitreden zu können.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Thema "Bahnhof" sagen: Ich glaube, daß die Bahnhöfe eine wichtige Erneuerung gerade im Rahmen der Trans Europäischen Netze erfahren sollten. Sie sind und sie waren immer ein wichtiger Faktor der Stadtentwicklung. Daher ist es ganz wichtig, daß dort die Verflechtung mit den regionalen Verkehrsmitteln optimal erfolgt.

Wenn ich zum Beispiel kurz auf das Thema "Zentralbahnhof" eingehen kann, so ist es dort eben wichtig, daß die Anbindung der U 1 und auch der sonstigen öffentlichen Verkehrsmittel so gestaltet wird, daß es möglich ist, innerhalb kürzester Zeit umsteigen zu können, und die Übersichtlichkeit sowie die Orientierungsqualität einer der wichtigsten Punkte bei der Umgestaltung eines Bahnhofs sein sollte. Es kann nicht sein, daß nur mit - wie dies zum Beispiel beim Bahnhof Wien-Mitte der Fall ist - Einkaufszentren und Unterhaltungszentren die wirtschaftliche Qualität des Standorts erhöht wird. Ich glaube, es muß auch eine Qualität des Verkehrsmittels oder des Verkehrsknotenpunkts Bahnhof geben. Da haben wir schon in anderen Ländern die Erfahrung gemacht, Entertainmentcenter alleine können nicht die Lösung sein.

Daher noch ein kurzes Wort zum Thema "UFO-Projekt am Praterstern": Ich glaube nicht, daß wir uns ausschließlich von dem Vorschlag der deutschen Investorengruppe leiten lassen und ein bereits normiertes Projekt aus Deutschland eins zu eins in Österreich - in dem Fall auf dem Praterstern - umsetzen sollten. Ich glaube, daß die Planungsqualität von solchen Vorha-

ben höchste Priorität haben soll und wünsche mir, daß sowohl architektonische als auch sonstige gestalterische Vorgaben von der Stadt erfolgen.

Meine Damen und Herren! Die ÖBB haben Anfang des Jahres angekündigt, daß sie 6,2 Milliarden S - das sind 450 000 Euro - in die Bahnhöfe investieren werden. Ich glaube, daß wir uns in Wien darum kümmern sollten, daß die notwendige Infrastruktur und der umliegende Raum in diese Neugestaltung von Bahnhöfen einbezogen werden. Das kann ein Weg sein, mehr Leute zum Umsteigen vom Auto auf die Schiene zu bringen.

Im übrigen haben die Liberalen das bessere Management für Wien! (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Kenesei zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Günter Kenesei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Schicker und Herr Kollege Pfeiffer haben einen kleinen Diskurs gehabt, wer die bessere Regierungsarbeit sowohl auf Bundesebene als auch in Wien macht. Ich glaube, es sind beide gut beraten, sich selbst an der Nase zu nehmen und einmal darüber nachzudenken, was alles in den letzten Jahren großkoalitionär auf Bundesebene sowie teilweise in Alleinregierung der SPÖ und jetzt koalitionär in Wien - sage ich auf wienerisch - verhunzt worden ist.

Ich kann mich daran erinnern, daß 1991 ein gewisser Herr Swoboda - seines Zeichens Planungsstadtrat - erklärt hat, die Planungen für den Zentralbahnhof Wien sind neuerlich aufgenommen worden und mit einer Realisierung dieses Projekts ist in den Jahren 1998 bis 2001 zu rechnen. 1998 ist ziemlich vorbei und von einer Realisierung des Zentralbahnhofs Wien ist weit und breit keine Spur.

Er hat dann 1995 sein eigenes Konzept neu konzipiert und erklärt, dieses neue Konzept wird im Jahr 2001 realisiert. Was immer das für ein neues Konzept sein mag, bis heute kennen wir es nicht, weil es das nicht gibt.

1997 hat dann der andere Planungsstadtrat der Regierungskoalition, DDr Görg, erklärt, es gibt ein neues Konzept für den Zentralbahnhof Wien. Er hat aber sicherheitshalber keinen Realisierungszeitraum dazugesagt, weil er offensichtlich gelernt hat, man sollte keine Termine versprechen, wenn man sie nicht einhalten kann. Von einer konzeptionellen Gestaltung, von einer Neuordnung dieses Zentralbahnhofs, sind wir meilenweit entfernt. Bei den ÖBB - wer immer dort zuständig sein mag (*Abg Gerhard Pfeiffer: Das weiß man!*) - hat es in den letzten sieben Jahren insgesamt neun Zuständigkeiten gegeben. In der Planungsabteilung hat sich auch einiges geändert.

Nächstes Beispiel Güterverkehr: Die Waren sollen von der Straße auf die Schiene. Jetzt frage ich mich nur: Wo? - Wir haben fast die ähnliche Konstellation wie beim Zentralbahnhof. Es wurden mehrere Themenbereiche angesprochen. Das einzige, was bis jetzt passiert ist, sind keine Entscheidungen, aber das kon-

sequent. Der Wiener Hafen darbt nach wie vor dahin. (*Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Das ist der größte Binnenhafen Europas!*) Es gibt keine Verknüpfung mit der Bahn, die einen entsprechenden Anschluß am Containerweg zur Verfügung stellen würde. (*Beifall des Abg Gerhard Pfeiffer.*) Der Wiener Hafen ist nach wie vor von der Bahn offensichtlich ein mißachtetes Stiefkind. So nebenbei ist der Wiener Hafen der zweitgrößte Containerumsetzer bei der Bahn. Aber offensichtlich kümmert das niemanden bei den ÖBB, weder den Herrn Traxler noch alle anderen, die bei den Österreichischen Bundesbahnen dafür verantwortlich sind! (*Beifall der Abgen Gerhard Pfeiffer und Dr Rüdiger Stix.*)

Mit kommt vor, der Wiener Hafen wird von den ÖBB wie die Pest gemieden. Es gibt vier fertige Planungsvarianten, um im Wiener Hafen die Möglichkeit des Verladens der rollenden Landstraße zu gewährleisten, nämlich vom Schiff direkt auf die Bahn, ohne den Umweg über einen Containerterminal und nochmals die Ware in die Hand zu nehmen. Seit vier Jahren wartet der Generaldirektor des Wiener Hafens auf eine Antwort der ÖBB, was er mit dem Grundstück machen soll, das er seit vier Jahren vorhält. Das einzige, was dem Wiener Hafen passiert, ist eine herbe Kritik des Rechnungshofs, warum er das Grundstück so lange nicht verwertet hat.

Ausufernd dieses wirklich dämlichen Konzepts ÖBB - Regierung - Stadt Wien ist der letzte Clou, daß das Zollamt im Wiener Hafen - das ein wichtiges Zollamt sowohl für den Straßengüterverkehr, als auch für den Güterverkehr am Schiff ist - abgesiedelt werden soll. Das heißt, in Zukunft wird es im Hafen Hausbeschau geben. Ich wünsche den Beamten des Zollamts viel Glück, wenn sie auf dem Schiff und auf dem Frachtkahn herumkraxeln dürfen, ohne das notwendige Overhead, ein Zollamt, zu haben. Es ist auch sehr intelligent, die rund 350 bis 500 Lkw-Züge, die täglich bei den Speditionen im Hafen abgewickelt werden, nach Simmering in die Bleibtreustraße, auf das Intercont-Gelände zu lotsen, um dort den Zoll abzuwickeln.

Das Ganze gipfelt dann darin - ich komme schon zum Schluß, Herr Präsident -, daß derzeit die einzige schienengebundene Güterverkehrsverbindung ein zweigleisiger Ausbau der Donauländebahn mit allen Schwierigkeiten, die wir in diesem Bereich haben, ist.

Noch ein Wort zum Kollegen Pfeiffer: Als Gegensatz zu diesem zweigleisigen Ausbau der Donauländebahn haben wir eine vierspurige A 21, eine achtspurige A 2, eine vierspurige B 17, eine achtspurige A 23, eine vierspurige A 4, eine vierspurige A 3 plus der B 10 und plus der B 16, die alleine den Süd- und Ostraum dieser Region zerschneiden. Im Gegensatz dazu haben wir - ich kann es nur wiederholen - den zweigleisigen Ausbau der Donauländebahn.

Da soll mir irgend jemand hier oder beim Bund erklären, daß wir die Waren tatsächlich von der Straße auf die Schiene bringen wollen, wenn das die Verkehrspolitik der großen Koalition ist! (*Beifall bei den*

GRÜNEN.)

Präsident Johann **Römer**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg MARKUS zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Patrizia **MARKUS** (**ÖVP**): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielleicht einmal vorab etwas zur Richtigstellung, was mir ein persönliches Anliegen ist: Anscheinend dürften sich die Oppositionsparteien darauf einig sein, daß die ÖVP gegen den Bahnausbau ist. Das ist mitnichten so! Das ist überhaupt nicht wahr! Wenn Sie mir zuhören, dann könnten Sie einmal das Argument richtigstellen!

Es geht darum, daß die Bahn nicht das Allheilmittel ist. Darum geht es uns! Wir sind sehr wohl für einen Bahnausbau, aber nicht nur Bahnausbau! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich muß sagen, man kann nur begrüßen, daß das Thema "TEN" heute zur Aktuellen Stunde gemacht wurde.

Man sieht es auch in den Vorreden, daß dieses Thema sehr kontroversiell abgehandelt wird. Es ist ein ganz wichtiges Thema, auch wenn sich manche Oppositionsparteien darüber ein bißchen lustig machen, daß es halt wieder einmal ein Verkehrsthema ist. Das ist aber ganz egal und es ist besonders wichtig, denn wenn der TEN-Knoten Wien nicht entsteht, wird es auch für den Wirtschaftsstandort Wien einen Nachteil geben. Das dürfte Ihnen anscheinend nicht ganz klar sein. (*Abg Günter Kenesei: Das ist der Wirtschaftsstandort der ÖVP!*) Gehen wir vielleicht ein bißchen in die Vergangenheit zurück.

Es ist eine erwiesene Tatsache, daß wirtschaftliches Wachstum gleichzeitig immer mit Verkehrswege zusammenhängt. Das heißt, überall dort, wo es Verkehrswege gibt und gegeben hat, konnte sich auch das Umfeld wirtschaftlich entwickeln. Das war in der Römerzeit so und das war im Mittelalter so und es ist bei uns im 20. Jahrhundert auch so. Daß das ganz besonders wichtig ist, sehen wir nicht nur in den Diskussionen um den Verkehr, sondern auch in den Diskussionen um die Arbeitslosigkeit in Wien, denn auch hier spielt das mit, denn wenn der Wirtschaftsstandort Wien weiter erhalten wird, weiter ausgebaut wird, dann können wir zusätzliche neue Arbeitsplätze schaffen.

Es ist auch so, daß nicht nur Wien sich um diesen Knotenpunkt bewirbt, sondern Wien steht in Konkurrenz. Wir sind ja nicht isoliert, wir stehen ja nicht alleine da, wie man das manchmal so in den Wortmeldungen hört. Schauen wir in den Osten. Es gibt dort genug Städte, wie zum Beispiel Bratislava, Prag, aber auch Budapest, die sich auch darum bemühen, ein Knotenpunkt zu werden. Wir können auch in den Westen schauen. Dort gibt es zum Beispiel München, die wollen auch gerne zum Knotenpunkt werden. Das heißt, wir sind nicht so ganz alleine da und man wartet auf uns, daß sich bei uns etwas tut. Das ist mitnichten so. Wenn wir jetzt nicht die richtigen Schritte setzen, und Gott sei Dank ist noch ein bißchen Zeit,

dann wird das Ganze an uns vorbeigehen und dann wird das auch für den wirtschaftlichen Standort Wien einen erheblichen Nachteil haben. Es kommt eben, wie gesagt, ganz darauf an, wie wir das nutzen.

Auch die Osterweiterung. Es kommt immer ganz darauf an, wie wir diese Erweiterung nach dem Osten für uns positiv nutzen können. Daß das natürlich mit neuem Verkehr zusammenhängt, ist ganz klar, und daß wir auch neue Technologien ausprobieren und in den Osten expandieren können, das muß eigentlich auch allen hier klar sein, auch denen, die sich die Wirtschaft nicht unbedingt auf die Fahnen heften.

Es ist auch eines, daß man natürlich Maßnahmen setzen muß. Das ist auch klar. Und es ist, wie gesagt, nicht mehr so, daß man nur auf die Bahn setzen kann. Sie ist ein wichtiger Faktor, aber nicht nur der alleinige Faktor. Wir haben zum Beispiel auch schon vorhin gehört, auch der Wiener Hafen ist ein Faktor. Das heißt, Ausbau des Wasserwegs. Das ist genauso etwas Wichtiges und das sind Maßnahmen, die man setzen muß. Das heißt, man kann die Maßnahmen auch in zwei Teile einteilen:

Das eine sind lokale Maßnahmen und da ist es ganz besonders wichtig - und das steht auch schon im Koalitionsübereinkommen festgeschrieben und da sind in diese Richtung auch schon Arbeitsgruppen gebildet worden -, daß wir auch mit den Umlandgemeinden reden müssen. Es ist nicht nur so, daß Wien allein da ist. Es gibt Niederösterreich, es gibt das Burgenland, es gibt die Ostregion. Maßnahmen, die wir setzen, betreffen nun einmal auch die umliegenden Bundesländer, aber auch umgekehrt. Die Maßnahmen, die die umliegenden Bundesländer setzen, betreffen auch Wien. Denken wir nur an das glorreiche Lkw-Fahrverbot und dann wollen wir all die Lkw durch Wien lotsen! So kann es auch nicht sein.

Es ist nun einmal so, daß wir trachten müssen, daß Wien nicht ins Eck gedrängt wird. Es ist so, daß Wien in den Mittelpunkt rückt. Es wird in den Blickpunkt des internationalen Interesses gesetzt, es ist eine Standortfrage. Wir wollen nicht, daß es in ein paar Jahren bei einem neuerlichen Ranking dann heißt: Wie ist der Wirtschaftsstandort Wien im Vergleich zu anderen internationalen Standorten? - Na ja, so ist Wien ja gar nicht so schlecht, aber leider - Verkehrsanbindung weit hinten, Entwicklung neuer Technologien - weit hinten. So kann es eigentlich nicht sein. Deswegen setzen wir die Maßnahmen, solange es noch Zeit ist. Es sind die nächsten zehn Jahre, die entscheidend sind. Wir müssen nun einmal die Strecken ausbauen und damit meine ich auch internationale Strecken.

Abschließend lassen Sie mich eine Strophe aus der Bundeshymne zitieren, die lautet: "Heiß umfehdet, wild umstritten, liegst dem Erdteil du inmitten."

Damit es auch weiter so bleibt, sind wir für den Ausbau Wiens zum TEN-Knotenpunkt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist

Herr Abg Egghart zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Robert Egghart (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In einem Papier zur europäischen Städtepolitik wird von Wien als besonderes Anliegen die Verknüpfung der in verschiedenen europäischen Organen und Institutionen stattfindenden Diskussion zu ähnlich gelagerten Themen gefordert. Dies betrifft im konkreten Fall insbesondere die Diskussion zur europäischen Städtepolitik und zur Entwicklung des europäischen Raumentwicklungskonzepts. Ebenso müßte eine konsequente und ressortübergreifende Evaluierung städtebezogener Maßnahmen und Rahmenbedingungen der Europäischen Union vorgenommen werden. Vor allem, um Reformen treffsicher umsetzen und vorbereiten zu können.

Die Liberalisierung des Welthandels, die Internationalisierung der Finanzmärkte sowie der rasante Fortschritt in den Kommunikations- und Informationstechnologien haben eine globale wirtschaftliche Verflechtung und Wettbewerbssituation geschaffen, welche die europäischen Kommunen unter Druck setzt. Wirtschaftsunternehmen sind angesichts der wachsenden Zahl geeigneter Standorte mobiler geworden und agieren auch immer in immer kürzer werdenden Zyklen. Die zunehmende Bedeutung der Stellung von Humankapital durch Forschung und Entwicklung sowie von Hochtechnologien in allen Produktions- und Lebensbereichen verändern ganz deutlich die Rahmenbedingungen und die Möglichkeiten der Städte immer rascher und immer stärker. Urbane Zentren gelten zunehmend weniger als rein physische Standorte für Arbeit, Wohnen und Freizeit, sondern werden vor allem von Investoren und der Bevölkerung als hochkomplexe und flexibel funktionierende Kommunikations-, Mobilitäts- und Managementsysteme angesehen. Dieses allgemeine Wissen wirtschaftskompetenter Fachleute wird von der Wiener Stadtregierung in keiner Weise ernst genommen und umgesetzt.

Die im obigen Papier zitierte Studie stellt weiters fest, daß der Ausbau der Trans Europäischen Netze zu einer Verbesserung der internationalen Verkehrswege, zu einer wesentlich dichtenen Vernetzung der Städte und Regionen führt. Diese Maßnahmen erfahren besondere Bedeutung durch die Problematik Wiens mit seinem Umland. Erfahrungsgemäß werden dadurch jedoch an strategisch und gut ausgestalteten Kreuzungspunkten internationaler Verkehrswege liegende Großstädte weiter an Einfluß und wirtschaftliche Bedeutung gewinnen.

Diese Maßnahmen führen zu einer Bewältigung komplexer infrastruktureller Aufgaben, sei es im Bereich der Mobilität, der Ver- und Entsorgung, der Lebensqualität im Wohnbau oder der Telekommunikation, daß Städte zu vermehrtem Einsatz technisch und logisch hochwertiger Verfahren und Produkte gezwungen werden. Das Funktionieren des Projekts "Stadt" wird immer mehr auf eine enge Kooperation

zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung angewiesen sein, um die dadurch notwendigen umwelt- und raumverträglichen Lösungen zu schaffen.

Die Europäische Kommission vertritt die Auffassung, daß ein integriertes, transeuropäisches Verkehrsnetz dazu beitragen wird, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie die Lebensqualität der europäischen Bürger zu erhöhen. Im Konzept von TEN wird die Notwendigkeit von nachhaltigen Entwicklungen im Verkehrsbereich besonders hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß neue Verkehrs- und Informationstechnologien dazu beitragen, zu einer besseren Ausgewogenheit von Schiene und Straße zu führen. Durch eine akkordierte Kombination verschiedener Transportsysteme wird sich das Verkehrsaufkommen eindeutig verringern, die Reibungsverluste der Wirtschaft werden deutlich zurückgehen und die Umwelt wird dadurch geschont werden. Vor allem die am Rande der Europäischen Union liegenden unterentwickelten Regionen werden so an eine prosperierende Wirtschaftsentwicklung herangeführt. Dadurch wird die These, daß Digitalisierung und Datenkompensation Arbeitsplätze zerstören könnten, ad absurdum geführt.

Ich komme zum Schluß. All diese Entwicklungen dürften an der im Dornröschenschlaf liegenden kleinen Wiener Rathauskoalition vorbeigegangen sein. Erst im nachhinein wurde in einem in Brüssel vorgelegtem Memorandum auf die Notwendigkeit der stärkeren Einbindung Wiens hingewiesen und eine stärkere Einbindung in die gesamteuropäische Verkehrsplanung gefordert, um auf die krasse Benachteiligung der Bundesstadt durch die zweifache Umfahrung Österreichs, durch die Verbindung Frankfurt - Oberitalien - Slowenien einerseits sowie durch die Strecke Deutschland - Moskau - Kiew andererseits, hinzuweisen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Johann Römer: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Fritz Strobl. - Bitte.

Abg Fritz Strobl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte gar nicht auf die Polemiken, die von einigen Vorrednern hier gemacht wurden, eingehen. Dazu ist das Thema zu wichtig.

Gestatten Sie mir zunächst einen kurzen Rückblick auf vergangene Jahre, die für die heutige Stellung Wiens so nachhaltige Auswirkungen gezeigt haben.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und insbesondere mit dem EU-Beitritt Österreichs hat die euro- und geopolitische Randlage der Stadt Wien sich radikal verändert. Wien ist Teil eines größeren, immer stärker zusammenwachsenden Europas geworden und hat alles darangesetzt, Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten, die sich aus dem EU-Beitritt ergaben, aktiv und zukunftsorientiert zu nutzen. Die Außenbeziehungen Wiens sind den neuen Anforderungsprofilen entsprechend angepaßt worden. Europäische Integration und Ostöffnung sind also jene beiden Hauptanforderungen, die seither die Wirtschaftspolitik Wiens nach-

haltig geprägt und Wien auch zum Bedeutungsaufschwung als Wirtschaftsstandort und Transaktionszentrum zwischen West- und Mitteleuropa verholfen haben. Wir können davon ausgehen, daß die politische wie auch wirtschaftliche Neuorientierung bis jetzt äußerst positive Auswirkungen für Wien hatte. Als Metropole im zentraleuropäischen Raum verfügt Wien über die bestmöglichen Voraussetzungen, um mit einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur eine dominierende Rolle innerhalb der Europäischen Union zu übernehmen. Ein Anspruch, der übrigens bereits am 25. Februar 1994 im Wiener Landtag formuliert wurde. In der Wiener Europadeklaration hieß es, daß sich Wien geradezu dafür anbietet, jene Metropole zu sein, die in einem Netzwerk zur Vertretung und Durchsetzung der Interessen der europäischen Städte in einem aufzubauenden Metropolennetzwerk eine aktive, führende Rolle spielen kann und will.

Wien geht es dabei nicht nur um die Rolle als Motor erfolgversprechender Integrationsbemühungen in Europa, so wichtig dieser Anspruch auch sein mag. Darüber hinaus sind jene Kooperationen absolut notwendig, wenn es darum geht, den Wirtschaftsstandort Wien zu festigen, auszubauen und zu verbessern.

Wir alle wissen, daß unter den Rahmenbedingungen der verstärkten Globalisierung und neuer Technologieanwendungen die Konkurrenz um Ansiedlungen und Unternehmensgründungen an Bedeutung zunimmt und daher die lokale Standortpolitik immer wichtiger wird. Wir alle wissen auch, daß die erwünschte Dynamik nur in Verbindung mit hochwertigen Dienstleistungsbereichen zu erreichen ist. Die Zielsetzungen der Stadtpolitik Wiens richten sich daher auf Kooperationsvorhaben, die eine Einbindung in die neuen internationalen Netzwerke im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich ermöglichen. Der Telekommunikation kommt dabei die Schlüsselfunktion zu, wenn es um eine Stärkung der Standortbedingungen, um eine Attraktivitätssteigerung Wiens im europäischen Wirtschaftssystem und um die Sicherung der technologischen und ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit geht. Was heute bereits zählt und in Zukunft noch weitaus stärker an Bedeutung gewinnen wird, ist, daß Produktion und Management zunehmend vom vorhandenen Wissen und vom Informationszugang bestimmt sein werden und Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit davon abhängig gemacht werden.

Die klassischen Faktoren sind mit den Faktoren Technologie und Informationsmanagement zu erweitern und diese Neukombination wird letztendlich für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes oder einer Stadt ausschlaggebend sein. Es gilt insbesondere, den raschen technologischen und organisatorischen Veränderungen zu begegnen, auf die modernen Kommunikationstechnologien zu reagieren und die Modernisierungs- und Rationalisierungspotentiale im Bereich neuer Technologien aufzunehmen beziehungsweise anzupassen.

Wien ist dabei, sich als Kompetenzzentrum für

Umwelt- und Stadttechnologien zu etablieren. Es gibt Projekte wie Tech-Gate, Science-Museum, das Kompetenzzentrum Telekommunikation. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, und ich komme schon zum Schluß, es wurde auch schon von einigen Vorrednern erwähnt, daß die wirtschaftspolitische Bedeutung der Trans Europäischen Netze für Wien sehr, sehr wichtig ist. Ich möchte das unterstreichen und möchte auch darauf hinweisen, daß Wien sich dieser Herausforderung bisher schon erfolgreich gestellt hat und sicher auch in Zukunft erfolgreich stellen wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Johann Römer: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß 2 schriftliche Anfragen von Abgeordneten der "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende Anträge von Landtagsabgeordneten eingelangt: Freiheitliche Partei Österreichs 2 sowie "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" und Liberales Forum gemeinsam 1. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekanntgegeben.

Die Abgen Dr Wolfgang Alkier, Mag Gabriele Hecht, Hanno Pöschl, Mag Alexandra Bolena, Marco Smoliner und Mag Michaela Hack haben einen Antrag, betreffend Entschädigungen für Mitglieder des Stadtschulratskollegiums, eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Dieser Antrag wurde nicht genügend unterstützt und ist somit erledigt.

Abg Mag Alexandra Bolena sowie Partnerinnen und Partner haben einen Antrag, betreffend Verfahrenshilfe für Gewaltopfer, eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke. Dieser Antrag ist damit genügend unterstützt. Ich weise ihn der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport zu.

Abg Mag Alexandra Bolena sowie Partnerinnen und Partner haben einen Antrag, betreffend sicheres und ungestörtes Betreten von Kliniken, Ambulatorien und Krankenanstalten, eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke, damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zu.

Die Abgen Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl,

Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz) hinsichtlich § 31 geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz) hinsichtlich §§ 11, 14, 17, 19, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 32 und 33 geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz) hinsichtlich § 21 geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz) hinsichtlich §§ 11, 14, 17, 19, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 31, 32, 33, 35, 39, 45, 47 und 49 geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz) hinsichtlich § 35 geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz) hinsichtlich §§ 39 und 45 geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Abgen Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl, Jutta Sander und Marco Smoliner haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über die

Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz) hinsichtlich §§ 47 und 49 geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Nach Beratung in der Präsidialkonferenz nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor. Die Postnummern 2, 1 und 3 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. - Gegen diese Umstellung wurde kein Einwand erhoben, ich werde daher so vorgehen.

Die Postnummer 2 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem ein Wiener Rundfunk-Ankündigungsabgabegesetz (Wr RFAG) erlassen wird.

Die Berichterstatterin ist Frau amtsf StR Mag Ederer. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Stadt Wien hebt aufgrund einer Vereinbarung, die im Finanzausgleich begründet ist, eine Ankündigungsabgabe nach dem Studioprinzip ein. Gegen diese zwischen den Gebietskörperschaften vereinbarte oder praktizierte Erhebung der Ankündigungsabgabe erhob der ORF Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Der Verfassungsgerichtshof hat nun noch nicht entschieden, hat aber im Prüfbeschluß vom Dezember 1997 Zweifel geäußert, ob vom Studienprinzip auszugehen ist oder ob nicht eher das Senderprinzip gelten sollte.

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht nun eine Ermächtigung der Gemeinde vor, die Rundfunk-Ankündigungsabgabe nach dem Studioprinzip einzuhaben. Würde der Wiener Landtag nichts machen, so sind einerseits bereits erzielte Abgabenerträge in Milliardenhöhe gefährdet, also ungefähr mehr als 2 Milliarden S, und andererseits wären wir bei darauf folgenden allfälligen Regressforderungen an den Bund wegen der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung des paktierten Finanzausgleichs dem Vorwurf einer unternommenen Schadensminimierung ausgesetzt.

Ich bitte Sie daher, sehr geehrte Damen und Herren, diesem Gesetzesentwurf zuzustimmen. - Danke.

Präsident Johann Römer: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Hecht.

Abg Mag Gabriele Hecht (*Liberales Forum*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Es geht hier um eine wesentliche Steuer, die die Gemeinde Wien einhebt. Aber es geht auch um einen wesentlichen Impuls für die Wirtschaft. Die Wirtschaft investiert pro Jahr rund 20 Milliarden S in Werbung, Printmedien, Rundfunk und Plakatwerbung und durch dieses Investitionsvolumen werden rund 50 000 Ar-

beitsplätze in Verlagen, Rundfunk, Plakatunternehmen, Agenturen, Druckereien, und so weiter gesichert. Ein Rückgang der Werbung hat unmittelbare Konsequenzen auf diese Betriebe und gefährdet Arbeitsplätze in Österreich. Durch die Werbesteuern, die insbesondere vom Land und von der Gemeinde Wien eingehoben werden, werden diese wirtschaftsfördernden Investitionen durch die Werbewirtschaft beeinträchtigt und Arbeitsplätze gefährdet. Wesentliche Impulse durch die Wirtschaft werden durch diese Abgabe behindert.

Nicht alle Gemeinden in Österreich haben die Ankündigungs- und Anzeigenabgabe ein. Dadurch entsteht nicht nur ein Wettbewerb mit dem Ausland, es entsteht auch innerösterreichischer Wettbewerb, es entsteht ein sehr hoher administrativer Aufwand und es verursacht eine sehr umfangreiche Rechtsprechung zu diesem Thema, die entweder auf Seiten der Unternehmen oder auf Seiten der Gemeinden Kosten verursachen und oftmals wird auch eine Doppelbesteuerung von Unternehmen vorgenommen. Durch diese ganze Angelegenheit passiert eines, daß österreichische Medien im Vergleich zu ausländischen Medien benachteiligt werden.

Es steht uns als Stadt Wien, als Land Wien, frei, auf die Einhebung der Ankündigungsabgabe zu verzichten. Wir tun das Gegenteil davon. Die Regierung möchte ein Gesetz beschließen, das rückwirkend bis 1993 gelten soll und die Einhebung der Abgabe sogar gegen einen Spruch des Verfassungsgerichtshofs einzentrieren soll. Dabei geht es natürlich nicht nur um Geld, das dem ORF zusteht, sondern es geht um Geld, das der ORF für die Werbewirtschaft, für Unternehmen, für Konsumenten eingehoben hat und das natürlich an die Steuerzahlerinnen und die Steuerzahler im Fall, daß die Gesetzesbestimmung durch den Verfassungsgerichtshof aufgehoben wird, zurückgehen würde.

Die Frau Finanzstadträtin sagt mir jetzt sicher sofort, daß wir ja das Geld brauchen. Das stimmt kurzfristig gesehen sicherlich. Kurzfristig wird uns der Einnahmenentfall wehtun, langfristig, tun uns aber die negativen Auswirkungen der Besteuerung auf den Wirtschaftsstandort Wien noch viel mehr weh als der Entfall dieser Abgaben.

Jetzt weiß ich schon, Frau Stadträtin, daß Sie mir nicht glauben, wenn ich Ihnen das sage. Sie haben es uns auch nicht geglaubt, wie wir gesagt haben, Wien braucht eine Verwaltungsreform, Wien braucht eine zielorientierte Budgetierung, Wien braucht New Public Management. Sie haben eine teure Organisationsanalyse in Auftrag gegeben, die jetzt genau das alles bestätigt hat, was wir verlangt haben.

Deswegen möchte ich den Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, Helmut Kramer, zitieren, der im Rahmen einer werbewirtschaftlichen Tagung bereits im Jahr 1996 gesagt hat: "In Summe schaden Anzeigen- und Ankündigungsabgabe mehr als sie den Kommunen bringen. Die Politik ist aufgerufen, der

Werbewirtschaft keine Steine in den Weg zu legen." - Daß das Ganze sehr negative Auswirkungen hat, das zeigt auch eine Statistik der Steuereinnahmen aus den Werbesteuern. 1994 wurde nämlich eindeutig ein Ertragseinbruch bei den Werbesteuern verzeichnet und der ist durch die zunehmenden Möglichkeiten der Flucht über die Grenzen - wir sind ein EU-Staat - und in nicht erfaßbare Werbeformen zu erklären.

Jetzt muß man sehen, daß wir natürlich ein Teil des zunehmend erweiterten Europas sind und uns in einer Entwicklung befinden, wo durch den technologischen Fortschritt die Grenzen mehr und mehr aufgehoben sind. Das heißt, wir befinden uns international in einer Wettbewerbssituation und hier hat ja der österreichische Gesetzgeber schon durch die Werksvertragsregelung eine Situation geschaffen, die die Werbewirtschaft in Österreich im Vergleich zu den ausländischen Konkurrenten massiv benachteiligt. Durch die Werbesteuern sind zusätzlich noch Preissteigerungen von im Schnitt 10 Prozent für Anzeigen, Plakate und Werbespots angefallen.

Wie Kramer richtig sagt, geht das derzeitige Modell irrigerweise von einer isolierten Volkswirtschaft mit uneingeschränkter nationaler Besteuerungshoheit aus. Wir sind eben ein Teil der internationalen Wirtschaft, wir sind ein Teil der EU, und es ist eine Tatsache, daß die Werbesteuern nicht nur die 50 000 Arbeitsplätze in Verlagen, Druckereien und in der Werbewirtschaft gefährden, sondern daß sie auch ein wesentliches Hindernis für den Ausbau heimischer Marken darstellen. Warum? - Für Markenartikelhersteller ist die Werbung ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Geschäfts- und Unternehmenspolitik. Aus welchem Grund sollte ein Markenartikelhersteller Wien oder überhaupt Österreich als Standort wählen, wenn er hier in einem ganz wesentlichen Geschäftszweig eine steuerliche Benachteiligung erfährt?

Jetzt kann natürlich eine einheitliche bundesweite Regelung den innerösterreichischen Wettbewerb in Grenzen halten. Sie können aber nicht verhindern, daß die Werbung über das Ausland nach Österreich strahlt wird. Wie Sie das beim Internet machen wollen, wie Sie beim Internet Werbung besteuern wollen, an der Quelle oder bei den österreichischen Providern, das weiß ich auch nicht. Sie können natürlich schon irgendwelche Maßnahmen setzen, die dann das Internet in Österreich kaputt macht, eine sehr wesentliche Schiene der Kommunikation. Ich halte das für wirtschaftsgefährdend und wirklich für fatal, einfach nur mit dem Gedanken, irgendwie Geld zu beschaffen, hier solche völlig falschen Schritte in Richtung Wirtschaftsstandort zu setzen.

Abgesehen davon, wird über eine bundeseinheitliche Regelung schon sehr lange gesprochen und es ist auch keine Einigung in Sicht. Ich verfolge das, was hier verhandelt wird, jetzt schon seit über einem Jahr, aber ich glaube nicht, daß sich da in der nächsten Zeit konkret irgend etwas tut, und selbst wenn, dann kann das nur als eine Übergangslösung bis zu einer gänzli-

chen Abschaffung dieser Werbesteuern gelten. Ich bin schon einer Meinung mit Ihnen, daß man das nicht abrupt machen kann. Wir sind dafür, daß man schrittweise die Steuersätze senkt, bis man zu einem gänzlichen Entfall dieser Werbesteuern kommt.

Zusammenfassend noch einmal: Die Werbesteuern sind eine österreichische Spezialität in dieser Form und in dieser Ausprägung. Sie sind wettbewerbsschädigend. Wir befinden uns in einem internationalen Standortwettbewerb und hier schaden sie dem Wirtschaftsstandort mehr, als sie ihm kurzfristig durch Einnahmen bringen. Die Steuervermeidung und Steuerflucht in andere Medien, in andere Werbeformen, können wir ohnehin nicht verhindern. Was wird passieren? - Wir werden weder die Steuereinnahmen noch die Unternehmen in Wien haben.

Jetzt ganz konkret zu dem vorliegenden Antrag: Der Verfassungsgerichtshof prüft derzeit, ob der § 2 Abs. 5 des Wiener Ankündigungsabgabengesetzes verfassungskonform ist. Da geht es, wie die Frau Stadträtin richtig gesagt hat, im wesentlichen um die Definition des Begriffs der Ankündigung und in diesem Zusammenhang um das Studioprinzip, über die Zulässigkeit der Besteuerung aufgrund des Studioprinzips. Deshalb wird uns heute ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt, in dem die Gemeinde ermächtigt wird, ausdrücklich das Studioprinzip als Rechtsgrundlage zur Erhebung der Ankündigungsabgabe zu normieren. Damit will man sich in Wien bewußt über die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs hinwegsetzen. Vor allem damit, daß man das Ganze rückwirkend in Kraft setzen will. Sie behaupten in diesem Antrag, daß dadurch der Vertrauensgrundsatz nicht verletzt wird und behaupten, daß sich durch dieses Gesetz an der Rechtslage nichts ändert.

Meine Damen und Herren! An der Rechtslage ändert sich nur dann nichts, wenn es sich nur um eine sprachliche Klarstellung handelt und wenn der Verfassungsgerichtshof die zu prüfende Gesetzesstelle nicht aufhebt. Dann ändert sich durch das vorliegende Gesetz die Rechtslage nicht. Dann brauchen wir es aber auch nicht, denn wenn der Verfassungsgerichtshof die Wiener Regelung im § 2 Abs. 5 bestätigt, dann brauchen wir dieses vorliegende Ermächtigungsgesetz nicht. Wenn aber der Verfassungsgerichtshof zu dem Schluß kommt, daß er diese Gesetzesstelle als verfassungswidrig aufhebt, dann würde diese Gesetzesvorlage, die wir jetzt hier behandeln, sehr wohl die Rechtslage ändern und würde sehr wohl das Vertrauen der Menschen in die Rechtslage gefährden. Die Liberalen stehen für eine solche Aktion, die das Vertrauen der BürgerInnen in den Rechtsstaat erschüttert, sicherlich nicht zur Verfügung! (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Wir werden deshalb dieser Gesetzesvorlage unsere Zustimmung nicht geben, und zwar aus dem genannten Grund, daß es einen Bruch des Vertrauens der Bürger in die Rechtsgrundlagen bedeutet, und aus den vorgenannten Gründen, daß wir meinen, daß die Wer-

besteuern den Wirtschaftsstandort Wien gefährden und eine schrittweise Abschaffung der Werbesteuern in Wien vorgenommen werden muß.

Was wir in Wien brauchen, um Arbeitsplätze zu sichern, um der Jugend eine hoffnungsvolle Zukunft und Frauen die Chance auf gelebte Gleichberechtigung zu geben, das sind keine Sonderabgaben, sondern das ist ein besseres Management. Das Liberale Forum hat das bessere Management für Wien. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich ertheile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Herr Präsident! Frau Stadträtin!

Wir haben es hier unter anderem mit einer der verücktesten Auswirkungen des österreichischen Föderalismus zu tun. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Ich weiß nicht, ob ich Ihr Lachen als Bestätigung oder als Kritik interpretieren soll, aber daß der ORF es jetzt so macht, daß er so quasi die Kassetten, die er hier fertigproduziert hat, schnell in ein Auto setzt, damit nach St. Pölten fährt, das dort ausstrahlt und dann, ich denke, als leeres Auto wieder zurückfährt, da kann sich nur jeder Europäer oder Alsergrunder, jeder intelligente Mensch, auf den Kopf greifen.

Es ist aber nicht nur beim ORF so, und das werfe ich der Politik der Gemeinde Wien vor, ich könnte durchaus auch so vehement im Nationalrat reden, weil wir ja bis 1986 eine bundeseinheitliche Regelung hatten, die dann in diesen Föderalismus, fast möchte ich sagen, in diese Föderalismusidiotie, die manchmal Österreich lähmt, wieder retour gebracht wurde.

So, jetzt sitzen wir dort, wo wir sitzen und Tatsache ist, daß das nicht nur den ORF betrifft. Wir haben etliche andere Zeitschriften und Zeitungsherausgeber, die in die Medienstadt Korneuburg ziehen, wirklich eine Medienstadt europäischen Zuschnitts wie Köln. Der Korneuburger Bürgermeister will Korneuburg zu Köln machen.

Es ist aber nicht so witzig, denn der Grund ist welcher? - Daß Korneuburg jene wiederum im föderalistischen Kantöngeist schon anders gestalteten Ankündigungsabgaben zum Weglocken von Medienunternehmen irgendwie rückerstattet. Mit so - ich sage jetzt - föderalistischen Turnübungen geht das. Bei denen, die doch ein gehöriges Aufkommen durch diese Abgabe haben, führt das dazu, daß sie nach Klosterneuburg gehen. Jetzt freuen sich die Journalisten, die so quasi in Korneuburg sitzen, besonders darüber, daß sie wieder nach Wien fahren müssen, weil natürlich alle Termine merkwürdigerweise nicht in der Metropole Korneuburg sind - nichts gegen Korneuburg bitte, eine schöne Stadt, damit kein Mißverständnis aufkommt -, und dazwischen pendelt der Verkehr. Das ist die Idiotie des österreichischen Föderalismus. Dieses Hin und Her haben wir jetzt. Es gibt kurzfristig - sensationellerweise - nur eine einzige Lösung: Zurück zum Zustand vor 1986, und zwar

zumindest eine österreichweite Lösung.

Wenn Sie, Frau Stadträtin, jetzt in einer Aussen-dung sagen - ich habe das genau verfolgt -: "Die SPÖ ist der Motor für diese bundeseinheitliche Regelung", dann ist das ein bißchen ein Stottermotor, weil das jetzt seit einigen Jahren dahinstottert. Weit sind Sie da noch nicht gestottert, weil heute machen wir keine Aufforderung an die Finanzstadträtin und an den Bürgermeister oder Landeshauptmann - "Herr Landeshauptmann, kämpfen Sie beim nächsten Treffen, wo Sie die Landeshauptleute treffen oder sonst wen von Rang, für die bundeseinheitliche Lösung" -, nein, wir machen jenes rückwirkend wirksame Gesetz, das wir heute beschließen wollen.

Daß die derzeitige Regelung unbefriedigend ist, ist außer Streit. Was wäre die vernünftigere Lösung gewesen oder was ist sie noch immer? - Daß sich die Stadt Wien mit dem ORF vor allen möglichen Gerichten bekriegt, ist ja an sich schon absurd. Eigentlich sollten wir froh sein, daß es in Wien einen - sage ich jetzt als durchaus gelegentlicher Kritiker auch der Berichterstattung des ORF - starken ORF gibt, aus Mediengründen, aus fiskalischen Gründen, aus beschäftigungspolitischen Gründen, weil wo, wenn nicht im Medien- und Telekommunikationsbereich hat eine Stadt wie Wien eine Zukunft? Was machen wir aber mit größeren Unternehmen? - Da befetzen wir uns fest vor Gericht und der eine geht zum Verfahrensgerichtshof und da drohen wir gleich zurück. Jetzt machen wir ein Gesetz und Sie wissen genau, Frau Stadträtin, was der ORF machen wird. Wir haben uns auch erkundigt: Wenn wir das beschließen, werden sie auch dieses Gesetz vor dem Verfassungsgerichtshof anfechten. Das ist der nächste Schritt. Na, das ist ja eine Schwachsinnlösung, anstatt daß man sich in einer österreichischen Form mit dem ORF hinsetzt und zu einer Lösung kommt, wo diese 2 Milliarden S nicht rückwirkend zu zahlen wären, weil der ORF selber bekommt sie ja gar nicht. Das muß auch klar sein. Es geht nicht, daß der ORF diese Gelder bekommt. Da könnte man sich schwer einigen, denn auch der ORF kann nicht so ohne weiteres - im Maximalfall - auf 2 Milliarden verzichten, sondern er müßte sie wieder rückwirkend an seine Werbeträger geben. Das ist aber ein spannendes Unternehmen, wie man jetzt rückwirkend ausrechnet, wer wann was geschaltet hat und das dann ausbezahlt.

Also, Frau Stadträtin, es wäre Zeit genug gewesen, erstens ein Motor zu sein, der jetzt ein paar PS auf die Straße und auf die Schiene bringt, um hier zu einer ersten bundeseinheitlichen Lösung zu kommen, wenn schon Werbesteuer notwendig ist, und zweitens, sich mit dem ORF zu einigen.

Ich will aber jetzt durchaus noch einen Aspekt aufgreifen, der das besonders pikant macht, Frau Stadträtin. Sie sitzen einerseits heute hier als Finanzstadträtin, andererseits sind Sie aber auch im Kuratorium des ORF. Ohne jetzt irgend etwas persönlich enthüllen oder ankreiden zu wollen, ist das schon

interessant: Auf der einen Seite müssen Sie als Kuratoriumsmitglied im Sinne des ORF agieren. Dort sind auch Abstimmungen erfolgt, die geklärt haben, daß es eine klare ORF-Position gegenüber Wien gibt. Dann hüpfen Sie geschwind vom Küniglbergsessel als Kuratoriumsmitglied auf den Stadträtinnensessel hier und sagen: Nein, nein, der ORF, da macht er das nicht. Da muß ich jetzt die Interessen Wiens vertreten.

Ich halte diese Verquickung, nur an diesem Beispiel festgemacht, für eine zutiefst unglückliche Verquickung von Politik und Wirtschaft, die zu Unvereinbarkeiten führen muß, denn als was sprechen Sie? - Heute müssen Sie hier natürlich als Finanzstadträtin sprechen. Da muß ich aber dann fragen: Was haben Sie als Kuratoriumsmitglied die letzten Jahre gemacht, um hier zu einer vernünftigen Lösung zu kommen? Werden Sie dann in der nächsten Kuratoriumssitzung unterstützen, daß der ORF das neu beschlossene Gesetz, das heute hier beschlossen wird, wieder vor dem Verfassungsgerichtshof bekämpft? - Das ist nicht nur Föderalismusmurks, sondern auch Vermischungsmurks zwischen Funktionen auf der Ebene der Stadt Wien und der Ebene des ORF.

Wir werden diesem Gesetz sicherlich nicht zustimmen, weil es kontraproduktiv ist und einer bundeseinheitlichen Regelung widerspricht. Ich lege der Frau Stadträtin politisch nahe, eine Funktion wie die einer Wiener Finanzstadträtin, die - glaube ich - in der Tat mehr als 100 Prozent Einsatz erfordert, entsprechend zu machen und die Kuratoriumsfunktion im Sinne einer klaren Orientierung und im Sinne einer Klärung, welche Interessen Sie vertreten, zurückzulegen, weil das Ihr-oder-Ihr-Spiel zu nichts führt. Das haben wir jetzt jahrelang gesehen. In diesem Sinne werden wir diesem Gesetz nicht zustimmen. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Dipl Ing Dr Rothauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP): Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde jetzt noch alle anwesenden Mandatare mit der Mitteilung überraschen, daß wir dem Gesetz zustimmen. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Wow!*) Ja. Aus gutem Grund und nicht nur, weil wir in der Koalitionsregierung sind.

Den Fight hat ja nicht Wien begonnen. Ich muß sagen, es war, nachdem das Studioprinzip, also der Einhebungsmodus, im Finanzausgleich paktiert war, ein Versäumnis des Bundes, daß das im Finanzausgleichsgesetz nicht eindeutig festgelegt war und so formuliert war. Daß es paktiert war und seine Richtigkeit gehabt hat, das bestätigt auch ein Schreiben des ehemaligen Finanzministers Lacina, das jetzt aber natürlich nicht das Gewicht in der gerichtlichen Auseinandersetzung haben kann, die eine gesetzliche Formulierung haben muß.

Im übrigen, weil Frau Kollegin Hecht nicht mehr da

ist, sage ich es den anderen: Dieses tiefstdunkel-schwarze Szenario, das uns Frau Kollegin Hecht gemalt hat, daß Österreich für die Werbewirtschaft uninteressant wird, daß Wien einen ungeheuren Schaden dadurch erleiden wird und daß uns im übrigen auch die Markenartikelindustrie abwandern wird, weil ihre Verquickung mit der Werbung so eine erhebliche ist, das kann ich einfach nicht teilen. Ich erspare es Ihnen, im Detail darauf einzugehen.

Was allerdings richtig ist, und das hat Herr Kollege Chorherr ja sehr pointiert in seiner - ich möchte fast sagen - launigen Rede gebracht, ist natürlich die Wettbewerbsverzerrung innerhalb von Österreich. Dieser Kampf, den die Gemeinden untereinander austragen (*Abg Mag Christoph Chorherr: Der Frosch-Mäuse-Krieg! Der Frosch-Mäuse-Krieg!*), der Frosch-Mäuse-Krieg - ja, ein Zitat "Chorherr" gebe ich da wieder - und der im übrigen in vielen Belangen der Fall ist.

Wir reden immer von dem siedlungspolitischen Wahnsinn rund um Wien, vor allem im Süden von Wien. Der hat ja im wesentlichen ähnliche Ursachen. Gut. Daher ist die ÖVP auch immer dafür eingetreten, daß das wieder eine bundeseinheitliche Regelung werden muß - wie Sie schon richtig gesagt haben -, so wie es einmal war. Wir haben es daher auch im Koalitionsübereinkommen so festgeschrieben. Daß Sie das jetzt für säumig halten, daß das noch nicht fertig verhandelt ist oder noch nicht umgesetzt ist, ist Ihre Sicht der Dinge. Es ist jedenfalls in Arbeit.

Für die Stadt Wien ist allerdings die Maßnahme, die wir heute setzen, schon von erheblicher Bedeutung. Das ist hier schon gesagt worden. Es geht um einen Milliardenbetrag, auf den wir sicher nicht verzichten können und wollen, und daher ist es nur richtig und für die Stadt Wien auch geboten, mit dieser Sanierung des Wiener Ankündigungsabgabengesetzes etwas zur Schadensminimierung beizutragen. Es geht ja auch darum, wie weit der Bund in die Pflicht genommen werden kann, und es geht darum, daß die Stadt Wien einfach alle vertretbaren Maßnahmen zu treffen hat, um das abzusichern. Daß es sich um eine vorübergehende Maßnahme handelt, ist schon daraus klar, weil ja das Vorhaben einer bundeseinheitlichen Regelung weiterverfolgt wird und nicht nur deshalb, wie eine der beiden VorrednerInnen - mit großem I - dargestellt hat, weil uns wieder droht, daß der Verfassungsgerichtshof auch das wieder aufhebt, sodaß wir mit unseren heutigen Bemühungen erfolglos dastehen werden, wie das so skizziert wurde.

Ich möchte aber noch etwas Wichtiges sagen, weil das Frau Kollegin Hecht auch zu einem wichtigen Punkt ihrer Rede gemacht hat, nämlich die Tatsache, daß das rückwirkend erlassen wird und damit das Vertrauen des Steuerzahlers erschüttert wird. Ich werde daher eine Fachmeinung zitieren, weil ich mir als Nichtjuristin nicht zutraue, das auf den Punkt und Beistrich genau zu definieren, aber es scheint mir sehr wichtig, denn ich möchte nicht, daß im Protokoll die

Darstellung von der Frau Kollegin Hecht unwidersprochen dasteht.

Die Tatsache nämlich, daß wir mit dem vorliegenden Ankündigungsabgabegesetz rückwirkend vom Jänner 93 an beschließen, daß der Gemeinderat berechtigt ist, diese Abgabe nach dem Studioprinzip einzuhaben, verletzt den ORF in seinem berechtigten Vertrauen nicht. Schon bisher wurde nach dem Studioprinzip eine Ankündigungsabgabe erhoben - das ist ja auch der Gegenstand der Anfechtung, das ist als Tatsache erwiesen -, die sich auf eine geltende Verordnung stützt. Bis zur allfälligen Aufhebung der Verordnung ist sie den wirtschaftlichen Entscheidungen zugrunde gelegen, was der ORF auch getan hat und letztlich angefochten hat. Das heißt, auch der ORF ist davon ausgegangen, daß er nach dem Studioprinzip besteuert wurde und er konnte ja nicht auf die Ungültigkeit einer Verordnung vertrauen, noch bevor sie überhaupt angefochten war. Der Vertrauensgrundsatz schützt nur jene, die im Vertrauen auf eine geltende Rechtslage Handlungen setzen, die durch eine rückwirkende Änderung der geltenden Rechtslage enttäuscht werden. Das ist hier ganz eindeutig nicht der Fall. Das heißt also, die Sanierung des Ankündigungsabgabegesetzes ändert nun einmal die Rechtslage, die bisher angewandt wurde, nicht, und der Handlungsmäßigstab für die Dispositionen des ORF ist damit auch nicht geändert.

Aus diesen Gründen und weil es wirklich im erheblichen Interesse der Stadt Wien ist, kann ich es nicht verstehen, daß hier einzelne Parteien gegen das Interesse der Stadt Wien stimmen. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ.*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner ist Herr Abg DDr Schock zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg DDr Eduard **Schock (FPÖ)**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich befürchte im Gegensatz zu meiner Vorrrednerin, Frau Abg Rothauer, eigentlich schon, daß diese Werbesteuer auch international immer mehr zu einem Konkurrenzanteil für unsere Wirtschaft wird. Es ist heute vielleicht noch ein bißchen zu wenig betont worden, daß die Werbesteuer tatsächlich ein Unikum in ganz Österreich darstellt. Es wird so eine Werbesteuer außer bei uns noch in einigen südeuropäischen Ländern erhoben, etwa in Italien. In Italien ist die Steuer aber wesentlich geringer als bei uns und Anzeigen in der Presse sind dort überhaupt ausgenommen. Werbesteuer gibt es auch noch in Griechenland und in Portugal. In diesen Ländern hat die Werbesteuer aber keinen fiskalischen Charakter, das heißt, sie fließt nicht ins allgemeine Budget, sondern sie dient dort für die Ausbildung der Journalisten beziehungsweise auch für die Sozialversicherung der Journalisten. In großen Ländern, wie Deutschland, aber auch in Frankreich und in England, ist so eine Werbesteuer überhaupt unbekannt. Unsere Werbesteuer ist daher

tatsächlich ein Unikum in ganz Europa. Es ist daher zu befürchten, daß diese österreichische Werbesteuer vor allem für Wien immer mehr zu einem zweifachen Konkurrenzanteil wird, und zwar erstens zu einem Konkurrenzanteil gegenüber den Umlandgemeinden um uns herum, zweitens auch zu einem Konkurrenzanteil international insgesamt für den Wirtschaftsstandort Wien.

Es ist ja heute bereits vom Herrn Chorherr der Verlagstourismus erwähnt worden, daß eben die unterschiedliche Besteuerung in den einzelnen Bundesländern dazu geführt hat, daß Verlage nur aus fiskalischen Gründen ihren Sitz gewechselt haben. Sie alle können sich bestimmt noch gut daran erinnern, wie verschiedene Verlage aufgrund dieser Werbesteuer aus Wien nach Klosterneuburg oder Perchtoldsdorf ausgewandert sind. In diesen konkreten Fällen hat die Wiener Werbesteuer schon ganz konkret zum Verlust von Arbeitsplätzen bei uns in Wien geführt.

Es ist aber die Werbesteuer auch international ein hausgemachter Wettbewerbsnachteil. Vor allem in den nächsten Jahren wird sich dieser internationale Wettbewerbsnachteil für den Medienstandort Wien, für den Wirtschaftsstandort Wien insgesamt, noch verstärken, denn das Studioprinzip etwa, das ja heute durch diesen Beschuß abgesichert werden soll, diskriminiert natürlich klarerweise unsere eigenen österreichischen Medien. Medien mit einem Verlagssitz im Ausland oder mit einem ausländischen Studio können von uns aufgrund dieses Studioprinzips natürlich nicht zur Leistung von Werbesteuern herangezogen werden.

Es ist daher völlig klar, was in den nächsten Jahren passieren wird. Es wird der Medienstandort Wien durch dieses Steuerunikum einfach immer mehr geschädigt werden, denn einerseits werden deswegen, wie schon in der Vergangenheit, Verlage und Studios immer mehr in das steuerfreie Ausland auswandern, und auf der anderen Seite werden österreichische Firmen immer mehr dazu übergehen, über ausländische Medien zu werben, um dadurch eben in den Genuss der billigeren, weil steuerfreien Werbetarife zu kommen. Es hat diese Entwicklung ja schon voll eingesetzt. Viele deutsche Privatsender, etwa PRO 7, RTL und SAT 1, haben bereits eigene Österreichfenster eröffnet. Zuletzt haben die Werbefenster in diesen deutschen Privatsendern bereits etwa ein Volumen von 300 Millionen S von unserem österreichischen Werbekuchen abgesaugt. Diese deutschen Privatsender hoffen, den Werbeumsatz in Österreich im nächsten Jahr sogar auf 500 Millionen S steigern zu können.

Wenn der Verfassungsgerichtshof die Ankündigungsabgabe aufhebt, und darauf ist bereits hingewiesen worden, dann droht der Stadt eine Abgabengrückerstattung. Der ORF wird sich diese Gelder aber nicht behalten können, denn der ORF ist ja nur formal der Steuerschuldner. Die wirtschaftlichen Träger der Steuer sind aber in Wahrheit die Kunden des ORF und die Werbesteuer wird vom ORF eben auf seine Kun-

den überwältzt. Der ORF wird diese Gelder daher auch ganz genau, auf den Groschen genau, an seine Kunden weitergeben müssen. Es gibt dafür auch bereits einen Präzedenzfall.

Es hat vor etwa zwei Jahren der Verfassungsgerichtshof die niederösterreichische Ankündigungsabgabe aufgehoben und das Land Niederösterreich mußte dann als Folge dieses Erkenntnisses etwa 130 Millionen S an den ORF rückerstatteten. Der ORF hat sich diese Gelder natürlich nicht behalten können, sondern er hat damals diese 130 Millionen S Rückerstattung auf den Groschen genau an seine Kunden weitergegeben.

Es ist also sichergestellt, daß dieses Geld auch in unserem Fall im Fall des Falles nicht beim ORF hängenbleibt, sondern wirklich an die Kunden des Fernsehens zurückfließt. Wir sehen daher eigentlich keinen Grund für diese gegen den ORF gerichtete Sondergesetzgebung.

Frau Stadträtin, auch wir glauben, daß wir langfristig unsere Werbesteuern überhaupt abschaffen müssen. Nur so werden wir langfristig Wien als Medienstandort in der Europäischen Union attraktiv erhalten können. Man soll aber angesichts der doch sehr geringen budgetären Spielräume mit Abgabenerträgen in Milliardenhöhen auch nicht leichtfertig umgehen. Wir befürworten daher als ersten Schritt eine bundeseinheitliche Regelung, wodurch etwa der sinnlose Verlagstourismus der Vergangenheit und eben auch Auswüchse wie die Ausstrahlung der Werbung von St. Pölten aus verhindert werden können. Eine solche bundeseinheitliche Steuer würde auch das Problem der unklaren Abgrenzungen der Doppelbesteuerung et cetera lösen.

Überlegenswert ist vielleicht auch der Vorschlag, den Steuersatz zu halbieren, dafür aber das Direktmailing in die Besteuerung einzubeziehen. Eine solche bundeseinheitliche Steuer müßte vor allem über den Finanzausgleich sicherstellen, daß die Stadt, wie schon in der Vergangenheit, mit etwa zwei Dritteln am Steuerertrag beteiligt ist.

Frau Stadträtin! Eine solche bundeseinheitliche Werbesteuer kann aber wohl nur eine Zwischenlösung sein. Es ist vielleicht die Sorge der Frau Hecht unbegründet, daß die gesamte österreichische Markenartikelindustrie aufgrund dieser Werbesteuer gefährdet ist, ganz sicher gefährdet sind durch diese Werbesteuer aber die Arbeitsplätze in unserer österreichischen Kommunikationsbranche selbst und das sind immerhin etwa 35 000 Arbeitsplätze in Zeitungen und Verlagen, in Rundfunk und Fernsehen sowie in Werbeagenturen und Druckereien.

Diese Sondersteuer auf Werbung beeinträchtigt natürlich die Qualität Österreichs als Medienstandort und gefährdet damit auch ganz direkt diese 35 000 Arbeitsplätze, denn unsere Werbesteuern verstärken die Marktmacht der ausländischen Anbieter, die dieser Steuer ja nicht unterliegen, und unterstützen eigentlich ihr weiteres Vordringen bei uns in Österreich. Wir

werden damit langfristig wohl nicht um die Abschaffung dieser Werbesteuer herumkommen.

Im Interesse des Medienstandorts und des Wirtschaftsstandorts Wien insgesamt können wir daher der heutigen Sondergesetzgebung gegen den ORF unsere Zustimmung nicht erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Kopietz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Harry Kopietz (*SPÖ*): Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin!

Gestatten Sie mir eingangs einige Anmerkungen zu meinen Vorrednern, weil ich denke, da sind ein paar Ungereimtheiten drinnen, die man nicht so unwidersprochen stehenlassen kann. Ich hoffe, ich hoffe sehr, daß Frau Mag Hecht irgendwo bei einem Lautsprecher gebannt meinen Worten lauscht, ich hoffe nicht, daß sie zu jenen 13 Prozent bedauerlichen Personen in Wien gehört, die im Winter immer in eine Winterdepression verfallen. Ich glaube nicht, daß das der Fall ist, denn die Darstellungen der Frau Mag Hecht sind das ganze Jahr über ungefähr gleich.

Ich bin wirklich gespannt, ob es noch eine genauere, eine tiefere Darstellung vom LIF über dessen Thesen gibt, daß die Anzeigenabgabe Arbeitsplätze gefährdet, in welchem Ausmaß, wie oft und warum. Daß Anzeigenabgaben in Wien dazu führen, daß in Wien keine Markenartikel beworben werden, ist Non-sens. Man braucht sich nur umzusehen, in Wien umzuschauen.

Frau Kollegin Hecht bekrittelt - was normalerweise Rechtes wäre -, daß der Rechtsstaat in Gefahr ist, ebenso das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Das wurde dankenswerterweise heute schon von Frau Dipl Ing Dr Rothauer richtiggestellt. Im Gegenteil. Ich denke - wenn man das so flott sagen würde, was ich nicht tue -, es festigt das Vertrauen in den Rechtsstaat, wenn wir eine Maßnahme, die seit Jahren angewendet wird, auch noch eindeutig gesetzlich absichern. Es ist auch sinnvoll, daß die Menschen Vertrauen dazu haben.

Die Bedenken von Mag Chorherr bezüglich der Funktion der Frau Finanzstadträtin als Kuratoriumsmitglied kann ich nicht nachvollziehen. Es ist keine Abgabe, die der ORF zu zahlen hat. Der ORF ist eigentlich nur Vermittler dieser Abgabe, zahlen müssen es sehr wohl natürlich die Kunden des ORF. So sehe ich keinerlei Probleme in der Ausübung beider Funktionen: Als Kuratoriumsmitglied und als Finanzstadträtin. (*Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Außerdem möchte ich noch daran erinnern, daß die Ankündigung, die ja schon getätigten wurde, nämlich die Ankündigungsabgabe zu reduzieren, auch eine Sache ist, der Wien durchaus positiv gegenübersteht.

Ich sehe auch keinen besonderen Wettbewerbsnachteil, wie ihn DDr Schock so beredt hier dargestellt hat, vor allem nicht bei Plakat-, Fernseh- und Rundfunkwerbung - und um letzteren geht es heute -, denn

wer international in Wien etwas bewerben möchte, muß selbstverständlich gleichermaßen diese Abgabe entrichten. Ich bin aber sehr wohl dafür und mit mir natürlich meine Fraktion - das kann ich Ihnen versichern -, daß wir uns, um den freien Wettbewerb, der hier entstanden ist, auch dementsprechend zu regeln und den Verlagstourismus, der entstanden ist, wieder einzudämmen, selbstverständlich massiv darum bemühen, eine bundeseinheitliche Regelung zu finden.

Aber nun zum Gesetz: Wir wissen, daß die Stadt Wien diese Abgabe nach dem Studioprinzip einhebt und auch die Erhebung der Ankündigungsabgabe erfolgt nach diesem Prinzip. Das wurde ja nicht zuletzt - heute schon mehrmals erwähnt - zwischen den Gebietskörperschaften im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen vereinbart. Und zumindest auch dafür sollte, glaube ich, das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit Geltung haben.

Das Gesetz, das heute rückwirkend per 1.1.1993 beschlossen werden wird - nicht länger, weil ja hier auch entsprechend gesetzlich geregelt ist, daß nicht länger auf Daten zurückgegriffen werden kann, aber fünf Jahre kann zurückgegriffen werden -, betrifft immerhin - das sollte man sich auch nochmals überlegen, bevor man so leicht und flockig damit umgeht - 2,8 Milliarden S. Geld, das schon längst in Arbeitsplätze in dieser Stadt investiert wurde. Das Prinzip war selbstverständlich auch dem ORF bekannt. Darum ist auch hier das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit begründet.

1993 hat der damalige Finanzminister Lacina in einem Schreiben an den damaligen ORF-Generalintendanten Gerd Bacher diese Rechtsauffassung des Bundesgesetzgebers klargestellt, dennoch wurde seitens des ORF im Wissen um diese Rechtmäßigkeit beeinsprucht.

Nun geht es darum, vor allem sowohl für die Vergangenheit, als auch für die Zukunft, sollte es nicht so rasch zu einer bundeseinheitlichen Neuregelung kommen, die Rechtmäßigkeit dieser Abgabe eindeutig klarzustellen. Wien hat diese Vorgangsweise - ich erinnere daran, vielleicht haben Sie es schon gehört - auch durch ein Rechtsgutachten des prominenten Verfassungsrechtlers Univ Prof Dr Barfuss bestätigen lassen.

Dieses Gesetz, meine Damen und Herren, bedeutet aber keinesfalls, daß sich Wien vom Ziel einer bundeseinheitlichen Regelung der Ankündigungsabgabe verabschiedet hat. Ganz im Gegenteil! Es geht darum, die Vergangenheit abzusichern - ich erinnere noch einmal an die 2,8 Milliarden S -, und Wien war der Motor bisher, auch wenn Kollege Chorherr einen Stottermotor gehört haben möchte. Ich kann ihm versichern, es ist ein hervorragend starker E-Motor, der diese Bemühungen antreibt und der sie ohne Rauchentwicklung, ohne Stottern und ohne Lärm auch weiterhin vorantreiben wird. Ich bin vollkommen überzeugt davon, daß wir auch Erfolg damit haben werden.

Es geht um Fairneß im Standortwettbewerb, der bislang durch Steuerdumping anderer zum Handkuß kam. Deshalb auch unser Bemühen um diese bundeseinheitliche Regelung. Meiner Information nach liegt es zur Zeit nur mehr am Gemeindebund, der sich noch gegen eine bundeseinheitliche Regelung sperrt. Es gibt derzeit keine Alternative dazu und EU-konform ist die Vorgangsweise selbstverständlich auch.

Zum Liberalen Forum vielleicht noch eines, weil das darüber hinaus auch angesprochen wurde. Ihnen geht es darum, Steuerpopulismus zu betreiben. Damit kann man keine seriöse Politik gestalten. Sie möchten nicht nur die Ankündigungsabgabe abschaffen, Sie wollen die Kommunalsteuer abschaffen, Sie wollen die Vergnügungssteuer abschaffen. Zählt man das zusammen, dann kommt man auf eine Summe von etwa 8 Milliarden S im Jahr. Ich wäre sehr, sehr neugierig, wie Sie die Aufgaben der Kommune lösen wollten - Arbeitsplatzsicherung, Wirtschaftsstandortsicherung, soziale Sicherheit in unserem Lande zu bewahren -, wenn diese Einnahmen nicht mehr zur Verfügung ständen. Aber das ist ja nicht Ihr Anliegen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlungen für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielelleicht noch ein paar Überlegungen: Zum einen ist es spannend, auch für jemanden, der schon länger in der Politik ist wie ich, zu erleben, was sich in zwei Wochen alles tun kann. Wir hatten das Ganze im Ausschuß beschlossen, ohne Wortmeldung. Die einzigen, die dagegen gestimmt haben, waren die Abgeordneten des Liberalen Forums. Alle anderen waren eigentlich dafür. Ich persönlich war überrascht, weil ich mir gedacht habe, es wird zu einer Diskussion kommen. Nichts! Die Freiheitlichen und die GRÜNEN haben damals zugestimmt und die Koalitionsparteien sowie- so.

Das war vor 14 Tagen. Und ich gehe ja nicht davon aus, daß Sie die Unterlagen nicht gelesen haben und nicht gewußt haben, was Sie im Ausschuß beschlossen haben. Das wäre ein Skandal und das weise ich für Sie und für uns alle zurück.

Während der vergangenen 14 Tage kamen zwei, drei APA-Meldungen von Kolleginnen und Kollegen. Das müßten wir vielleicht auch einmal diskutieren, denn wenn man schon meine Unvereinbarkeit hier diskutiert, so möchte ich darauf hinweisen, daß meines Wissens der ORF an der APA beteiligt ist, und die berichten auch neutral und sehr objektiv und nicht in eigener Sache und nicht für einen Eigentümer. Ähnliches könnte dann ja auch für andere Strukturen gelten.

Tatsache ist: Es gab einige APA-Meldungen und nach diesen APA-Meldungen ist offensichtlich die Welt eine ganz andere. Wir haben eine ganz andere

Situation. 2,8 Milliarden S für die Stadt sind egal, denn jetzt geht es darum, den ORF und diesen Bereich nicht zu gefährden. Also ich befürchte, daß der Eindruck entstehen kann, daß Sie opportunistisch sind, was dieses Abstimmungsverhalten betrifft. Es steht mir nicht zu, das zu werten, ich möchte das nur betont haben, weil es doch auch für mich, die ich schon länger in der Politik bin, immer wieder überraschend und spannend ist, wie sich eine Meinung binnen 14 Tagen ändern kann. - Das ist das eine.

Das zweite zu der ganzen Frage bezüglich bundeseinheitlicher Regelung: Selbstverständlich stimmt das alles, was gesagt worden ist, daß es unbefriedigend ist, daß es einen Steuertourismus gibt. Selbstverständlich wäre es viel, viel sinnvoller, eine bundeseinheitliche Werbesteuer vorzusehen. Herr Abg Chorherr hat gemeint, ich hätte gesagt, die SPÖ ist der Motor dieses Anliegens. Leider ist das nicht so, denn ich habe gesagt, Wien ist der Motor dieses Anliegens und Wien ist leider nicht die SPÖ. Es wäre schön, mir würde es gefallen. In diesem Zusammenhang möchte ich mich aber ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Warten Sie, Herr Klubobmann! Ich möchte mich bedanken ... (*Abg Johannes Prochaska: Diese Ansicht kann ich nicht teilen!*) Das verstehe ich, daß Sie das nicht teilen. Mir würde es trotzdem gefallen. Aber ich möchte betonen, daß der Herr Vizebürgermeister hier sehr, sehr kooperativ war und mir einmal ganz konkret Unterstützung in dieser Sache angedeihen hat lassen, ebenso auch Frau Dipl Ing Rothauer, und dafür möchte ich mich bedanken. Es war nicht die SPÖ, sondern ich habe gemeint, es war Wien, es war diese Koalitionsregierung, die hier Motor einer Entwicklung war.

Ich möchte Sie auch bitten, nicht zu vergessen, daß wir eine bestehende Regelung im Finanzausgleich haben, daß wir vom Studioprinzip und nicht vom Senderprinzip auszugehen haben. Und ich würde Sie schon bitten - nicht nur, daß es Harry Kopietz und Frau Dipl Ing Rothauer gesagt haben und es Finanzminister Lacina seinerzeit bestätigt hat, daß wir vom Senderprinzip ausgehen -, daß Sie wenigstens mit mir mitdenken, was das für einen Sinn hat. Dort, wo zufällig ein Sender in diesem Land steht, also zum Beispiel am Bisamberg - vielmehr nicht ganz nicht zufällig, sondern weil es von terrestrischen Überlegungen her natürlich einen Sinn macht -, dort würde dann die Ankündigungsabgabe anfallen. Das hieße, es würde ein Geldregen über die Gemeinde Bisamberg hereinbrechen und ob das Sinn macht, sehr geehrte Damen und Herren, das überlasse ich Ihrer Beurteilung. Ich persönlich glaube, daß das Studioprinzip das einzige Prinzip ist, das überhaupt für die Ankündigungsabgabe Sinn macht.

Und zur zweiten Frage: Wie ist der Stand der Verhandlungen? - Ich glaube, daß so eine bundeseinheitliche Werbesteuer wichtig und notwendig ist, damit wir diesen Steuertourismus oder diese Steuerkonkurrenz bekämpfen können. Ich gehe auch davon aus, daß diese Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und

damit die Senkung des Steuersatzes eine sinnvolle Aktivität ist.

Sie wissen, daß wir uns sehr intensiv bemüht haben, zu dieser Regelung zu kommen. Was allerdings nicht sein kann, ist, daß die Stadt Wien zur Gänze auf ihre Einnahmen verzichtet, sondern Voraussetzung ist natürlich die Zuteilung einer gewissen Summe aus dieser bundeseinheitlichen Werbesteuer im Rahmen des Finanzausgleichs.

Ich habe aber in Absprache mit dem Koalitionspartner zugesagt, daß wir durchaus bereit sind, auf einen gewissen Teil zu verzichten. Es gibt das Problem, daß der Gemeindebund der Meinung ist, die Karten müssen vollkommen neu gemischt werden. Es darf sozusagen nicht Wien eine Finanzzuteilung bekommen, sondern im Gegenteil, das, was hereinkommt, ist auf alle Gemeinden Österreichs aufzuteilen. Das heißt - ich will jetzt keine Gemeinde nennen, sonst kränken sich diese Gemeinde und der Bürgermeister dieser Gemeinde -, die Gemeinde Großhaslau - da komme ich her und da kenne ich den Bürgermeister - wäre demnach gleich zu behandeln wie die Gemeinde Wien. Ich glaube, daß das nicht zielführend ist und daß das auch nicht in Ihrem Interesse als Abgeordnete dieses Landes sein kann.

Ich bitte daher um Zustimmung zum vorliegenden Gesetz. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika Staubenvoll: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 1. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über eine Änderung der Grenze zwischen dem 10. und 12. Bezirk.

Die Berichterstatterin hierzu ist Frau amtsf StR Mag Brauner. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Ich bitte Sie, dem vorliegenden Entwurf zuzustimmen.

Präsidentin Erika Staubenvoll: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Madejski. Ich erteile es ihm.

Außerdem schlage ich - entschuldigen Sie noch einen Augenblick - gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Debatte eröffnet und der Herr Abge-

ordnete hat das Wort.

Abg Dr Herbert Madejski (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadtrat!

Normalerweise waren in der Vergangenheit Bezirksgrenzenänderungen eigentlich nie Debattengegenstand. Es hat sich auch nicht ausgezahlt. Es hat an sich ja keine wesentlichen Veränderungen der Kompetenzen, keine wesentlichen Veränderungen oder Auswirkungen für den einen oder für den anderen Bezirk gegeben. Trotzdem möchte ich dieses Aktenstück zum Anlaß nehmen, um einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, Frau Stadtrat, die Grenzziehungen, die durchaus notwendig sind, und zwar in sehr vielen Teilen von Wien, bei vielen Bezirken, aus einem etwas anderen Gesichtspunkt zu betrachten.

Wenn ich mir diesen Akt anschau, dann steht - vollkommen richtig - drinnen: "Die derzeitige Grenze stimmt nicht mit den in der Natur sichtbaren topographischen Gegebenheiten überein." - Das ist vollkommen richtig, dagegen gibt es nichts einzuwenden. Das Ziel: "Es soll ein klarer, für jedermann leicht feststellbarer Grenzverlauf in den genannten Bereichen geschaffen werden." - Damit stimme ich auch vollkommen überein, überhaupt kein Problem.

Und dann wird in den Erläuterungen bei diesem Akt dieser Grenzverlauf nachvollzogen. Der Grenzverlauf stimmt mit dem nicht überein, wird angeglichen. Das Lehrlingsheim der Österreichischen Bundesbahnen, das bisher zerteilt war, was wirklich sinnlos war, fällt jetzt komplett dem 10. Bezirk zu. Auch andere Grundstücke werden nach Grundgrenzen eingeteilt. - So weit, so gut. Ist durchaus in Ordnung.

Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir einen Abänderungsantrag einbringen und ich bitte Sie wirklich um Ihre Unterstützung und ersuche Sie, das als Pilotfall zu sehen, um auch in Zukunft bei Grenzänderungen gewisse Vorgaben nicht zu vergessen. Diese Vorgaben sind uns selbst durch die zweite Dezentralisierung gegeben.

Durch die Dezentralisierung haben sich nämlich in den einzelnen Bezirken sehr wohl die Kompetenzen sowohl des Herrn Bezirksvorstehers als auch der Bezirksvertretung als auch der einzelnen Ausschüsse verändert. Sie sind in einem gewissen Maße verbessert, erhöht worden; nicht ganz in unserem Sinn, wir wollten mehr, aber es ist vielleicht ein erster Schritt.

Und wenn man das jetzt so sieht, dann steht den Bezirken - egal jetzt welches Organ, ob es der Bezirksvorsteher oder die Bezirksvertretung ist - die Instandhaltung der Straßen nach § 103 Abs. 1 Z 4 zu, ebenso - ein zweiter Punkt; es gibt mehrere - zum Beispiel die Agenden der Schneeräumung nach § 103h Z 4, um nur zwei entscheidende Punkt der Veränderung gegenüber früher herauszugreifen.

Meine Damen und Herren! Wenn man jetzt im Hinblick auf den Akt die Grenzziehung zwischen dem 10. und dem 12. Bezirk so beschließt, wie es hier drinnen eingezeichnet ist, wird es ganz sicher zu verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, zu einem Schildbürger-

streich kommen. Wenn Sie nämlich die topographische Grenze der Böschung des Frachtenbahnhofs Matzleinsdorf als Grenze hernehmen - dem ist durchaus zuzustimmen -, dann sollten Sie diese Grenze nicht nur entlang der Eichenstraße, also im Norden - jene, die sich auskennen, werden wissen, wovon ich rede, jene, die sich nicht auskennen, sollten mir glauben, daß es so ist -, am Frachtenbahnhof entlang der Böschung festlegen - das ist richtig so, denn bisher ist es zickzack durch Häuser durchgegangen, durch Straßen, vollkommen irreal -, sondern das auch fortsetzen. Leider geht aber auf einem Teilstück Längenfeldgasse die Grenze nicht entlang der westlichen Böschung des Frachtenbahnhofs, sondern ganz urplötzlich - aus irgendwelchen Gründen, die mir nicht bekannt sind - unter der Eisenbahnbrücke in die Mitte der Längenfeldgasse, um nach ungefähr 300 Metern wieder zurück zur Böschung zu gehen und dann nach den Grundgrenzen, wo auch die UVA hinkommt, wo auch das Lehrlingsheim hinkommt, wieder die neue Grenzziehung weiter zu verfolgen.

Und genau um diesen Abschnitt auf der Längenfeldgasse geht es mir jetzt als Abgeordnetem aus Meidling, aber auch als Abgeordnetem, der sich mit der Dezentralisierung sehr intensiv beschäftigt hat.

Meine Damen und Herren! Ich frage mich: Wie funktionieren Instandhaltungen, wie funktionieren unter Umständen Unfallaufnahmen, wie funktionieren Schneeräumungen, wenn die Grenze zwischen diesen beiden Bezirken, wenn man sie jetzt schon wirklich ändert, genau in der Mitte der Straße verläuft? - Aber das viel größere Übel in dieser Sache für diese beiden Bezirke kommt noch dazu: Meidling hat um 49,6 Millionen S aus dem Bezirksbudget die Längenfeldgasse saniert. Es hat zwar 15,6 Millionen S von der Stadt Wien zurückbekommen, aber es bleibt ein Restbetrag über.

Wenn man jetzt fair argumentiert, frage ich Sie: Wie bekommt Meidling je, wenn Sie dieser Grenzziehung jetzt zustimmen - ich habe es mir anteilmäßig genau ausgerechnet -, 3,67 Millionen S vom Bezirk Favoriten aufgrund unseres kameralistischen Budgetsystems überhaupt zurück? - Es ist unmöglich! Ich kann mir nicht vorstellen, aufgrund welcher Bestimmung Meidling jenen Betrag, den es für die Sanierung der Längenfeldgasse, von der jetzt genau 21 Prozent ganz plötzlich dem 10. Bezirk zufallen, eingesetzt hat, zurückbekommt. Darüber hinaus müßte man auch noch über folgendes diskutieren: Wir haben von der Stadt Wien 15,6 Millionen S zurückzuhalten. Davon müßte ja wieder ein Anteil von uns an den 10. Bezirk zurückfließen. Das ist also eine sehr komplizierte verwaltungstechnische Geschichte.

Meine Damen und Herren! Es bleiben auf jeden Fall für den 10. Bezirk, wenn die Grenzziehung so bleibt - und wir werden uns vorbehalten, das vom 10. Bezirk zurückzufordern, egal, wie das ist -, 400 000 S übrig, die wir von unserem Bezirksbudget aufgrund der neuen Dezentralisierungsmaßnahmen, die Sie mehrheitlich

beschlossen haben, bezahlt haben. Und das ist an sich nicht einsehbar.

Daher die Bitte und das Ersuchen um Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag, der ja nur eine Verschiebung nach Osten hin zum Inhalt hat. Es fällt niemandem eine Perle aus der Krone, zuzugeben, daß man die Grenze verschieben kann. So, wie sie jetzt ist, hat sie keinen Sinn.

Man sollte in Zukunft überhaupt generell überlegen, ob Grenzen von Bezirken aufgrund von Dezentralisierungsbestimmungen nicht sinnvollerweise an Gehsteigkanten, aber nicht in der Mitte von Straßen gezogen werden sollten - generell in der Zukunft, ich sehe das jetzt absolut losgelöst von dem Fall -, weil es aufgrund der Dezentralisierungsmaßnahmen und der §§ 103 und 103h in die Kompetenz der Bezirke fällt, das instandzuhalten, unter Umständen sogar zu errichten, wenn es sich um Nebenstraßen handelt, oder die gesamte Schneeräumung durchzuführen.

Daher werden wir einen Abänderungsantrag einbringen, der lautet:

"Die neue Bezirksgrenze zwischen 10. und 12. Bezirk soll nicht in der Mitte der Längenfeldgasse, sondern entlang der westlichen Böschungsoberkante des Frachtenbahnhofs Matzleinsdorf verlaufen, sodaß die Längenfeldgasse wie bisher zur Gänze im 12. Bezirk liegt."

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags gewünscht.

Ich darf das übergeben und bitte wirklich um Ihre Zustimmung. Es geht nicht um Parteipolitik, es geht hier wirklich um ein sachliches Problem. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (*StR Karin Landauer: Jetzt muß ein schwarzer Meidlinger auch noch reden!* - *Abg Mag Franz KARL: Na freilich!*)

Abg Mag Franz **KARL**: Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich stimme dem Kollegen Madejski insofern vollkommen zu, als er gesagt hat, man soll über diese Dinge grundsätzlich nachdenken. Ich finde auch seinen Ansatz interessant, er ist mir nur leider erst vor einer halb Stunden bekanntgeworden und daher meine ich, daß man wirklich grundsätzlich nachdenken und nicht sofort einen Schnellschuß machen sollte. Es ist ja der Antrag, der hier beschlossen wird, auch einstimmig von der Meidlinger Bezirksvertretung abgesegnet worden.

Ich möchte aber jetzt, weil der Ansatz wirklich ein interessanter ist, grundsätzlich darauf eingehen. Ich habe auch - ich gebe das offen zu - mit der Vermessungsabteilung der Stadt Wien einen Briefwechsel über diese Bezirksgrenze gehabt, aber in einer ganz anderen Frage. Ich habe nämlich bisher immer die Meinung vertreten, daß die sinnvollste Bezirksgrenze genau in der Straßenmitte verläuft. Ob ich diese Meinung nach dieser neuen Idee noch aufrechterhalten

kann, kann ich jetzt gar nicht sagen, das will ich gerne im kleinen Kreis durchaus ausführlich diskutieren.

Ich war bisher der Meinung, daß es auch nicht sinnvoll ist, sich, so wie es bei diesem Flächenwidmungsplan geschieht, entlang von Grundstücksgrenzen weiterzuschlängeln und daher eine völlig zickzack verlaufende Bezirksgrenze zu haben.

Zur Frage Bezirksgrenze in der Mitte oder am Rand ein Beispiel zwischen dem 9. und 18. Bezirk am Währinger Gürtel. Dort verläuft die Bezirksgrenze entlang der U-Bahn, aber nicht in der Mitte der U-Bahn, sondern am äußeren Rand der U-Bahn. Das führt dazu, daß der Straßenteil unter der Brücke bereits zum 9. Bezirk gehört. Jetzt sind sich der 9. und der 18. Bezirk, wie ich höre, durchaus nicht einig, wie dort die Verkehrsorganisation sinnvoll zu machen ist. Sie sehen, daß also auch das Legen an irgendwelche Grundstücksgrenzen oder U-Bahn-Grenzen durchaus zu Problemen führen kann.

Ich sage jetzt nur als eine grundsätzliche Überlegung auch noch: Eigentlich wäre es mir am liebsten gewesen, wir hätten die Bezirksgrenze schon vor einem Dreivierteljahr in die Mitte der Längenfeldgasse gelegt, dann hätte nämlich den halben Teil der 12. Bezirk bezahlt und den anderen halben Teil der 10. Bezirk und das wäre mir in diesem Fall durchaus gerechter erschienen. (*Abg Dr Herbert Madejski: Das haben aber wir bezahlt!*)

Ich sage noch etwas: Wenn Sie sich die Grenze entlang der Kante des Frachtenbahnhofs im Plan anschauen, dann haben Sie eine völlig verzitterte Linie, jedenfalls keine gerade Linie. Ich bin an sich für einen geraden Grenzverlauf und da wäre halt die Straßenmitte das Beste. Ich gebe aber zu, daß ich jetzt unsicher in dieser Meinung geworden bin und daß man das einmal grundsätzlich diskutieren sollte.

Ich glaube aber trotzdem, daß man heute den von den Bezirksvertretung Meidling einstimmig beschlossenen Antrag absegnen sollte, sich dann in einer Gruppe zusammensetzen sollte, um das einmal grundsätzlich auch mit den Beamten des Vermessungsamts der Stadt Wien auszudiskutieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Rogelböck. Ich erteile es ihm.

Abg Hubert Rogelböck (*FPÖ*): Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es geht hier um dieses Plandokument und ich als Favoritner Abgeordneter sage, daß es in dieser Form für uns eigentlich nicht annehmbar ist, denn Sie müssen sich vorstellen, wenn irgend etwas ist, dann muß jemand von der Kundratstraße durch ein Gebiet des 12. Bezirks fahren und dann hat er genau auf diesem Eckerl (*Der Redner hält einen Plan in die Höhe.*) - es geht genau um dieses Stück hier - die geteilte Längenfeldgasse; einmal ist es 12. Bezirk, dann gehört eine Hälfte dem 10. Bezirk, dann geht es wieder weiter im 12. Bezirk. Es hat ja jeder dieses Geschäftsstück bekommen und sich das anschauen können.

Ich darf Sie wirklich bitten, diesem Abänderungs-

antrag zuzustimmen, weil es sonst Schwierigkeiten mit dem 12. Bezirk gäbe, der das ja auch schon bezahlt hat. Ich weiß gar nicht, wie das funktioniert. Ich habe keine Ahnung. (*Abg Mag Franz KARL: Der 10. Bezirk soll das anteilmäßig zurückzahlen und der 10. Bezirk soll anteilmäßig die Schneeräumung bezahlen!*) Alles andere ist hier so richtig, nur das eine Stückel müßte man schon auf die Böschung hinauflegen.

Ich darf wirklich bitten, dem zuzustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich nehme Anregungen selbstverständlich gerne auf und werde sie auch weiterleiten, daß wir bei Bezirksgrenzen in Zukunft auch die neuen Aufgaben der Dezentralisierung mit in die Debatte und in die Beschußfassung einfließen lassen. Das ist keine Frage, das sage ich Ihnen gerne zu.

Ich denke aber doch, daß diese Bezirksgrenzen jetzt nicht Anlaß werden sollen, daß die Bezirke anfangen, sich sozusagen gegenseitig auszuspielen, daß sie beginnen, sich Rechnungen über Maßnahmen zu schicken. Denn das kann wohl nicht der Sinn der Dezentralisierung sein und wird wohl nicht im Interesse derer sein, die sich für diese Dezentralisierung so stark gemacht haben, daß die Bezirke jetzt statt miteinander gegeneinander arbeiten und beginnen, sich gegenseitig vorzurechnen, wer welchen Vorteil aufgrund welcher Maßnahme hat.

Denn da gäbe es viele andere Beispiele auch. Wenn ein Park an einer Bezirksgrenze liegt, haben die von der anderen Straßenseite auch einen Vorteil, wenn irgend etwas anderes passiert, unter Umständen einen Nachteil. Also ich würde doch bitten, Wien als Gesamtes zu sehen und nicht diese Diskussion hier zu führen. (*Abg Dr Herbert Madejski: Da brauche ich ja keine Dezentralisierung!*) Dezentralisierung heißt nicht, daß jeder nur seine eigenen Interessen sieht und nicht mehr mit dem Nachbarn zusammenarbeitet. Wenn das Ihr Verständnis von Dezentralisierung ist, so unterscheidet es sich jedenfalls von unserem. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Herbert Madejski: Sie haben keine Ahnung von Dezentralisierung!*)

Ich würde meinen und sage das noch einmal ausdrücklich gerne zu, daß wir die neuen Aufgaben der Dezentralisierung zukünftig verstärkt auch hier in die Diskussion einbringen werden. Kollege Karl hat auch schon einen Vorschlag gemacht, daß wir uns zusammensetzen. (*Abg Dr Herbert Madejski: Ich auch, nicht nur der KARL!*) Das sage ich Ihnen gerne zu.

Ich würde aber meinen, daß man wirklich auch auf die Betroffenen hören sollte. Dieses vorliegende Geschäftsstück ist von beiden Bezirksvertretungen, von beiden Bezirksvorstehern und im Zuge der Begutach-

tung von vielen anderen Stellen so positiv beurteilt und so vorgelegt worden. Ich glaube nicht, daß wir uns hier jetzt über diese Stellungnahmen der Betroffenen hinwegsetzen sollten.

Das heißt, ich schlage vor, unter Berücksichtigung des vorher Gesagten, dieses vorliegende Geschäftsstück so zu beschließen, wie es vorgelegt wurde, das heißt, dem Abänderungsantrag nicht zuzustimmen. Ich bin aber, wie gesagt, gerne bereit, die Anregung weiterzuleiten und Entsprechendes zu veranlassen. - Danke.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich lasse zuvor über den Abänderungsantrag, eingebracht von der FPÖ, abstimmen.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das die Minderheit. Der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Ich komme nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich darf jene Damen und Herren, die mit der Vorlage einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Die Vorlage ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, darf ich sogleich die zweite Lesung vornehmen. - Es erfolgt kein Widerspruch.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 3. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend Lage, Beschaffenheit, Einrichtung und Betrieb von Veranstaltungsstätten (Wiener Veranstaltungsstättengesetz) geändert wird.

Der Berichterstatter hierzu ist Herr amtsf StR Dr Marboe. Ich darf ihn bitten, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es liegt der Entwurf einer Veranstaltungsstättengesetznovelle 1998 vor. Ich bitte um Zustimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Smoliner. Ich erteile es ihm. - Ich bitte die Damen und Herren vielleicht ein bißchen leiser zu sein, es ist momentan sehr laut im Saal.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Was hier vorliegt, also diese Novelle zum Veranstaltungsstättengesetz, ist eine gründliche, ordentlich

zusammengestellte Vorlage von braven und fleißigen Beamten, die sich bemüht haben, das Veranstaltungstätigengesetz in eine, sagen wir einmal, der momentanen Rechtslage entsprechende Form zu bringen. Nur brav und ordentlich, meine Damen und Herren, ist im Veranstaltungswesen allerdings etwas zuwenig. Es werden mehr Kriterien an ein modernes und zeitgemäßes Veranstaltungsrecht angelegt, als brav und ordentlich geänderte Umstände in ein Gesetz einfließen zu lassen.

Es hat sich auch die Veranstaltungsszene in Wien in den letzten Jahren alles andere als brav und ordentlich weiterentwickelt. Die Veranstaltungsszene ist bunter geworden, es gibt neue Veranstaltungsstätten, es gibt ganz ungewöhnliche Orte und Konzepte für Veranstaltungen. Es ist bunter geworden, es gibt einen ganz neuen Kulturbegriff. Ich glaube daher, ein modernes Veranstaltungsrecht - und ich sage jetzt bewußt nicht Veranstaltungstätigengesetz - sollte wesentlich visionärer aussehen, als uns das heute mit dem Veranstaltungstätigengesetz vorliegt.

Meine Damen und Herren! Das Veranstaltungstätigengesetz, auf dessen Novellierung ich dann noch ein bißchen eingehen will, ist an sich ein Relikt aus der Zeit des Ringtheaterbrands. Es erklärt in mehr als 100 Paragraphen nicht nur ganz genau, was so ein Volltheater - wohlgernekt ein Volltheater, kein volles Theater -, was ein Saaltheater ist, was Zirkusanlagen, Ausstellungsanlagen, Volksvergnügungsstätten und Kinobetriebsstätten sind.

Meine Damen und Herren! Das Veranstaltungstätigengesetz ist aber nur ein kleiner Teil des Veranstaltungsrechts, das wir als Ganzes hier thematisieren wollen.

Wenn wir uns die Gesetzesmaterien anschauen, die diesem Veranstaltungsrecht zugehören, so sind dies: Die Kundmachung des Magistrats betreffend ortspolizeiliche Vorschriften für Messen, das Gesetz betreffend die Regelung des Kinowesens mit neun Novellen, die Kinobetriebsstättenverordnung, die Filmvorführerverordnung - ich will jetzt gar nicht über die Filmprädikatanerkennungsverordnung sprechen -, wir haben das Wiener Veranstaltungsgesetz mit bisher elf Novellen, wir haben die Fiaker- und Pferdemietwagen-unternehmens-Befähigungsprüfungsverordnung, wir haben die Fiaker- und Pferdemietwagen-Fahrdienstprüfungsverordnung, wir haben die Betriebsordnung für Fiaker- und Pferdemietwagenunternehmen, wir haben die Fiaker- und Pferdemietwagen-Tarifverordnung, wir haben die Verordnung des Magistrats betreffend die Bedingungen zur Darbietung von Straßenkunst, wir haben das Wiener Veranstaltungsgesetz mit bisher kläglichen vier Novellierungen, wir haben das Gesetz über die Regelung des Sportwesens, wir haben ein Gesetz mit dem Sportzweige in Wien festgestellt werden. Meine Damen und Herren! Das alles verlangt, ja schreit geradezu nach einer Harmonisierung. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Wenn ich nur sehe, daß wir für die Fiaker allein

vier verschiedene Verordnungen brauchen, damit eine Fiakerkutsche fahren kann (*Abg Günter Kenesei: Aber zwei Pferde!*), also für jedes Pferd eine Verordnung, eine für die Kutsche und eine für den Kutscher, das ist mir schon ein bißchen zuviel, meine Damen und Herren.

Aber zurück zum Ernst der Sache. Die Novelle zum Veranstaltungsgesetz ist alles andere als visionär und alles andere als richtungsweisend. Die männlichen Formen beziehen sich jetzt auf Frauen und Männer in gleicher Weise. - Nicht wirklich revolutionär.

Wir haben Stehplätze, die wegen ihrer Größe oder Steilheit unterteilt werden müssen, und zwar mit festen Barrieren unterteilt werden müssen.

Für den Beleuchterdienst wird ein besseres Sicherheitspaket eingeführt.

Wir haben weiters die Hausfeuerwächter, die bisher eine Armbinde und eine Dienstkappe haben müssen. Die Dienstkappe ist flachgefallen, sie brauchen jetzt nur mehr aufgrund ihrer Bekleidung erkennbar zu sein.

Eine Änderung gibt es auch bei den Schießbuden. Die brauchen jetzt eine kürzere Trennwand nach hinten, weil man festgestellt hat, daß man sich mit einem langen Gewehr in der engen Schießbude ohnehin nicht seitlich drehen kann.

Wir haben das neue Fliegerkarussell eingeführt, statt bisher das Kettenkarussell und wir danken der Ingenieurkammer für ihre wertvolle Anregung dazu. Wir haben Ringelspiele, Fliegerkarussell, Schaukeln, Lauf- und Hängebahnen.

Das alles haben wir neu reglementiert, aber wir haben nur eine einzige wirkliche Deregulierungsvorschrift in dem ganzen Veranstaltungstätigengesetz drinnen, nämlich daß die Überprüfung der Vorführungsgeräte in Hinkunft auch durch ein befugtes Fachunternehmen vorgenommen werden kann. (*Beifall beim Liberalen Forum.*) Ja, das ist die einzige derartige Bestimmung, die in Richtung Deregulierung weist.

Meine Damen und Herren! Weil ich auf die Stellungnahme der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und das Burgenland Bezug genommen habe: Ich möchte Ihnen, weil ich mich inhaltlich mit diesen paar Sätzen voll identifizierte, kurz sagen, was deren Hauptanliegen an diese Novelle war. Sie schreiben nämlich, die Gesetze sollten doch Wirkvorschriften und keine Konstruktionsvorschriften sein. Der Gesetzgeber hat also nicht die konstruktive Durchgestaltung vorzuschreiben, sondern vielmehr den Schutzzweck. Das ist der Kern der Aussage, meine Damen und Herren, und diesen Anspruch erfüllt das vorliegende Veranstaltungstätigengesetz nicht.

Ich bin aber zuversichtlich, denn ich orte Gesprächsbereitschaft in anderen Parteien. Ich habe heute auch schon Vorgespräche mit anderen Kollegen gehabt, insbesondere mit Kollegen aus der ÖVP. Es wäre also vorstellbar, meine Damen und Herren, daß man sich auf überparteilicher Ebene zusammenfindet

und einmal auf politischer Ebene festlegt, wie eine drastische Vereinfachung und Harmonisierung aller Vorschriften aussehen könnte, die mit dem Veranstaltungswesen zu tun haben, insbesondere Veranstaltungsgesetz, Veranstaltungsstättengesetz, Kinobetriebsstättenverordnung.

Da liegen die Vorteile auf der Hand. Die Voraussetzungen für die Abhaltung von Veranstaltungen würden stark vereinfacht werden, sie würden vereinheitlicht werden und sie würden erleichtert werden. Das alles könnte zu einer größeren Vielfalt von Veranstaltungen und Veranstaltungsformen in Wien führen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Ein Veranstaltungsrecht, das in einfacher, verständlicher und zeitgemäßer Sprache einheitliche Grundlagen und Vorgaben für Veranstaltungsstätten vorgibt, das ein Anmelde- statt einem Genehmigungsprinzip vor sieht, das kurze und kalkulierbare Fristen für Veranstalterinnen und Veranstalter vorsieht, das generelle Sicherheitsbestimmungen enthält, aber die technischen Details bindend in die entsprechenden ÖNORMEN delegiert und letztlich ein Veranstaltungsrecht mit unbürokratischen und kurzen Verfahren, bringt Vorteile für alle Beteiligten, eine vielfältigere, eine dynamischere und eine interessante und dichte Veranstaltungsszene in Wien.

All das sind die Gründe, warum wir der derzeitigen Novelle des Veranstaltungsstättengesetzes in der vorliegenden Form nicht zustimmen können. Wir sind zuversichtlich, daß man mit einem besseren Management in Wien auch zu einem besseren Veranstaltungsrecht kommt. - Danke. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Sander zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Jutta Sander (*GRÜNE*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat!

Zum Veranstaltungsstättengesetz. Dieses Veranstaltungsstättengesetz hat ja eine sehr lange Vorlaufzeit, es ist auch einiges hin und her gegangen und auch wir im Club waren nicht immer einheitlicher Meinung, ob wir dem Ganzen jetzt zustimmen sollen oder ob wir das in dieser Form ablehnen sollen. Ich muß sagen, es schwangen auch bei uns immer ein bißchen die Ängste mit, die so ein Ringtheaterbrand vor über 100 Jahren hervorgerufen hat. Nur nicht irgendwie zuwenig reglementieren und dann daran schuld sein, wenn irgend etwas passiert!

Ich glaube aber doch, daß diese Form dieses Gesetzes, das jetzt existiert und das novelliert werden soll, nicht die geeignete Form ist. Ich möchte Ihnen viele meiner Argumente ersparen, weil sie praktisch deckungsgleich mit denen meines Vorredners sind. Ich könnte mir auch sehr gut vorstellen, daß wir in einer Arbeitsgruppe festlegen, wie so eine Regelung viel, viel besser ausschauen könnte, eben auch in Anlehnung an sehr aktuelle ÖNORMEN und weniger in gesetzlichen Festlegungen von diversen Details, wie man

sie in dieser Novelle auch wieder fortgesetzt nachlesen kann.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch zwei Bemerkungen anbringen. Die eine betrifft die "Rathauskorrespondenz" vom 27. November, der ich entnehme - sechs Zeilen sind da der heutigen Beschußfassung zum Veranstaltungsstättengesetz gewidmet -, daß es dabei unter anderem um Fragen der behindertengerechten Ausstattung von Veranstaltungsstätten und so weiter gehe. Weiters steht fast nichts mehr. Aber es geht heute nicht wirklich um die Beschußfassung von behindertengerechten Ausstattungen. Diese Diskussion um den § 30 Abs. 3 Veranstaltungsstättengesetz, die hatten wir schon letztes Jahr irgendwann und das war eine für behinderte Menschen sehr wesentliche Veränderung. Heute geht es um gar nichts. Da sind die Leserinnen und Leser der "Rathauskorrespondenz" irgendwie aufgescheucht worden und haben dann auch angerufen und gefragt: Wie schaut denn das aus? Was ändert sich denn da? - Das ist eine schöne PR in Richtung Behindertengerechtigkeit, aber eigentlich kein Faktum in diese Richtung. Es kommt allen Menschen gleichermaßen zugute. - Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist, daß ich diese Gelegenheit auch dazu nützen möchte, wieder einmal das "Technische Informationsblatt" 1. Auflage, "Barrierefreies Gestalten öffentlicher WC-Anlagen" - für den, der es haben möchte, kann ich es gerne kopieren -, zu erwähnen. Dieses Informationsblatt sollte im Zusammenhang mit der ÖNORM B 1600 dazu führen, daß endlich in den Veranstaltungsstätten auch entsprechende behindertengerechte WC-Anlagen eingerichtet werden. Die betroffenen Personen wollen ja eh nicht, daß es von gestern auf heute geschehen ist, aber sie wollen, daß es von heute auf morgen dann doch zur Umsetzung gelangt.

Ein anderes Beispiel für eine tatsächlich behindertengerechte Gestaltung von Veranstaltungsstätten wäre zum Beispiel der Einbau von Induktionsschleifen für hörbehinderte Menschen, da die ja mit ihren Hörapparaten umso schlechter hören, je mehr Menschen sprechen. Der Einbau solcher Induktionsschleifen würde es ihnen erleichtern, tatsächlich bei einem Vortrag, bei einem Theaterstück entsprechend besser zuhören zu können und die Qualität zu verbessern. - Soweit diese zwei Vorschläge.

Ansonsten sage ich, daß wir dem Veranstaltungsstättengesetz in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Wir hoffen, daß es zu einer Arbeitsgruppe kommt, in der man die von Kollegen Smoliner ziemlich genau erläuterten Vorgänge umsetzen könnte. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Salcher zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Andreas Salcher (*ÖVP*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich möchte nur kurz auf das eingehen, was Kollege Smoliner gesagt hat. Ich bin auch der Meinung, daß es im Augenblick sehr viele Regelungen gibt und daß sie eigentlich nicht sehr übersichtlich sind. Der Sinn derartiger Regelungen ist ja primär, zu verhindern, daß bei Veranstaltungen Menschenleben gefährdet sind, daß es zu Verletzungen kommt und so weiter. Der oberste Kunde ist ja letztlich der Anwender, und ich würde es daher durchaus begrüßen und für sinnvoll erachten, daß man einmal in einer Arbeitsgruppe überlegt, wie man derartige gesetzliche Regelungen noch einfacher machen kann.

Die derzeitige Regelung geht ja vor allem in die Richtung, daß man gemeinsam mit Leuten, die Erfahrung auf diesem Gebiet haben, versucht hat, Regelungen zu finden, die verhindern, daß es zu Gefährdungen kommt.

Ich möchte vielleicht an dieser Stelle persönlich etwas wiederholen, was ich auch schon öffentlich einmal angeregt habe und würde mir dann auch Ihre Unterstützung dafür wünschen. Wir verbringen ja ungemein viel Zeit damit, Regelungen, neue Regelungen und immer wieder detailliertere Regelungen zu beschließen. Ich persönlich würde mir einen Landtag wünschen, bei dem wir uns einmal darüber unterhalten, welche Regelungen wir außer Kraft setzen können, welche Regelungen wir abschaffen können. Das wäre, glaube ich, auch einmal eine interessante Landtagsveranstaltung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Grund meiner Wortmeldung ist aber ein technischer Abänderungsantrag - ich habe ihn den anderen Fraktionen zur Verfügung gestellt -, den ich gemeinsam mit meiner Kollegin Renate Winkelbauer einbringen möchte, und zwar ist es ein Abänderungsantrag, daß dem Artikel 2 folgender Satz angefügt wird:

"Dieses Gesetz wurde unter Einhaltung der Bestimmung der Richtlinie 98/34 EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein

Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften der Europäischen Kommission notifiziert." - Tosender Applaus bricht aus. (*Beifall bei der ÖVP und beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort. (*Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe: Ich verzichte!*) - Sie verzichten. Gut.

Dann kommen wir zur Abstimmung und ich bringe zunächst den Abänderungsantrag zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag, eingebracht von den Abgen Dr Andreas Salcher und Renate Winkelbauer, zur Postnummer 3 zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Mehrheit.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage unter Einbeziehung dieses Abänderungsantrags.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage mit Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.
(*Schluß um 12.52 Uhr.*)

